

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE

### 1) Abendbahnverbindung Wien - Graz

GR. **Pogner** und GR. **Mayr** stellen namens von ÖVP, Grünen, FPÖ und BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist erweitert worden um die Klubs der Grünen, der FPÖ und des BZÖ und es geht dabei um eine Abendbahnverbindung von Wien nach Graz. Eine moderne Infrastruktur ist unverzichtbare Voraussetzung für den Erfolg des Wirtschaftsstandortes Österreich. Verkehrswege Schiene, Straße und Donau, Luftfahrt und Telekommunikation sind die Lebensadern unserer modernen Gesellschaft. Sie verbindet Menschen untereinander und Österreich mit den entscheidenden Zukunftsmärkten. So steht es auf der offiziellen Internetseite des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie.

Man könnte also davon ausgehen, dass dieses Ministerium, an der Spitze mit seiner Frau Minister, sich dafür stark macht, dass genau die vorgenannten Dinge auch umgesetzt und gelebt werden.

Wenn man sich noch dazu vorstellt, dass in Österreich mit allen Mitteln dafür gekämpft wird, dass sich zudem auch der CO<sup>2</sup>-Ausstoß verringert (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), dann sollte es selbstverständlich sein, dass vor allem die Verkehrswege auf Schiene entsprechend gefördert werden. Aber weit gefehlt. Österreich ist anders. Werden bei uns Bahnverbindungen, die sich nicht rechnen, gnadenlos gestrichen, so könnte man, wenn man die Einsicht und Weitsicht hätte, einfach einmal über die Grenzen zu unseren Schweizer Nachbarn schauen. Wie haben sich dort die Bahnverbindungen entwickelt? Warum ist die Schweiz heute das führende Bahnland Europas und wie ist sie zu diesem geworden? Die diesbezüglich maßgeblichen Personen in der Schweiz sprechen durchwegs Deutsch und unsere Frau

Minister müsste nicht einmal eine sprachliche Barriere überwinden, um sich mit diesen Fachleuten zu unterhalten.

Die Schweiz hat in Zeiten, in denen ein Bahnkundenschwund zu verzeichnen war, einerseits in seine Infrastruktur und andererseits in ihr Angebot investiert. Schnellere Taktfahrpläne und Bahnausbauten haben in diesen schweren Zeiten die Kunden zurückgebracht. Dies alles könnte man bei ein wenig gutem Willen leicht in Erfahrung bringen und diese Erkenntnisse würden vielleicht auch bei unserem Bahnbetrieb einen Erfolg bringen. Von Umstrukturierungen im Sinne der Fahrgäste und des öffentlichen Interesses ganz abgesehen, die in der Schweizerischen Bundesbahn ebenfalls vollzogen wurden.

Aber zurück zu unserem Österreich und der Aussage, dass eine moderne Infrastruktur eine unverzichtbare Voraussetzung für den Erfolg des Wirtschaftsstandortes Österreich ist. Verkehrswege, auch auf Schiene, sind eine Lebensader für eine moderne Gesellschaft.

Für viele Bürgerinnen und Bürger, vor allem auch aus den Bundesländern, bietet Wien natürlich viel Interessantes. Ob man mit seinem Besuch einmal die Bundeshauptstadt besuchen möchte, oder selbst einmal in einer der schönsten Städte Europas vorbeischaun will, es gibt viele Gründe, nach Wien zu fahren. Einer davon ist das große Angebot Kulturangebot. Ob Oper, Theater, Kleinkunst oder Konzerte, Wien hat ein reichhaltiges Angebot, das man gerne annimmt.

Und genau da passiert es, dass die Frau Minister den kulturinteressierten Konsumenten zum „Umweltverschmutzen“ – mehr oder weniger – zwingt, denn der letzte Zug nach Graz fährt um 21.02 Uhr von Wien ab. Veranstaltungen in Wien zu besuchen, ist daher nur mehr mit dem Pkw möglich. Die Bahn nimmt sich mit diesem Fahrplan aus dem „Rennen“ und wird daher weiter Kunden verlieren.

Hatte man früher die Möglichkeit, dass man sich den Kulturgenuß der Bundeshauptstadt ganz gemütlich mit der ÖBB einrichten konnte und die Reise zu einem entspannten Event wurde, so ist dies heute praktisch nicht mehr möglich.

Mit dem neuen Fahrplan der ÖBB wurde die letzte Bahnverbindung nach Graz, und wie wir wissen ist immerhin die zweitgrößte Stadt Österreichs auf 21.02 Uhr festgesetzt. Die ÖBB hat ganz einfach keine spätere Direktverbindung mehr im

Programm, außer einer mit einem Regionalzug um 23.03 Uhr, bei der man allerdings erst um 5.44 Uhr in Graz ankommt, da man zusätzlich zur langen Fahrzeit auch noch in Mürzzuschlag knapp vier Stunden Aufenthalt hat. Dieses Angebot muss wohl nicht extra kommentiert werden.

Es ist ungeheuerlich, mit welcher Ignoranz man die südlichen Bundesländer „im Regen“ stehen lässt. Denn auch die Verbindungen nach Kärnten sind von diesem Kahlschlag im Abendbahnverkehr betroffen.

Wahrscheinlich wird die verantwortliche Ministerin erst dann tätig werden, wenn sich der Druck der Konkurrenz erhöht.

Namens der der vorgenannten Klubs und vor allem auch des ÖVP-Gemeinderatsclubs bringe ich den

### **dringlichen Antrag,**

der Gemeinderat wolle beschließen, dass Frau Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie aufgefordert wird, die Bahnverbindungen in die südlichen Bundesländer, vor allem aber in die zweitgrößte Stadt Österreichs – Graz – wieder so herzustellen, dass zumindest eine Spätabendverbindung zwischen 22.30 und 23.30 Uhr ab Wien eingerichtet wird.

Gleichzeitig wird Frau Vizebürgermeisterin Lisa Rücker ersucht, mit den Betreibern der Westbahn Gespräche zu führen, um eine alternative Bahnverbindung zur ÖBB – zumindest an den Tagesrandzeiten – für die Anbindung von Graz, ab Wien, zu verhandeln. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch** zum Antrag: Ein sehr guter, sehr notwendiger Antrag. Ich glaube, jeder von uns ist schon irgendwann einmal davon betroffen gewesen, dass man dann spätabends nicht weiß, wie man dann von Wien nach Graz nach Hause kommen soll.

Wir gehen aber nicht auf den Antrag mit rauf, wir werden auch ihn nicht zur Gänze unterstützen können, denn der zweite Absatz schaut eher danach aus, als ob wir auch versuchen sollten, private Betreiber zu unterstützen. Das ist nicht die Intention unseres Klubs, wir glauben, dass diese Aufgabe einzig und allein der ÖBB zufällt. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, lieber Harry! Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Antrag, denn Graz als zweitgrößte Stadt Österreichs braucht die bestmögliche Verbindung, Bahnverbindung insbesondere, und darüber haben wir ja auch schon als Fraktion der SPÖ auch schon Initiativen, so wie du jetzt, gemeinsam mit dem Peter Mayr in Dringlichen aufmerksam gemacht. Durchaus ist die Kritik an der Bundesstelle, an das Bundesministerium, durchaus gerechtfertigt. Ich möchte aber nur noch auch ein bisschen in die Kerbe vom Andreas Fabisch hauen, nämlich der Motivenbericht, weil er rudimentäre Spuren der Schüssel-Grasser-Ära, finde ich auch noch im Motivenbericht, nämlich mit der ursprünglichen Formulierung nämlich von der Privatisierung am Schweizer Beispiel, das du jetzt auf Wunsch von anderen mitgehenden Klubs in Umstrukturierung umformuliert hast. Aber ich meine, das ist ein bisschen ein Zeichen des Verwischens. In der Ära, mit der sich jetzt ja, mit der Entstaatlichungswelle, die damals gelaufen ist und auch der Umstrukturierung der ÖBB und vieler anderer Einrichtungen der öffentlichen Hand beschäftigen sich ja derzeit auch die Staatsanwaltschaften und Untersuchungsausschüsse, wie wir täglich oder wöchentlich erfahren dürfen und wir werden ja auch erfahren, wer die tatsächlichen Profiteure dieser Ära gewesen sind. Ich verstehe, dass du, Harry, ein bisschen wegwischen willst sozusagen diese Vergangenheit der Bundespartei und den Mantel des Schweigens darüber hüllen willst und jetzt alles nur der nunmehrigen Infrastrukturministerin zubeutelst. Dagegen verwehren wir uns, es gibt eine gemeinsame Verantwortung, es gibt ein gemeinsames Tragen auch in der Bundesregierung, wie du weißt, in einer SPÖ/ÖVP-Bundesregierung, hindert uns aber nicht daran zuzustimmen, wenn es um die Anliegen geht, die im Interesse der

Steiermark und Südösterreichs sind und deswegen ja zu Inhalt und vor allem Zustimmung zu deinem Dringlichen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bei dem Thema, das uns ja bei allen Verbindungen nach Graz innerhalb Österreichs immer wieder beschäftigt, eigentlich ständig das gleiche Bild. Und man muss als Bürger der Stadt Graz zur Schlussfolgerung gelangen, dass die politischen Vertreter, die die Grazer Bürgerinnen und Bürger über die Steiermark hinaus haben, in Wien haben, mit ihren Bundesräten, mit ihren Nationalräten einfach zu schwach sind, um die Interessen der Grazerinnen und Grazer zu vertreten. Und das geht dahin, dass eigentlich auch aus der Emotion heraus, die diesem Antrag anheim ist, eine gewisse Hilflosigkeit achtet, anheim fällt, weil an sich in all diesen Themen auch in den Verbindungen zu Linz de facto keine oder kaum Verbesserungen auf Druck des Grazer Gemeinderates erzielt worden sind. Auch ist es seitens der ÖVP irgendwie eine Chuzpe, auf der einen Seite zu fordern, die ÖBB soll wirtschaftlicher werden, ich rede noch gar nicht von wirtschaftlich, aber wirtschaftlicher gegenüber den alten Zeiten und auf der anderen Seite ihnen vorzuschreiben, welche Leistungen sie anzubieten haben. Auf der anderen Seite sollte man oder stattdessen sollte man doch klar fordern, die ÖBB sollten doch einmal uns, auch dem Gemeinderat, auch einmal, ihre Sicht der Dinge einmal darstellen. Ihre Daten, ihre Fakten einmal offenlegen und nach meinen Erkundigungen ist die ÖBB sehr leistungsbereit, nur ist es die Frage, wer einen allfälligen Kostenabgang zu einer Vollkostenrechnung deckt und den will bekannterweise, logischerweise die Stadt Graz nicht decken und das muss man natürlich auch sehen, dass wir hier auch das Geld der Grazer Steuerzahler und Abgabenzahler zu berücksichtigen haben und wir das nicht als primäre Grazer kommunalpolitische Aufgabe sehen. Aber es sollte auch daran gedacht werden, nach Alternativen zu suchen. Was wäre Kurzzüge zum Beispiel einzurichten, was wäre die Möglichkeit zu besonderen Zeiten einmal auszuprobieren, welche Leistungen überhaupt von den Kundinnen und Kunden stärker angenommen werden. Ich denke,

die hier im Antrag stehende Westbahn würde sicher ein Angebot stellen, no na, das kann die ÖBB auch, aber die Frage ist, wer würde diese Leistung bezahlen, wenn es aus der Kalkulation und aus einem Probetrieb seitens der Fahrgäste nicht voll finanzierbar ist? Ich werde dem Antrag zustimmen, aber mit den Anmerkungen, die ich hier vorgebracht habe. Danke.

GR. **Grosz:** Also wir unterstützen ja die Initiative vom Kollegen Pogner und dem Kollegen Mayr sehr gerne. Ich hätte mich ja nicht zu Wort gemeldet, wenn nicht Kollege Herper heraußen gewesen wäre und im Zuge der Präambel Reste der grauslichen Ära des Herrn Schüssel und des Herrn Grasser entdeckt hätte und dann noch gemeint hätte, der Untersuchungsausschuss befasst sich im Zusammenhang dieser grässlichen Ära mit der ÖBB. Ich darf dir tatsächlich berichten, es hat sich kein Untersuchungsausschuss leider Gottes bisher mit der ÖBB befasst, aber ein Unterausschuss des Rechnungshofausschusses zu den Milliarden-Malversationen im Zusammenhang mit der Übernahme der MAVCarge. Der Verlust für die ÖBB, nicht zuletzt deswegen werden ja diese gesamten Bahnen gestrichen, der Verlust für die ÖBB belief sich auf 1,3 Milliarden Euro. Haupttragender ist damals ein gewisser Herr Präsident Pöchhacker gewesen, für dich wahrscheinlich Freundschaft Genosse Pöchhacker, ein sogenannter Edel-Roter aus der Wiener Szene und nicht zuletzt ein gewisser Herr Haberzettl, für dich Freundschaft Genosse Abgeordneter Haberzettl, die nachweislich durch die Erkenntnisse des Rechnungshofunterausschusses zu verantworten gehabt haben, dass die MAVCarge übernommen worden ist und der österreichische Steuerzahler 1,3 Milliarden Euro dank des segensreichen sozialdemokratischen Wirtschaftens verloren hat, 1,3 Milliarden. Rechnen wir einmal zusammen wie im Wirtshaus, was uns jedes Jahr mehrere Milliarden Euro dank des segensreichen sozialdemokratischen Wirtschaftens noch bei der ÖBB kostet, sind Frühpensionierungen automatisierte mit 53 Jahren. Das heißt, mit 53 Jahren geht man zwar im Gegensatz zur Restbevölkerung und zu den ASVG-Versicherten und zu den Selbständigen in Österreich, die Frauen mit 60 und Männer mit 65 in Pension

gehen lassen, dank deiner Politik und der deiner Genossinnen und Genossen mit 53 in Pension. Frühstücksdirektoren ganz fein und vornehm auf Steuerzahlerkosten. Dafür muss der Steuerzahler Geld aufwenden und dafür streicht eine sozialdemokratische Verkehrsministerien in dieser Regierung, die tatsächlich grauslich ist, die Bahnlinien quer durch Österreich, weil eigener Generaldirektor Kern sagt, er hat vorne und hinten kein Geld mehr, weil wenn deine Genossen nicht gerade verspekulieren oder falsch wirtschaften, dann schicken sie Menschen, nämlich ihre eigenen Genossen, mit 53 Jahren in die Pension. Daher hätte ich mir vor deiner Wortmeldung zumindest erwartet, dass du nachdenkst, bevor du dich zu diesem Thema zu Wort meldest und einmal Asche auch über das Haupt deiner Genossen streust, in dich gehst und einmal diese Litanei des Schreckens sozialdemokratischer Regierungsbeteiligungen Noricum, Lucona, Konsum, Länderbank-Abfertigungen, Praschak-Morde etc. dir das noch einmal vergegenwärtigst, dann wirst du draufkommen, wie schrecklich die Periode sozialdemokratischen Wirkens in Österreich tatsächlich war.

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Rücker**: Der Untersuchungsausschuss findet in Wien statt, es ist gut, dass er stattfindet. Manche der Themen werden dort hoffentlich auch aufgeklärt werden und es ist kein Geheimnis und ich denke, da sind sich alle Fraktionen hier herinnen einig, dass das, was in den ÖBB und zu den ÖBB in den letzten Jahren an Entscheidungen getroffen wurde, auch massiv zu Lasten der Stadt Graz und ihrer internationalen Anbindungen gegangen ist, darüber sind wir uns einig. Die Fernverkehrsverbindungen sind sehr wohl ein kommunalpolitisches Thema, weil zuerst es ein bisschen in Frage gestellt worden, es ist natürlich Priorität, auf einer übergeordneten Verkehrsebene modern und zukunftsweisend angebunden zu sein. Der politische Druck, der entstanden ist aufgrund der Diskussion rund um die Einstellung Linz und um die Reduktionen Salzburg, Innsbruck, Westen hat sehr wohl Frucht gebracht. Ich kann berichten, dass es aktuell wieder Gespräche gibt, ich habe letzte Woche wieder jemanden da vom ÖBB-Fernverkehr, es gibt ein Paket, das schon für den Fahrbahnwechsel 2012 auf 2013 im Dezember 2012 derzeit verhandelt wird.

Da wird an eine Verstärkung wieder der Linie Salzburg-Innsbruck gedacht, die durchaus attraktiv aussieht und wieder mindestens anschließen kann an das, was vor 2009 war. Es wird natürlich auch über die Wien-Graz-Verbindung neue und andere Perspektive entwickelt, allerdings, das muss ich dazusagen und da werden alle Faktionen auf allen Ebenen gefragt sein, es ist ein Paket, das mit den Ländern Steiermark, Salzburg und Tirol verhandelt wird und mit der Bundesministerin. Das Paket ist sehr schlüssig, es ist eine wesentliche Verbesserung zum jetzigen Zustand, es wird Unterstützung brauchen, dass politisch wirklich auch der Wille auf allen Ebenen dazu da ist. Auch an sonstigen Fronten mit der ÖBB, wo wir verschiedene Verhandlungen führen, ob das der Ostbahnhof sei oder auch die Murparkhaltestelle, kann ich berichten, dass wir auf einem guten Weg sind und hoffentlich in der nächsten Zeit auch zu einem Abschluss kommen werden. Das heißt, manchmal zahlt es sich schon aus, sich massiv als Stadt Graz einzumischen und zu melden und deswegen wollte ich das noch dazusagen. Wir werden dem ersten Punkt zustimmen, weil es wird übrigens eine getrennte Abstimmung, beantragt vom Herrn Fabisch, ich denke, wir sollten jetzt einmal abwarten, ob mit der ÖBB hier eine Verbesserung erzielt werden kann. Das Westbahnthema und das Öffnen eines Marktes in dem Bereich ist durchaus diskussionswürdig, wenn die ÖBB es nicht auf die Reihe bringen sollte, auf weitere Sicht in Österreich ein adäquates System sicherzustellen. Aber ich denke jetzt einmal ist diese Fragestellung der Westbahn für diese Strecke nicht gegeben, zumal seit Sonntag eine hundertprozentige Bedienung der Strecke Wien – Graz mit dem Railjet stattfindet, also durchaus eine Verbesserung für die KundInnen jetzt auch schon spürbar ist. Neben den leider nicht spürbaren Verbesserungen, die das bringt mit dem Radverkehr, aber auch da soll anscheinend eine Verbesserung kommen.

**GR. Pogner:** Herzlichen Dank für die breite Zustimmung. Nur noch ein Wort zum Karl-Heinz. Umstrukturierung ist richtig, ist jetzt im Antragstext, im Motivenbericht so drinnen, weil es auch besser passt als Privatisierung. Denn in der Schweiz, und das

war mein Missverständnis im Vorfeld, die Schweiz hat auch nicht alles privatisiert, aber sie haben umstrukturiert und darüber sollte man durchaus nachdenken und die Umstrukturierungen, wie sie in der Schweiz sind, die haben sich auf drei Bereiche aufgeteilt ist zum Teil noch in der SBB-Hand geblieben, aber eben komplett umstrukturiert worden und daher seit damals auch zuerst ein bisschen im Minus und jetzt in der Zwischenzeit schon in den schwarzen Zahlen. Den Mantel des Schweigens, den muss ich dir selbst umhängen, weil der Mantel des Schweigens, den wollen wir nicht über die Politik drüberbreiten, sondern den Mantel des Schweigens den bringen wir maximal jetzt einmal über die Ministerin, weil die hat es eigentlich in der Hand gehabt, die Fahrplanveränderungen nicht durchzuführen und das bleibt einfach bei ihr hängen, das hat sie gemacht und damit ist Graz ein bisschen aus der Schusslinie des kulturellen Verkehrs genommen worden und das ist das, was wir ändern wollen und mit der Unterstützung auch von euch werden wir das wohl hinkriegen, dass man da wieder in Graz eine Verbindung mit Wien zustande bringen. Danke noch einmal für die breite Unterstützung, und noch das Thema Westbahn ganz kurz angesprochen, wenn ein Unternehmen kommt, das vielleicht eine Möglichkeit bietet, so Druck zu machen, dass die ÖBB reagiert und etwas bewegt und etwas auf Schiene bringt, wie man so schön sagt, dann soll uns das nur Recht sein. Wer auch immer die Verbindung Wien nach Graz fährt, wichtig ist nur, dass sie kommt. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Rücker**: Ich muss jetzt unser angekündigtes Abstimmungsverhalten korrigieren, wir sind erstens Antragsteller, deswegen sind wir natürlich voll beim Antrag mit dabei, das war meine schnelle Interpretation.

***Teil 1 des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

***Teil 2 des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.***

## 2) Gemeinschaftsgärten und Heimgärten in Graz

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gemeinschaftsgärten – ein urbanes Phänomen auf dem Siegeszug mit neuem Blick aufs Gärtnern, auf Kommunikation und auf die Selbstversorgung.

Gemeinschaftsgärten unterscheiden sich von anderen urbanen Grünflächen dadurch, dass sie gemeinschaftlich und überwiegend unentgeltlich angelegt und gepflegt werden und einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Die Gemeinschaftsgärten entstehen zum einen aus dem neu erwachenden Bedürfnis nach der Produktion eigener gesunder Lebensmittel, aber auch mit dem Ziel des Austausches untereinander, nicht nur über gärtnerisches Alltags- und Fachwissen, sondern auch es geht um die Pflege des Gemeinschaftslebens. Gärten sind ideale Orte der Begegnung und so ist es auch in urbanen Zentren möglich, gemeinsam die Natur zu erleben.

Angefangen hat das Begrünen des öffentlichen Raums in den Siebziger-Jahren in New York. Dort entstanden die ersten Gemeinschaftsgärten, die oft eine Mischung aus Nachbarschaftshilfe, Sozialprojekt und Kunstaktion darstellten. Nun erlebt Urban Gardening oder Community Gardening ein Revival. In London wachsen überall in der Stadt zigtausende Sonnenblumen, in Berlin gibt es den „Prinzessinnengarten“, der als Bildungsgarten und als Instrument dient, um Nachbarschaft in einem sozial benachteiligten Quartier zu stärken und zu aktivieren. Gemeinschaftsgärten werden hier als gemeinsame „städtische Landwirtschaft“ und als „Versuchslabor“ für eine nachhaltige Stadt der Zukunft gesehen, die das soziale Miteinander und die Generationensolidarität fördern.

Auch in Wien „ackern“ die urbanen Gärtnerinnen und Gärtner in Gemeinschaftsgärten, Naturliebhaber als auch eingefleischte Großstadtfans können hier entspannen und abschalten. Der Gemeinschaftsgarten als ein Ort der

---

Begegnung für Männer und Frauen, Jung und Alt, für Menschen verschiedener Kulturen.

Auf unsere 26 Heimgartenvereine und zirka 3000 HeimgärtnerInnen können wir in der Stadt Graz stolz sein. Tausende Grazerinnen und Grazer tragen durch ihre Pflanz- und Pflegearbeit in ihren Heimgartenanlagen dazu bei, dass sich die Heimgärten als Naherholungsräume und Kommunikationszentren unzähliger Familien präsentieren und diese Grünoasen einen wesentlichen Beitrag für das Stadtklima leisten. Hunderte ehrenamtliche Funktionärinnen und Funktionäre gewährleisten ein zumeist friedvolles Zusammenleben und für viele Ältere und sozial Schwächere sind diese Heimgartenanlagen ihr Wochenendhaus-Ersatz. Derzeit sind das Interesse und die Nachfrage an Heimgärten größer als das Angebot – es besteht auch hier ein zusätzlicher Bedarf in unserer Stadt.

Der Mensch will Dinge blühen lassen und er will nicht allein sein – all diese Motive verbinden sich im Garteln, ob im Gemeinschaftsgarten oder in einem Heimgarten.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Die zuständigen Stellen sollen beauftragt werden, die Möglichkeiten zu prüfen, stadteigene Grundstücke für Gemeinschaftsgärten zur Verfügung zu stellen und auch das Angebot an Heimgärten weiter auszubauen. Wobei diese Prüfung auch Grundstücke der Holding und der GBG miteinschließen soll. Ich bitte um Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Rücker**: Auch wir befinden uns jetzt schon zur Debatte zum Inhalt, weil die Dringlichkeit ist gegeben.

GR.<sup>in</sup> **Gesek**: Hoher Gemeinderat! Die ÖVP-Fraktion wird diesem dringlichen Antrag zustimmen, weil wir gegen eine Prüfung nichts einzuwenden haben. Wir vertreten aber auch die Meinung, dass man Gemeinschaftsgärten nicht mit Heimgärten in einen Topf werfen soll, weil der Charakter, insbesondere der der Benützung, etwas anders gelagert ist. Die Kleingartenkommission bemüht sich derzeit, dem Wunsch der Heimgärtner und Heimgärtnerinnen Rechnung zu tragen, die noch ausstehenden Heimgärten nach Möglichkeit ins Dauerland zu übernehmen. Erfreulich ist uns hier bereits ein erster Schritt mit der Heimgartenanlage Hanusch gelungen, darauf sind wir sehr, sehr stolz. Ich danke (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Schloffer**: Ja, Heimgarten. Liebe Waltraud, die Heimgärten, für mich ist es wichtig, es geht jetzt zuerst um die Heimgärten in deinem Antrag. Wir haben in Graz noch, ich glaube, zirka fünf Prekarien. In erster Linie müssen die einmal umgewandelt werden, die Leute leben in diesen Heimgärten unsicher noch, weil sie wissen nie, wann müssen sie den Heimgarten hergeben oder nicht. Erstens Prekarium umwandeln, zweitens frage ich mich, wo die Stadt Graz einen Grund hernehmen soll? Kein Geld zum Grundstückankauf und dann wir so massiv privat gebaut, alles wird verbaut, wo soll man dann diese Fleckerln Grünes herbringen, wo man deine Wünsche erfüllen könnte? Wenn ich denke, letztens haben wir Bebauungsplan beschlossen Grottenhofstraße/Straßganger Straße draußen irgendwo, da wird es in Zukunft dort noch etwas geben, dort kommen 1.500 Wohnungen hin, dieser Umwidmung hat die SP natürlich mitgestimmt. Wieder alles verbaut, keine Pufferzone mehr dort draußen, was sich dort abspielt, wie klass wäre es gewesen, wären dort mehr Grünfläche zwischendrin frei geblieben, wo man Gemeinschaftsgärten machen könnte. Da frage ich mich, woher mit den Gründen? Drittens, ganz ein Unsicherheitsfaktor unter den Heimgärten ist Theodor-Körner in Andritz, wo der Grund der Holding gehört und wenn die Holding den Wunsch äußert, wir wollen dort bauen, wird der Heimgarten auch zugesperrt. Was sich in Andritz

abspielt an Bautätigkeiten und den zunehmendem Verkehr, der sich automatisch damit ergibt, das hat sich unlängst im St.-Veiter-Schlössl oben hat man es wieder gehört von den Leuten, wo ist der Dreisiebner Karl, nicht da, der hat das mitgekriegt, was sich dort oben abspielt. Jetzt wenn man das auch noch verbaut das Grundstück, Heimgarten Theodor-Körner und dort das verbauen lässt, ist das nächste Dilemma da. Und da geht es bei der Umwidmung um die Zwei-Drittel-Mehrheit und da muss die SP dann zeigen, wo sie steht. Tun wir umwidmen, tun wir verbauen oder wollen wir die Gärten lassen. Drittens Heimgarten Grünanger. Grünanger soll ja überflutet werden im Zuge des Murkraftwerkes beziehungsweise der Freizeitoase. Ja, wohin schicken wir denn dann die Leute vom Grünanger-Heimgarten, wo gibt es die Gründe? Wer gibt die Gründe her, die Stadt Graz, wissen wir ja, hat das liebe Geld nicht und wenn alles verbaut wird, es bleiben immer weniger Flächen frei. Ich wünsche dir, dass dein Konzept aufgeht, liebe Waltraud, aber passt auf bei gewissen Umwidmungen, tut nicht alles umwidmen und verbauen lassen, schauen wir, dass für deine Wünsche ein bisschen mehr Grünfläche frei bleibt, dass die Prekarien einmal umgewandelt werden, damit diese Heimgärten nicht verloren gehen durch Bebauungen. Grünanger, Theodor-Körner, Andritzer Reichsstraße, das wären drei Schwerpunkte, wo man sagt, schauen wir einmal an die und dann können wir eventuell noch weiter wünschen. Natürlich stimmen wir dem zu und Sigi deinem auch. Weil deine öffentliche Durchwegung bezieht sich auf die neuen, die erst irgendwann einmal, wenn wir wieder einen Grund haben, einen neuen Heimgarten machen können, dann können wir das machen mit der öffentlichen Durchwegung, aber greifen wir nicht die bestehenden an bitte. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kollegin Waltraud Wippel, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Intention ist ja an sich eine gute, bestehende Flächen, die momentan nicht genutzt werden, einer besseren, effizienteren, höherwertigen Verwendung zuzuführen hier im Sinne von Heim- oder Gemeinschaftsgärten, aber es kann ja wohl nicht sein, dass wir städtisches Eigentum in Holding Graz, in GBG ausgegliedert

haben, dort ein unternehmerischer Zweck verfolgt wird, der natürlich auf Gewinnerzielung absieht, wo es sich um Gemeinschaftseigentum aller Grazerinnen und Grazer handelt, also das Geld von allen Steuerzahlerinnen und Abgabenzahler der Stadt Graz und hier die Intention herausgelesen werden kann, sage ich zumindest, dass diese Flächen langfristig, ständig für Gemeinschaftskleingärten verwendet werden, also einen, zumindest ökonomisch niedrigeren Wert erzielen. Wenn ich ein Bauland landwirtschaftlich nütze oder als Kleingärten, dann habe ich eine geringere Nutzung als wenn ich das als Bauland sozusagen verwerte in irgendeiner Form. Es geht um das Eigentum. Wenn die Intention ausgerichtet hier in dem Antrag, aber es steht so nicht drinnen, deswegen um Präzisierung, dass wir diese Flächen in den Zeiten der Überbrückung, bis eine andere Nutzung vorgesehen wird, als Prekariatsebene im Sinne von Gemeinschaftsgärten und Heimgärten nützt, dann hätte es oder hat es meine ausdrückliche Unterstützung, weil dann macht es für mich einen Sinn. Prekariat, gibt es einen Vertrag, das ist klar geregelt, da muss man das Recht auch nur nutzen und durchsetzen, wenn man das nicht tut, dann hat das andere politische Beweggründe. Aber bitte hier um Klarstellung, weil davon hängt es ab, ob ich zustimme oder nicht. Danke sehr.

GR.<sup>in</sup> **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Waltraud! Danke für deinen dringlichen Antrag, ja er ist dringlich, er ist wichtig. Ich habe nur einen Zusatzantrag noch diesbezüglich und möchte vorweg noch Folgendes sagen: Du hast in deinem Motivenbericht einige Gemeinschaftsgärten angesprochen aus Deutschland, soweit brauchen wir gar nicht gehen, wir haben in Graz diesbezüglich sieben solcher Gemeinschaftsgärten, die hochaktiv seit einiger Zeit, seit einigen Jahren, sind und es werden auch immer mehr und da sind auch sehr, sehr spannende Projekte. Nur das noch dazu.

Mein Zusatzantrag lautet: „Weiters sollen bei der zukünftigen Vergabe von neuen Flächen für Heimgärten folgende Kriterien Berücksichtigung finden:

1) Die Sicherstellung von Diversität bei der Vergabe der Heimgärten.

- 2) Nach ökologischen Gesichtspunkten durchzuführender Gartenbau (Verbot von umweltschädlichen chemischen Schädlingsbekämpfungs- bzw. Düngemitteln).
- 3) Sicherstellung von sinnvollen öffentlichen Durchwegungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Ruhebedürfnisse der HeimgärtnerInnen.“

Ich bitte die Fraktionen, auch diesen Zusatzantrag zu unterstützen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Bezug nehmen auf die Wortmeldungen. Ich fange bei der Kollegin Gesek an betreffend dringlichen Antrag, dass Gemeinschaftsgärten und Heimgärten gemeinsam angeführt werden, dass da natürlich eine andere Konzeption dahinter liegt, ist klar, aber es geht darum, mehr Grün nach Graz zu bringen, mehr Orte der Begegnung zu schaffen und es ist ein Heimgarten ein wesentlicher sozialer Ort der Begegnung genauso wie Gemeinschaftsgärten, mit ganz unterschiedlichen Konzeptionen, die dahinter stehen und es hat die Sigi Binder schon angesprochen, wir haben ja schon sehr viele Gemeinschaftsgärten in Graz. Deshalb auch an den Kollegen Gerhard Mariacher, wie soll das gehen, es gibt schon sehr viele Beispiel Salfelder Straße, funktioniert wunderbar, es braucht eine Begleitung, das ist klar, aber es passiert überall auf der Welt, warum soll es nicht auch in Graz mit den Gemeinschaftsgärten funktionieren? Und Gemeinschaftsgarten ist ein breit gefächerter Begriff, es geht da um pädagogische Gärten, es geht um therapeutische Gärten, da geht es um Bepflanzungen in Höfen, es geht um Bepflanzungen auf Dachgärten und alles, was der Begegnung dient, dass der soziale Wert auch eine Beachtung findet und nicht nur die ökonomische Tangente, weil du gemeint hast, wie sollen wir uns das leisten. Man muss schauen, was heißt das für das soziale Gefüge, es gibt interkulturelle Gärten, ich denke mir, natürlich kostet es was, aber der Gewinn und der Benefit ist enorm und das muss man auch sehen. Ich freue mich, dass die Zustimmung so groß ist und gerade in Zeiten, wo die Mobilitätskosten immer weiter steigen, ist es auch ein Argument, warum es in der näheren Umgebung Gemeinschaftsgärten und

Heimgärten braucht, nicht gemeinsam, ganz klar, aber Flächen sollen zur Verfügung stehen. Es geht da um die Lebensqualität der Grazerinnen und Grazer (*Applaus SPÖ*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

***Der Zusatzantrag von GR.in Binder wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

### **3) Standort von künftigen Bundesbehörden in den Bundesländern, insbesondere in Graz**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Sprachmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Sprachmann**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Gäste. In Österreich herrschen die Prinzipien des Zentralismus und des Föderalismus. Dies heißt, dass neben zentralen Behörden, die meist in der Bundeshauptstadt Wien angesiedelt sind, das ist der Zentralismus, auch die Bundesländer und die Gemeinden wichtige Entscheidungskompetenzen, das ist der Föderalismus, innehaben. Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe hier im Saal, Frau Vorsitzende, ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe im Saal (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Das ist auch gut so, denn in vielen Bereichen ist es notwendig, die Gegebenheiten vor Ort zu kennen und zu akzeptieren, wie beispielsweise im Schulbereich oder im Bereich der Krankenhäuser usw. Eine zentrale Stelle in Wien kann diese Gegebenheiten nicht kennen.

Der Zentralismus äußert sich in Österreich wiederum dadurch, dass praktisch alle großen behördlichen Einrichtungen wie Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof, Oberster Gerichtshof, Volksanwaltschaft, Asylgerichtshof,

Bundesvergabesenat, Rechnungshof, Korruptionsstaatsanwaltschaft usw. ihren Sitz in Wien haben. Zusätzlich gibt es andere Behörden mit Sitz in Wien wie den Unabhängigen Finanzsenat, das Arbeitsinspektorat und das Bundessozialamt mit Außenstellen in den Bundesländern. Kurzum ohne Wien geht nichts in Österreich.

Viele Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich, die auch eine Zukunftsperspektive der Jugendlichen in den Bundesländern bedeuten könnten, gehen dadurch, ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe im Saal (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*)...

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Rücker**: Der Gemeinderat dauert heute noch gar nicht so lange, also bitte ein bisschen mehr Entspannung und Ruhe.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Sprachmann**: Ja, dann fange ich nochmals an. Viele Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich, die auch eine Zukunftsperspektive der Jugendlichen in den Bundesländern bedeuten könnten, gehen dadurch den Bundesländern und damit Graz verloren. Oder aber hochqualifizierte Kräfte müssen nach Wien absiedeln. Universitätsstädten wie Graz kommen dadurch oftmals etwa hier ausgebildete AkademikerInnen abhanden, da die Arbeitsmarktchancen in Wien – eben durch die zahlreichen Bundesbehörden - einfach besser sind.

Es geht auch anders, diese Konzentration von Behörden in einer Stadt muss nicht sein, in dieser Hinsicht ist Österreich fast einzigartig. In Deutschland gibt es zum Beispiel den deutschen Bundesverfassungsgerichtshof in Karlsruhe, das Bundesarbeitsgericht in Erfurt. Das schweizerische Bundesgericht ist nicht in Bern, sondern in Lausanne, das Verwaltungsgericht in St. Gallen.

In Österreich wird es im Jahr 2014 zu einer Verwaltungsreform kommen. Dadurch werden über 120 Sonderbehörden aufgelöst und gehen in eine neue Behördenstruktur ein (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Ja, ich fange jetzt wirklich von vorne an...

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Rücker**: Liebe KollegInnen, es ist einfach nicht fair gegenüber der Kollegin, die vorne spricht, wenn man die ganze Zeit quatscht. Entweder draußen bitte vor der Tür oder herinnen mit einer gewissen Aufmerksamkeit. Jeder, der da vorne am Rednerpult ist und jede möchte eine gewisse Aufmerksamkeit (*allgemeiner Applaus*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Sprachmann**: Wobei ich vielleicht zum Schutz von den KollegInnen auch sagen könnte, mein Antrag ist eben so aufregend und dementsprechend gibt es eben Gespräche darüber. Neben den Landesverwaltungsgerichten, die unter anderem den UVS in den Bundesländern ersetzen, sollen unter anderem der Bundesverwaltungsgerichtshof und der Bundesverwaltungsgerichtshof für Finanzen geschaffen werden. Ebenfalls in der Entstehung ist das Bundesamt für Asyl und Migration.

Nachdem schon jetzt eine extreme Konzentration von Bundesbehörden in Wien gegeben ist, stellt sich die Frage, ob solche neuen Institutionen nicht besser in den Bundesländern angesiedelt werden sollen. Auch Graz als zweitgrößte Stadt und Universitätsstadt würde sich hierfür hervorragend eignen. Einerseits würde eine große Anzahl von qualifizierten Arbeitsplätzen in Graz geschaffen werden und andererseits würde unsere Stadt eine große Aufwertung erfahren.

Überlegenswert ist auch, dass Bundesbehörden vermehrt Außenstellen in den Bundesländern schaffen, dies insbesondere in Anbetracht dessen, dass die Anfahrtswege nach Wien für Parteien oft weit sind.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Bürgermeister wird ersucht, im Sinne des Föderalismus und entsprechend des obigen Motivenberichtes mit dem Bund in Verhandlungen zu treten, dass künftig zu schaffende Bundesbehörden in den Landeshauptstädten wie beispielsweise Graz angesiedelt werden. Ich ersuche um Annahme des Antrages (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat! Kollegin Sprachmann, jetzt hätte ich nur gerne gewusst, was die künftig zu schaffenden Bundesbehörden sein werden.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Sprachmann**: Das habe ich bereits früher gesagt, der Bundesverwaltungsgerichtshof, der Bundesverfassungsgerichtshof, das...

GR. **Grosz**: Also der Verfassungsgerichtshof und der sogenannte Bundesverfassungsgerichtshof, den es nicht gibt, das ist der Österreichische Verfassungsgerichtshof so wie auch der Österreichische Rechnungshof, der Österreichische Verwaltungshof ist eine bereits bestehende Behörde, in dem Fall handelt es sich sogar um Institutionen. Der Asylgerichtshof ist zum Beispiel im Entstehen. Kollegin Sprachmann, erstens, ich bin ein absoluter Gegner, dass wir noch mehr Bundesbehörden schaffen grundsätzlich, wir haben 22 Sozialversicherungsträger, 14 Betriebskrankenkassen, Krankenfürsorgeanstalten der

einzelnen Länder, wir haben Behörden mittlerweile und Beiräte auf Bundesebene für jeden Bereich. Der Österreichische Rechnungshof, für dich Bundesrechnungshof, also der Österreichische Rechnungshof, Dampfschiffgasse, Wien, hat 599 Vorschläge auf den Tisch gebracht, die im Übrigen allesamt sich mit Verwaltungsvereinfachung, sogar mit Abschaffungen von Behörden auseinandersetzen. Zusammenlegungen von Behörden und daher sage ich ganz ehrlich jetzt unabhängig von der Frage, ob die Behörden jetzt in Graz oder in Schmauswaberltown oder in Deutschlandsberg oder wo auch immer entstehen werden oder nach deinem Antrag hinverlagert werden sollen, ich bin grundsätzlich der Meinung erstens, dass wir in Wien tatsächlich viel zu viele Behörden haben, wir sind ein Beamtenstaat auch aus der Tradition der k.u.k-Monarchie, es wird im 21. Jahrhundert an der Regierung, an den Politikern des Jahres 2012 liegen, diese Behörden endlich wieder so ordentlich zu reformieren, dass die Menschen in dem Land nicht für einen Behördenstaat zahlen, sondern auch dafür tatsächlich zahlen, dass sie auch Dienstleistungen seitens des Staates bekommen. Wir werden dem selbstverständlich nicht zustimmen, weil das ja eine regelrechte Aufforderung ist, neue Behörden zu begründen. Außerdem ich halte auch das System, jetzt im Jahr 2012 herzugehen und zu sagen, so jetzt wollen wir eine Behörde in Graz haben und dann wollen wir dort eine Behörde haben im Vergleich zu Deutschland mit den unterschiedlichsten Verwaltungssitzen in einem Ort, die Hauptstadt in Berlin, Verwaltungseinrichtungen in Bonn, in Bochum etc., dieses System mit unserem auch nicht vergleichbar ist. Wir setzen alles daran und unsere Forderung ist eben, dass wir Verwaltungsinstitutionseinheiten in Österreich endlich vereinheitlichen, dass wir Verwaltungsorganisationen einsparen und nicht neu begründen, nur damit nicht jede Landeshauptstadt ihr eigenes Gebäude braucht. Im Übrigen, Kollegin Sprachmann, es lag tatsächlich jetzt nicht an deiner Ausführung deines Antrages, sondern offenbar die sogenannte Geschwätzigkeit, die sich ja dargestellt hat im Gemeinderat, vielleicht doch wohl eher am Inhalt, denn ich glaube, das ist mit Abstand eine der wenigen Ideen, die wir zum derzeitigen Zeitpunkt auch der Republik mit ihren unterschiedlich finanziellen Problemen sicher nicht brauchen, dass wir sündteure Institutionen, die in Wien vor 10/15/20 Jahren gebaut worden

sind, dann in Graz neuerliche Verwaltungsbauten einrichten, also das ist genau das Gegenteil von dem, was eigentlich alle in dem Land in ihren Sonntagsreden wollen.

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat, liebe Karin Sprachmann, Frau Magister! Die Idee, die der Gerald Grosz auch so genannt hat, die Idee ist ja nicht neu. Du hast diese Idee in deinem Antrag jetzt aufgegriffen und zwar in Form eines dringlichen Antrags. Die Idee ist schon sehr lange bestehend und wir sollen ja auch einmal nicht nur reden, was wir erst wollen und was möglicherweise erst in weiterer Ferne liegt, sondern auch aus dem Anlass, was bereits gelungen ist. Es ist österreichweit einmalig, dass wir immerhin über eine große beachtliche Bundesbehörde hier verfügen, und das ist das Streitkräfteführungskommando in Graz, das ist alles andere als selbstverständlich, dass es gelungen ist, damals das nicht wie üblich in unserer werten Reichs-, Haupt- und Residenzstadt zu dislozieren, sondern hier in Graz und in Salzburg. Es ist ja nicht der alleinige Standort. Das ist zum Beispiel damals gelungen der Frau Landeshauptmann Klasnic, und wir können, wenn wir uns an die Zeitungen erinnern, das war nicht so einfach, das waren viele Anläufe, obwohl damals der Verteidigungsminister dieselbe Farbe hatte wie die Frau Landeshauptmann, war es trotzdem äußerst schwierig und vor allem auch der Herr Bürgermeister Siegfried Nagl, der sich da maßgeblich eingeschaltet hat.

***Zwischenruf GR. Eichberger: Danke Sigi.***

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Ja, Ehre wem Ehre gebührt, danke, ich werde es ihm weiterleiten, weil er jetzt nicht da ist (*Applaus ÖVP*). Soweit, und ich darf auch dazusagen, ohne irgendwelche Unkenrufe da hier zu bestärken, wir werden auch

weiterhin kämpfen müssen, dass wir dieses Kommando hier in Graz haben, weil ja beim Heer auch eine Strukturreform ist. Wir werden da sehr vorsichtig vorgehen. Es besteht derzeit nach Auffassung unserer Fraktion für diese gute Idee, zeitlos gut, immer gut, aber kein Anlass, einen dringlichen Beschluss zu fassen, sondern das kann ich jetzt schon zusagen, Karin, wir werden uns alle zusammensetzen, sollte sich die geringste Chance ergeben, wieder etwas nach Graz zu ziehen, dann gemeinsam zur Stunde X zu kämpfen. Daher gute Idee, aber kein dringlicher Zeitpunkt (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schneider:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Es sind da Argumente von beiden Seiten zu würdigen. Eines ist auch noch nicht gesagt worden, es gibt natürlich schon Nachteile, wenn man Bundesbehörden, die zusammenarbeiten sollen, disloziert, das führt natürlich zu Mehraufwänden, was Transportkosten angeht. Es hat natürlich Vorteile, wenn man face to face Sachen besprechen kann, natürlich mit neuen Medien kann man einen Teil davon, aber eben nur einen Teil davon, gut machen. Extrembeispiel von einer nicht sehr effizienten Aufteilung auf mehrere Orte, das ist die EU, wo das Parlament hin- und herfahren muss einmal im Monat. Das wollen wir sicher nicht. Also grundsätzlich ist es zu vermeiden, dass das disloziert wird. Auf der anderen Seite ist es richtig, es läuft eine Verwaltungsreform, die jetzt auch aus grüner Sicht hoffentlich zu einer effizienteren Neuaufteilung von Kompetenzen auf die verschiedenen Gebietskörperschaften führen wird. Womöglich werden die Länder dadurch etwas verkleinert werden, von ihren Kompetenzen und auch von ihren Apparaten, dagegen kann man auch nicht grundsätzlich was sagen und das würde auf der anderen Seite sehr richtig womöglich in Graz auch zu einem Abbau an Arbeitsplätzen führen und das hat natürlich Auswirkungen dann auch auf verschiedene Bereiche, nämlich auf das Kulturleben in Graz, auch auf Graz als Wirtschaftsstandort, weil natürlich ein gewisses Arbeitskräftepotential dann abfließt. Also die Diskussion ist wichtig. Wir werden uns natürlich jetzt allerdings einmal anschauen müssen, wie läuft die und läuft sie überhaupt die Bundesstaatsreform in eine Richtung, dass man da überhaupt sagen

kann, dass das jetzt doch eine größere Veränderung ist. Dann muss man sich sehr wohl anschauen, wie man einen allfälligen Ausgleich für Abgänge, die sich daraus ergeben, findet. Insofern danke für den Antrag, wir finden ihn im momentanen Zeitpunkt auch nicht für dringlich, aber wenn da weitergearbeitet wird, das ist sehr wichtig. Dankesehr (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Sprachmann**: Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich habe mir gerade früher überlegt, also mit vollem Erstaunen, in welchem Nationalrat unser Gemeinderatskollege Gerald Grosz sitzt, weil es ist unmöglich, dass an einem Nationalratsabgeordneten eine solch große Reform sang- und klanglos vorbeigeht und er überhaupt gar nicht weiß, um was es geht. Es kommt zu einer Umstrukturierung, die wird wahrscheinlich bereits am 2. Mai beschlossen in einem Ausschuss im Nationalrat, die wird im nächsten darauffolgenden Nationalrat beschlossen werden mit höchster Wahrscheinlichkeit, 120 Sonderbehörden werden aufgelassen, es werden neue Strukturen geschaffen, das ist die große Verwaltungsreform und unser Herr Gerald Grosz weiß es anscheinend nicht und ist gleichzeitig auch ein Vertreter von den Grazern und Grazerinnen im Nationalrat, also ich verstehe das nicht. Zu den Aussagen von der grünen Fraktion muss ich sagen, der Zug der fährt ab, ja, und ihr habt das jetzt anscheinend auch verschlafen und diesbezüglich bin ich von dir auch sehr enttäuscht, weil ich weiß, Kollege Piffli, du bist ein hervorragender Jurist, du warst auch aktiv in deiner Zeit in der Landesregierung beschäftigt und auch du weißt anscheinend nicht, was da abläuft. Es werden Behörden abgeschafft und es werden neue Behörden dafür geschaffen. Nur in den Bundesländern ist dafür kein Platz. Es gehen uns Arbeitsplätze abhanden, die Universitäten, die hervorragende Personen ausbilden, die werden weiterhin wenig Chancen haben, diese Personen auch auf den Arbeitsmarkt dann unterzubringen, die werden dann nach Wien abwandern und ich weiß nicht, wo ich hier eigentlich sitze, dass man Graz nicht mit der EU vergleichen kann (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), das ist mir auch klar, dass man Österreich nicht damit vergleichen

kann, aber ich bitte euch, wenn ihr da Wortmeldungen abgibt, dann bitte mit einem bisschen einen Hintergrund und mit ein bisschen einer Qualifikation, die auch unseren Gemeinderat ehren würde, aber bitte nicht so, nur weil das ein Antrag der SPÖ ist, ein guter Antrag der SPÖ ist, sich nicht informieren, was da dahintersteckt. Ich bedanke mich bei all denjenigen, die dem dringlichen Antrag zustimmen werden. Danke (*Applaus SPÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **4) Einbeziehung von Beiräten und speziellen Beauftragten in politische Planungen und Entscheidungen**

GR.<sup>in</sup> **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein dringlicher Antrag befasst sich mit dem Stellenwert der Beiräte und speziellen Beauftragten, die diese Stadt hat, und wie ich meine, ist das eine hochaktuelle Sache. Demokratie ohne Transparenz und ohne Instrumente der direkten Beteiligung der Bevölkerung verkommt zu einem System, in dem mächtige Verbände und Lobbys in der Durchsetzung ihrer Interessen und durch ihr Naheverhältnis zu bestimmten Parteien diese massiv unter Druck setzen können. Damit wird auch der Korruption Vorschub geleistet, wie uns aktuell der parlamentarische Untersuchungsausschuss vor Augen führt und als logische Folge daraus Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen werden. Die Menschen sind zurzeit AugenzeugInnen eines skandalösen Sittenbildes einer Politik, die

maßloses Machtstreben, repräsentiert durch die Regierungen der letzten eineinhalb Jahrzehnte, zum Maß ihrer Politik gemacht hat.

Die für diese Regierungen verantwortlich gewesenen Parteien sind zum Spielball von wirkmächtigen Interessensgruppen verkommen und haben den Bezug zu den grundlegenden Bedürfnissen der Bevölkerung verloren, wie auch der Bundesparteibeamtete der ÖVP, Vizekanzler und Außenminister Spindelegger klar formuliert hat. Heute nachzulesen in der Kleinen Zeitung, er sagt: „Die Politik wird als abgehoben, korruptionsanfällig und nicht auf der Höhe der Zeit empfunden“ und er fordert, frischen Wind in den schlechten Ruf der Politik zu bringen. Er hat seine Parteijugend auch beauftragt, ein großes Demokratiepaket zu erarbeiten. Aber zurück nun zu der Abgehobenheit. Eine Konsequenz daraus ist das Abwenden eines immer größer werdenden Teiles jener Menschen, die nicht einmal mehr ihr Wahlrecht in Anspruch nehmen und der Politik den Rücken kehren oder populistischen Stimmenfängern aus ohnmächtigem Protestverhalten heraus ihre Stimmen geben. Entsprechend fallen auch die Bewertungen einzelner Parteien oder PolitikerInnen bzw. der Politik allgemein aus, wie Sie immer in Zeitungen lesen können.

Um das Vertrauen in die Politik wieder herzustellen und politische Entscheidungen fundiert und transparent zu gestalten, ist es unabdingbar, dass sich die repräsentative Demokratie mit partizipativer Demokratie verzahnt. In der Kommunalpolitik steckt eine große Chance dafür, der oben beschriebenen Tendenz wirkungsvoll entgegenzutreten.

Kommunalpolitik und KommunalpolitikerInnen können mit ihrem Engagement sehr nahe an den Menschen sein. Jede politische Maßnahme, ob im Umwelt-, Verkehrs- oder Stadtplanungsbereich, ob in Fragen von Menschenrechten, Integration im weitesten Sinn oder Jugendwohlfahrt, Sportförderung etc., sofort alle diese Maßnahmen sind sofort für die Bevölkerung und für die Betroffenen spürbar.

Die Stadt Graz hat in der Vergangenheit eine Reihe von qualifizierten Beiräten und Beauftragten eingerichtet, die zu verschiedenen Schwerpunkten der Grazer Kommunalpolitik tätig sind. Durch die Beiräte und Beauftragten ist es zum einen möglich, dass BürgerInnen ihr Wissen und ihre Kompetenzen in die Politik einbringen. Zum anderen kann und soll die Kommunalpolitik diese Expertisen ernst nehmen und nutzen, um Entscheidungen fundiert zu treffen und dabei die Interessen von BürgerInnen einzubeziehen sowie innovative Ideen und Ansätze aufzugreifen und zur Umsetzung zu bringen, was ja von einzelnen Stadträten durchaus jetzt schon ernst genommen wird.

Das setzt natürlich auch ein starkes Menschenbild voraus, will man Beiräte ernst nehmen. Nur wer den Menschen zugesteht, genauso vernünftig oder unvernünftig zu entscheiden, wie wir Politiker und Politikerinnen das tun, wird sich auf partizipative Prozesse auch einlassen können. Und der Wunsch, sich zu beteiligen und ernst genommen zu werden, wächst. Natürlich hat das auch mit einer Veränderung der Machtverteilung zu tun, aber wer sagt, dass das ausschließlich negativ sein soll?

In Beiräten sitzen Menschen zusammen, die ExpertInnenwissen haben, das sie gerne zur Verfügung stellen würden. Aber was nützt dieses Wissen, wenn es nur selten bis gar nicht und vielfach nicht rechtzeitig abgefragt wird oder die Beiräte notwendige Informationen nur mühsam oder gar nicht bekommen? Das Einbinden von ExpertInnen und deren Expertise bedeutet ja nicht, dass PolitikerInnen keine eigenen Entscheidungen treffen können, diese Verantwortung wird PolitikerInnen niemand abnehmen.

Bgm.-Stv.in **Rücker**: Liebe Sigi, ich muss dich zum Antrag bitten, weil du schon überzogen hast.

GR.<sup>in</sup> **Binder**: Ich komme schon zum Antrag. Das ist auch politisches Geschäft, diese Entscheidung zu treffen.

Daher stelle ich im Namen meiner Fraktion den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die StadtsenatsreferentInnen werden beauftragt, vor der Erstellung ihrer Jahresschwerpunkte die in ihrem Zuständigkeitsbereich existierenden Beiräte beziehungsweise Beauftragten zu einer Vorbesprechung und Einbringung ihrer Expertisen einzuladen.

Weiters werden von den StadtsenatsreferentInnen einmal im Halbjahr der jeweilige Beirat beziehungsweise die oder der Fachbereichsbeauftragte zu einem Informationsaustausch zu aktuellen Vorhaben eingeladen.

Einmal im Jahr wird darüber dem Gemeinderat ein Bericht vorgelegt, der von der Magistratsdirektion zu erstellen ist.

2. Die Vorsitzenden der vorberatenden Gemeinderatsausschüsse werden ersucht, verstärkt von ihrem in der Geschäftsordnung des Gemeinderates verankerten Rechts, ExpertInnen zu den Ausschusssitzungen beizuziehen, Gebrauch zu machen und VertreterInnen von Beiräten sowie Fachbereichsbeauftragte zu den Sitzungen der vorberatenden Gemeinderatsausschüsse einzuladen.

3. Diese Änderungen sollen bis zum Ende dieser Gemeinderatsperiode erprobt werden. Die Magistratsdirektion wird beauftragt, dem Gemeinderat bis Dezember 2012 einen Bericht über die Vorteile dieser Herangehensweise beziehungsweise notwendige Adaptierungen vorzulegen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

***Stadtrat Eisel-Eiselsberg übernimmt um 15.35 Uhr den Vorsitz.***

GR. Mag. **Sippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Binder, ich gebe Ihnen ja Recht, Demokratie ohne direkte Beteiligung der Bevölkerung verkommt zu einem korrupten System. Ich glaube, da sind wir uns einig. Recht gebe ich Ihnen auch, dass es sehr bedenklich, und zwar uns allen, sehr bedenklich zu erscheinen hat, wie es mit der Beteiligung an der Politik insgesamt ist, Innsbruck hat uns das auch wieder vorgemacht. Nicht einmal mehr jeder Zweite ist auch am Wahltag zur Wahl geschritten. Dasselbe blüht uns wahrscheinlich auch in Graz in einem Jahr und da sind alle gefordert, hier sich auch Gedanken zu machen, wie man hier auch wieder die Menschen mehr für Politik auch anspricht. Aber unter direkter Demokratie und partizipativer Demokratie, wie Sie es auch formuliert haben, verstehen wir Freiheitlichen schon auch etwas anderes, zum Beispiel saubere Bürgerbefragungen, Abstimmungen nach dem Volksrechtegesetz, Bürgerbeteiligung zum Beispiel auch durch direkte demokratische Mittel, wie Bürgeranfragen hier herinnen, ist auch etwas, was schon lange diskutiert wird, bis jetzt leider hat der Mut gefehlt, das auch umzusetzen, vielleicht kommt es noch, das wären Instrumente auch von direkter Demokratie, die vernünftig sind. Ich sage aber schon auch, dass die dauerhafte Einbeziehung von Beiräten in politische Planungen nichts, aber schon gar nichts mit partizipativer Demokratie für die Bürger im Konkreten zu tun haben, sondern das ist in Wirklichkeit lediglich eine Kompetenzerweiterung einiger weniger teilweise auch sehr umtriebiger Aktivbürger und auch von selbst ernannten Experten. Beiräte sollten aus unserer Sicht das bleiben, was sie sind, nämlich von Experten und Fachleuten besetzte Gremien, die die politischen Entscheidungsträger beraten und zwar dann beraten, wenn sie auch um ihren Rat gefragt werden, das ist auch entscheidend und dann können wir uns Freiheitliche auch eine Ausweitung der Beiräte vorstellen. Dann reden wir einmal über einen Sicherheitsbeirat, reden wir einmal auch über einen Verkehrsbeirat, wie

schon von uns gefordert, da wäre wirklich auch eine Beratung teilweise auch der Frau Vizebürgermeisterin von Nöten. Aber wir lehnen ab, dass es hier quasi einen Freifahrtschein für Aktivbürger und ihr Engagement, und das Engagement von Aktivbürgern in Ehren, das möchte ich hier sagen, aber dass es hier einen Freifahrtschein gibt quasi, dass sich die Beiräte verselbständigen, das wollen wir nicht und das ist, wie man sieht, auch immer wieder passiert. Ich nehme hier den Menschenrechtsbeirat her, der auch in der Frage des Bettelverbotes sich verselbständig hat und eigenständige Politik gemacht hat und das auch gegen den Mehrheitsentscheid im Gemeinderat und das kann nicht der Zweck eines Beirates sein und deswegen lehnen wir diesen Vorstoß und diesen dringlichen Antrag in Dringlichkeit und auch im Inhalt ab. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Schloffer**: Liebe Sigi! Ich und auch meine Partei, die KPÖ, werden uns immer an die Beiräte wenden, wenn es um eine Sache geht, wo wir eine Beratung brauchen, wo wir eine Meinung der Beiräte einholen, wie sie das Problem sehen, und beraten dies dann im Klub. Ich glaube nicht, dass wir einen Auftrag brauchen oder die Stadträtin Kahr Elke einen Auftrag braucht, dass wir jetzt gewisse Sachen mit den Beiräten machen. Wir haben das Gespür da drinnen, wo brauchen wir die Beiräte und fragen sie und ziehen sie sowieso mit ein, weil wir nehmen sie immer ernst. Demokratiepoltisch ist es auch wichtig und richtig. Wenn du jetzt demokratiepoltisch wichtig und richtig findest, dass Minderheiten mitreden können, dann frage ich mich aber auch sehr wohl, warum die Stadtregierung, sprich Schwarz/Grün, insbesondere die Grünen demokratiepoltisch, wenn ich das jetzt sehe, die kleinen Fraktionen, die Opposition aus den Aufsichtsräten ausgeschlossen hat, auch das finde ich demokratiepoltisch bedenklich, das ihr gemacht habt. Danke (*Applaus KPÖ*).

---

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Stimmt ja nicht.*

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.*

GR.<sup>in</sup> **Binder**: Ich freue mich und danke, dass dieser dringliche Antrag angenommen wurde. Nur kurz zum Kollegen Sippel, ja, also das, was Sie auch vorgebracht haben mit Bürger-/Bürgerinnenbefragung nach dem Volksrechtegesetz, da gehen wir den gemeinsamen Weg und das haben wir ja auch hier schon kundgetan. Das Ausspielen des einen durch das andere das ist nicht die Intention dieses Papiers, dieses Antrages und Sie wissen das auch. Und, Gerti, zu dir, ich habe auch gesagt, dass ich weiß, dass es einige Stadtpolitikerinnen und -politiker gibt, die das ja schon ernst nehmen. Was mir aber oder uns, meiner Fraktion, so wichtig in dieser Frage bei der stärkeren Heranziehung des Expertinnen- und Expertenwissens der Beiräte und Beirätinnen ist, war, diese Möglichkeit auch stärker abzusichern, denn es gibt Beiräte die werden, also ich übertreibe ein bisschen, aber fast jahraus, jahrein nicht eingeladen, werden nicht ernst genommen, ja dann muss ich mir überlegen, ist der Beirat noch wichtig, dann muss ich mir was anderes überlegen als Politiker und Politikerin. Wir jedenfalls, als Grüne ist uns Partizipation sehr wichtig, was die Beiräte betrifft und daher auch dieser Antrag. Danke (*Applaus Grüne*).

*Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.*

**5) Beitritt zur Europäischen Charta für die Gleichstellung von Männern und Frauen auf lokaler Ebene**

---

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe** stellt im Namen von ÖVP und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag ist zum Thema Gleichstellung. Diejenigen, die sich mit dieser Thematik beschäftigen, auch jetzt speziell in der Stadt, wissen, dass schon einiges in diesem Bereich ja auch gemacht wurde, erfreulicherweise oder einiges in Vorbereitung ist. Dennoch gibt es einen Punkt, den ich einbringen möchte, daher dieser Antrag, nämlich, dass es einfach Sinn macht und wichtig ist, diese vielen Einzelaktivitäten weiter stärker zu bündeln, darüber regelmäßige Berichterstattung zu machen und dort, wo immer noch Dinge in der Gleichstellung von Frauen und in der Gleichstellung von Männern nicht umgesetzt sind, dort Erweiterungen zu machen und konkrete Projekte zu machen. Aus diesem Grund gibt es nicht nur jetzt in einer städtischen Initiative, sondern auf europäischer Ebene diese sogenannte Europäische Charta für die Gleichstellung von Männern und Frauen auf lokaler Ebene, die der Rat der Gemeinden und Regionen Europas bereits im Jahr 2006 mit Unterstützung der Europäischen Kommission im Rahmen des 5. Aktionsprogramms der Gemeinschaft erstellt hat und wo unter anderem auch eben ausgeführt wird, dass zwar einiges schon erreicht wurde, aber ich zitierte: „Trotz vielfältiger formaler Anerkennung und zahlreicher Fortschritte ist die Gleichstellung von Frauen und Männern im Alltag noch immer nicht Realität geworden. Frauen und Männer genießen in der Praxis nicht dieselben Rechte. Gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Ungleichheiten bestehen weiterhin, etwa bei Löhnen und Gehältern sowie bei der politischen Vertretung, in der Frauen unterrepräsentiert sind.“ Ich brauche mich nur in dieser Runde umzuschauen.

Diese Ungleichheiten sind das Ergebnis sozialer Konstrukte, die auf zahlreichen Stereotypen in den Bereichen Familie, Bildung, Kultur, Medien, usw. beruhen. Es existieren nach wie vor viele Felder, in denen Handlungsbedarf besteht. Diese Punkte, die zum Beispiel explizit von dieser Europäischen Charta genannt werden, wo auch die Gemeinden aktiv werden können, sind einerseits in dem Handlungsfeld der Gemeinde in ihrer politischen Rolle, dann im allgemeinen Rahmen der

Gleichberechtigung, dass die Stadt eben auch dafür zuständig ist, wichtig ist ihre Rolle als Arbeitgeberin gleichzeitig auch die Rolle als Auftraggeberin, wir haben ja ein Pilotprojekt in einer unserer Tochtergesellschaften der GBG, wo das erste Mal jetzt eine Auftragsvergabe nach außen hin an konkrete Frauenförderungsmaßnahmen zum Beispiel gekoppelt ist, also es gibt viele Möglichkeiten, wo man auch in der Auftragsvergabe schon gegensteuern kann, dann ist auch ein Handlungsfeld der Stadt in ihrer vielfältigen Funktion als Dienstleisterin von Kinderbetreuung bis hin zur Kultur und natürlich die gesamte nachhaltige Wirtschafts-, Planungs- und Umweltentwicklung, wo auch die Bedürfnisse beider Geschlechter zu berücksichtigen sind.

Der Menschenrechtsbeirat, der jetzt auch beim Thema Beiräte kurz angesprochen wurde, hat im Übrigen in seinem letzten Bericht zur Menschenrechtsumsetzung in der Stadt Graz genau das auch angeregt, dass die Stadt Graz dieser Charta beitrifft.

Österreich ist generell dabei Schlusslicht, es gibt insgesamt mit Stand Ende März 1.258 Gemeinden und Landkreise usw., die dieser Charta schon beigetreten sind. In Österreich sind es bisher erst 18. Obwohl auch der Österreichische Städtebund und die Stadt Wien an dieser Charta beteiligt waren.

Daher stelle ich den Antrag, einerseits ungestört sprechen zu können, andererseits den Antrag als ein Zeichen, nämlich auch für eine Tagung, die einen ähnlichen Bereich umfasst, nämlich die CEDAW, das ist die Magna Charta der Frauenrechte, die jetzt im Mai 2012 in Graz ihre Tagung hat und damit auch das 30-jährige Jubiläum des dahinterstehenden Komitees feiert, dass man also rechtzeitig bis zu dieser Tagung, die hier stattfindet, beschließen möge, das ist ein Antrag von uns als Grünen gemeinsam mit der ÖVP:

1. Die Stadt Graz tritt der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ bei.
2. Der Gemeinderat wird seitens der zuständigen Stadtsenatsmitglieder einmal jährlich im Rahmen des Tätigkeitsberichtes an den Gemeinderat über die Entwicklung

---

der Umsetzung, die sich aus dem Beitritt ergibt, informiert.

3. Die Stadt Graz bezieht die Einarbeitung eines entsprechenden Aktionsplans zur Umsetzung der Europäischen Charta unter Einbeziehung von Politik, Verwaltung, Beteiligungsgesellschaften und Fachöffentlichkeit in ihre bisherigen Gleichstellungsaktivitäten ein (*Applaus Grüne*).

***Bgm. Mag. Nagl übernimmt um 15.45 Uhr den Vorsitz.***

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GR. Mag. **Sippel** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch bei diesem Antrag der Grünen, und in dem Fall auch gemeinsam mit der ÖVP, muss ich mitteilen, dass wir dem nicht zustimmen werden und möchte es aber auch ganz kurz begründen. Aus unserer Sicht ist es oder ist der Beitritt zu dieser Charta ganz einfach nicht notwendig, weil aus einer Sicht einmal heraus dieser oder die Intention dieser Charta einer überholten Genderideologie entspringt, Es ist aus heutiger Sicht einfach nicht mehr notwendig, so einer Charta beizutreten, weil sowohl die öffentliche Hand als auch private Unternehmen ein ureigenstes Interesse daran haben, frauenorientiert zu handeln und dass das eine gesellschaftliche Entwicklung ist, die auch dazu führt, dass es zu immer mehr Gleichstellung auch kommt, ich glaube, das lässt sich an sämtlichen Zahlen auch belegen. Dass das nicht von heute auf morgen gehen wird, ist natürlich auch klar. Aber es ist der falsche Ansatz aus unserer Sicht hier mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen, sondern das Ganze aufgrund eines natürlichen soziokulturellen Entwicklungsprozesses, der dazu führen wird, dass Frauen ohnehin immer mehr auch

Chancengleichheit schlussendlich bekommen werden, das Ganze so seinen Lauf nehmen auch zu lassen. Mit Zwang wird man nichts erreichen, das hat auch im Übrigen der Präsident der Industriellenvereinigung in Anbetracht dieses Themas auch gesagt, wo es auch um die Quoten gegangen ist, Präsident Pildner-Steinburg, der gesagt hat, mit Zwang wird man nichts erreichen, er geht davon aus, dass Unternehmen selbst zunehmend daran interessiert sind, wären ja blöd, wenn sie es nicht machen würden, dass Frauen zunehmend auch in Spitzenfunktionen und in Aufsichtsratsposten usw. kommen und diese auch in Zukunft bekleiden. Genau darum geht es, ich glaube, die Politik sollte hergehen und Voraussetzungen schaffen, Chancen für Frauen erhöhen, die Maßnahmen, die die Politik da machen kann, ist etwa klarerweise die Investition in Kinderbetreuungseinrichtungen etc. Ich glaube, das ist der richtige Weg und wir verfolgen einfach in diesem Zusammenhang das Credo, Qualifikation ist und bleibt wichtiger als das Geschlecht, ich glaube, das ist unser Zugang und das ist auch der einzig vernünftige Zugang. Wir Freiheitliche, und das ist etwas, was vielleicht bei diesem Thema auch selten angesprochen wird, wir Freiheitliche wehren uns gegen die von Ihnen auch forcierte und das ist in meinen Augen auch eine Art Diskriminierung und Herabwürdigung sogar der Frauen zu lediglich Quotenfrauen, ich glaube, das haben sich die Frauen nicht verdient. Qualifikation und Leistung soll zählen und nicht das Geschlecht, das man dann mit irgendwelchen Quoten irgendwo hineinbringen möchte. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Potzinger**: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren auf der Zuhörergalerie! Armin Sippel habe ich jetzt zugehört, ich bin wahrscheinlich nicht so ein Aushängeschild der Kampfemanzen und verwehre mich ganz bewusst dagegen, dass du da von überholter Genderideologie sprichst, es ist eine Realität in diesem Lande, aber auch in dieser Stadt, dass in vielen Bereichen Frauen nach wie vor unterrepräsentiert sind. Obwohl sie sicher nicht schlechter qualifiziert sind und es geht mit dieser Intention in dem Antrag wieder einmal um Bewusstseinsbildung.

Frauen und Männer sind gleichwertig, sollen den gleichen Platz in der Gesellschaft haben. Ihr wisst, ich bin in der ÖVP-Frauenbewegung, wir haben uns lange gegen jegliche Quote verwehrt, mittlerweile sagen wir, die Quote ist ein Hilfsmittel, um...

***Zwischenruf GR. Grosz: Pfarrgemeinderat.***

GR.<sup>in</sup> **Potzinger**: Du unterstellst mir da Mitgliedschaften, die nicht bestehen, darf ich dir nur sagen, lieber Freund. Halte einmal das Goscherl. Ich möchte nur ganz kurz was sagen, warum dieser Antrag dringlich ist, weil nämlich heute in drei Wochen bereits diese Europäische Fachtagung, die CEDWA-Tagung, in Graz stattfindet und möchte da auch noch eine kleine Bemerkung machen zum letzten Antrag betreffend Kollegin Wippel, was sich alles nicht in Graz abspielt. Wir haben viele Institutionen auch auf europäischer Ebene, die für Österreich in Graz angesiedelt sind, zum Beispiel das Europäische Fremdsprachenzentrum, wir haben weltweite (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Fachkonferenzen, Riesenkongresse in Graz, nicht in Wien, derzeit grade der Filterkongress zum Beispiel, ein paar tausend Leute. Also wir brauchen da unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Uns als ÖVP-Fraktion ist es eben wichtig, immer wieder zu betonen, dass Diskriminierung in dieser Stadt keinen Platz hat, weder aufgrund des Alters noch der Rasse noch des Geschlechts. So wie wir die UN-Konvention der Kinderrechte ernst nehmen, nehmen wir auch die EU-Konvention der Frauenrechte ernst und deshalb unterstützen wir vollen Herzens diesen Antrag. Danke, Daniela, dass du ihn formuliert hast (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, auch wenn die Verniedlichungsform etwas sanfter hinübergekommen ist, bitte ich einfach darum, die Form zu wahren.

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Daniela! Ein großes Danke für diesen dringlichen Antrag, ganz wesentlich. Wir seitens der SPÖ stimmen natürlich vollinhaltlich zu. Zum Kollegen Sippel muss ich sagen, Quoten sind Geschlechterquoten und können auch Männerschutzquoten sein, er sollte sich das einmal merken, wenn es um Qualifikation geht (*Applaus SPÖ und Grüne*). Wir seitens der SPÖ stimmen zu, die Frauenstadträtin arbeitet bereits daran, das Referat Frauen und Gleichstellung arbeitet auch am Aktionsplan, ganz, ganz wichtig, hundertprozentige Zustimmung, danke für deinen Antrag (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Nur kurz, ich danke allen, die den Antrag gelesen und verstanden haben für ihre Zustimmung und zu der Unterstellung, dass diese Charta die Intention einer überholten Genderideologie wäre, kann ich nur sagen, die Ablehnung dieser Charta die entspricht wohl eher einer überholten Genderverteufelungsideologie, die Sie haben. Also ich glaube, dass Sie sich nicht mit dem Inhalt beschäftigt haben. Danke all denen, die zustimmen und wissen, worum es geht. Danke (*Applaus Grüne*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

## **6) Petition – Förderung von Investiven Maßnahmen (barrierefreier Umbau) auch für NGOs**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt im Namen von SPÖ und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Barrierefreiheit für behinderte Menschen ist ein wichtiger Diskriminierungsschutz, der nicht nur bei der baulichen Gestaltung von Arbeitsplätzen zu beachten ist, sondern auch für alle öffentlichen Gebäude gilt. Es ist wichtig, dass alle Lebensbereiche für Menschen mit Behinderungen so gestaltet werden, dass sie in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind. Das geltende Gesetz strebt somit das möglichst vollständige Herstellen von Barrierefreiheit an, anerkennt aber, dass die Beseitigung von Barrieren mit hohen Kosten und Aufwand verbunden ist. Um unzumutbare Härten zu vermeiden, wurden für die Bereiche Bauen und Verkehr Übergangsbestimmungen erlassen. Zusätzlich soll eine Förderung investiver Maßnahmen durch das Bundessozialamt einen Anreiz schaffen, bestehende Barrieren abzubauen.

Davon ausgenommen sind jedoch gemeinnützige Einrichtungen, deren sonstige Kosten zur Gänze aus öffentlichen Mitteln getragen werden. Diese Regelung trifft somit auch alle NGOs, insbesondere jene, die Beratungstätigkeiten durchführen. Für sie sind zum Beispiel 5000,- Euro, die zur Errichtung einer Rampe oder zur behindertengerechten Umgestaltung von Sanitärräumen eingesetzt werden müssen, kein geringfügiger Aufwand. Im Gegenteil – für viele kleinere Organisationen, die aufgrund von Sparmaßnahmen bei den Subventionen unter immer schwierigeren Bedingungen ihre gesellschaftlich notwendige Arbeit im Interesse der Menschen leisten, ist es vielfach schon eine Frage der Existenz, diese finanziellen Mittel zum Zweck eines notwendigen barrierefreien Umbaus aufwenden zu können.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich deshalb folgenden...

***Zwischenruf GR. Herper unverständlich.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: ...Entschuldigung, ja, mit Unterstützung auch der SPÖ folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Der Grazer Gemeinderat appelliert an die verantwortlichen politischen Stellen des Bundes, die Förderrichtlinien von investiven Maßnahmen bezüglich eines barrierefreien Umbaus insofern zu überdenken beziehungsweise andere Formen der Unterstützung zu finden, damit auch NGOs dem gesetzlichen Auftrag einer barrierefreien Umgestaltung ihrer Räumlichkeiten für behinderte Menschen nachkommen können, ohne dass ihre Existenz gefährdet ist (*Applaus KPÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

#### **7) Alternativen zur Umweltzone**

GR. **Eber** stellt folgenden dringlichen Antrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Es wird in der Steiermark und insbesondere im Großraum Graz ja schon seit Jahren immer wieder über die mögliche Einführung einer sogenannten Umweltzone diskutiert. Nunmehr haben Landeshauptmann Voves und Landeshauptmann-Vize Schützenhöfer ermöglicht, dass eine derartige Umweltzone geschaffen werden kann und es erscheint nunmehr erforderlich, dass

die Stadt Graz hier auch eine Stellungnahme abgibt beziehungsweise klar und deutlich Stellung nimmt, wie sie sich das vorstellt. Es ist sicherlich so, dass es sehr umstritten ist, wie groß der Anteil von Pkw und Lkw, also wie groß der Anteil ist, den diese Verkehrsmittel zur Feinstaubproblematik beitragen. Allerdings glaube ich, sind wir uns da relativ einig, dass der Beitrag sicherlich kein geringer ist. Dabei ist meines Erachtens jedoch auch zu berücksichtigen, dass rund die Hälfte der durch Verkehr verursachten Feinstaubbelastung durch den Abrieb und die Aufwirbelung entsteht, also völlig unabhängig von der Antriebsart.

Diese sind allerdings, eben, wie gesagt, wirken sich bei allen Fahrzeugen gleich aus, egal ob das ein altes Dieselfahrzeug ist oder ob das ein neuer Porsche oder was auch immer ist. Es gibt bis jetzt noch keine wirklich aussagekräftigen Zahlen, welchen Nutzen eine Umweltzone in Bezug auf die Feinstaubbelastung hätte und auch in Deutschland, wo es Umweltzonen in vielen Städten ja schon seit einigen Jahren gibt, sind die Auswirkungen durchaus bestritten, was die haben, da geht es um ein paar wenige Prozentpunkte auf oder ab, unabhängig davon, ob sie eine Umweltzone haben, also das heißt, es dürfte eher an der Witterung und an anderen Faktoren liegen. Gerade Haushalte mit geringem Einkommen verfügen kaum über die neuesten Technologien bei ihren Fahrzeugen, sondern sind vielmehr oft auf alte Modelle angewiesen, die sie sich gerade noch leisten können.

Durch die Einführung einer Umweltzone würden schlagartig viele Menschen gezwungen sein, sich ein neues Auto zu kaufen, auf das sie ja wiederum vielfach angewiesen sind. Einen sozial ausgewogeneren Vorschlag hatte der seinerzeitige Umweltlandesrat Manfred Wegscheider vorzuweisen: Bei länger währender Überschreitung der Feinstaubwertgrenzen sollte ein generelles Fahrverbot in Kraft treten.

Der Ausbau, die Attraktivierung und vor allem auch die Verbilligung des öffentlichen Verkehrs sind notwendige Voraussetzungen nicht nur zur Bewältigung eines Fahrverbots, sondern auch zur effektiven und dauerhaften Reduzierung des Feinstaubproblems.

Die Umweltzone hätte also den Effekt, willkommene Impulse für die Automobilindustrie zu setzen und die soziale Spaltung der Gesellschaft voranzutreiben, während auf der anderen Seite die Feinstaubbelastung nicht wirklich reduziert werden würde.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert Bürgermeister Nagl und die zuständigen Stellen auf, Alternativen zur aktuell diskutierten Umweltzone zu prüfen, wobei insbesondere die Möglichkeit eines Fahrverbotes, alternierend an geraden Tagen für Fahrzeuge mit Nummerntafel mit gerader Endziffer und an ungeraden Tagen für Fahrzeuge mit ungerader Endziffer, bei gleichzeitigem Nulltarif bei öffentlichen Verkehrsmitteln, eben an solchen Feinstaubtagen in Betracht gezogen werden sollte. Danke (*Applaus KPÖ*).

#### **8) Abstandnahme von der Errichtung einer Umweltzone**

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat! Zweifelsohne leidet Graz unter einer hohen Feinstaubproblematik, was sich nicht nur dadurch manifestiert, dass wir eine erschreckend hohe Anzahl von Lungenerkrankungen innerhalb unserer Bevölkerung und jener Menschen, die in dieser Stadt leben, haben. Das hat selbstverständlich mehrere Gründe. Der eine Grund ist die besonders schwierige Situation, topographisch gesehen, dieser Stadt, die selbstverständlich zu anderen Großstädten, im Übrigen zu einer Stadt, die um einiges größer ist wie Wien, die Situation noch

schwieriger macht, wir leben in einer Stadt, wo natürlich die Windverhältnisse um einiges anders sind, wir leben aber auch in einer Stadt, die ausgestattet mit einem Industriespeckgürtel in einer Beckenlage sich befindet, wo wir natürlich das, was wir in die Umwelt abtransportieren durch unsere Technik, durch unsere Errungenschaften sehr schwer aus unserer Umwelt wegbekommen.

Wir haben in Graz, vor allem in den Wintermonaten, massive Probleme durch den Hausbrand, das heißt, unumwunden bewegt uns dieses Feinstaubproblem massiv und es ist schlichtweg fahrlässig und grenzt an eine Körperverletzung, an eine vorsätzliche, auch seitens der Politik, dass sich die Politik die letzten Jahre und Jahrzehnte auf keine geeigneten Maßnahmen zur Feinstaubbekämpfung einigen konnte. Das was wir erleben aus Großstädten aus Deutschland, aus anderen vergleichbaren Städten Europas, die mit ähnlicher Problematik zu kämpfen haben, ist aber derzeit aktuelle und gültige Lehrmeinung. Der Feinstaub wird zu 35 %, 37 % bis 40 Prozent ausgemacht durch den sogenannten Hausbrand, nämlich durch die Feuerungsanlagen privat und industriell in dieser Stadt und nur durch 15 %, wobei das nur, sehr geehrte Damen und Herren, auch dieses „nur“ setzte ich unter Anführungszeichen, aber zu 15 % zum Pkw-Verkehr. Der Rückschluss ist der, wenn wir daher den Feinstaub allumfassend bekämpfen müssen und bekämpfen wollen, dann dürfen wir uns nicht nur auf einen Bereich konzentrieren, wo wir vielleicht eine Minimierung des Feinstaubaufkommens von einem Prozent erreichen, den Menschen Sand in die Augen streuen, ein teures Placebo errichten, aber die Feinstaubproblematik, an dieser ändert sich nichts. Frau Vizebürgermeisterin, Ihr Amtskollege aus Tübingen, habe es mir nicht aus der Woche besorgt, sondern bereits vor längerer Zeit im SZ-Online gelesen, Ihr Amtskollege dort, der von einer der größten Dummheiten aller Zeiten spricht mit der Umweltzone und selbst auch die Erfahrungen seiner Amtskollegen aus deutschen Städten gemacht hat. Studien von ADAC, ok, da werden Sie mir jetzt, und da werde ich Ihnen auch Recht geben, wenn das gerade ein Autoverein, ein großer deutscher Autoverein macht, ein Autoserviceverein, Pkw-Serviceverein, dann kann das vielleicht nicht ganz objektiv sein.

***Zwischenruf GR. Herper: Du meinst ADAC und nicht ATAK.***

GR. **Grosz:** ATAK, ja ADAC, nein es ist nicht ATAK gemeint. Das was wir daher wollen, ist, dass die Feinstaubproblematik in Graz effektiv bekämpft wird und zwar mit den Maßnahmen, die uns selbst zur Verfügung stehen. Was wir nicht wollen, ist derzeit dieses absolute Chaos, das Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister und Ihre Vorgängerinnen und Vorgänger auf Landesebene bis zurück zu Wegscheider seit sechs/sieben Jahren diesem Land und dieser Stadt antun. Und einmal mehr eine Hü-hott-Politik als Lehrbeispiel politischen Versagens präsentieren, indem sie einerseits die Umweltzone ankündigen, sie nicht ausstatten, aber andererseits ihre Pläne wieder zurückziehen und die Menschen dieser Stadt im Unklaren lassen. Und kein Pkw-Fahrer in der Steiermark, kein Kraftfahrzeuglenker und Eigner dieser Steiermark mehr weiß, was ihm blühen wird. Wir wollen effektive Feinstaubbekämpfungsmaßnahmen nicht auf den Rücken der Bürger, wir wollen effektive Feinstaubbekämpfungsmaßnahmen, wo wir die Ursache des Feinstaubaufkommens an der Wurzel bekämpfen und nicht nur an den Auswirkungen. Und daher sagen wir, dass der Hausbrand in erster Linie in Angriff genommen werden muss. Dann sagen wir, dass die thermische Sanierung in Graz vorangetrieben werden muss, dann sagen wir, dass der Fernwärmeanteil vorangetrieben werden muss in dieser Stadt, dann sagen wir selbst als Wohnungs- und als Hausbesitzer dieser Stadt im sozialen Wohnbau, dass wir als Erstes die Verpflichtung haben, dass wir jene Gebäude, die im Besitz der Stadt Graz sind, ordnungsgemäß thermisch sanieren und erneuerbare Energien anschließen, das sagen wir. Dass wir ein Verbot von Kohleheizungen bei Neuerrichtungen wollen, das sagen wir, dass wir einen Schutz des Grüngürtels wollen, aber da unterstützen wir auch die Vizebürgermeisterin in ihrem Ausbau der Radfahrwege in Graz selbstverständlich als Maßnahme auch gegen den Feinstaub und da wollen wir, dass Graz endlich Förderprogramme auf den Tisch legt, dass wir Dieselpartikelfilter in

Kraftfahrzeuge gefördert haben, weil wir wissen, dass die Menschen in dieser Stadt ja das Geld zum selbständigen Umbau nicht haben und da wollen wir selbstverständlich auch, sehr geehrte Damen und Herren, dass wir unsere Industriebetriebe im Großraum Graz zum Einbau modernster Filteranlagen zwingen. Und das wollen wir alles im Kampf gegen den Feinstaub und stehen für Placebo-Maßnahmen, wie Sie von den Grünen und von der ÖVP in erster Linie hier ins Treffen führen, und weitere Belastungen der Menschen in der Stadt sicher nicht zur Verfügung. Die Umweltzone ist aus umweltpolitischen Gründen, jetzt nicht in erster Linie der Belastung, aus umweltpolitischen Gründen ein Unsinn und daher stellen wir...

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich darf Sie bitten, auf die Zeit zu achten.

GR. **Grosz**: Naja, es sind die beiden Anträge zusammengezogen, Herr Bürgermeister. Aber das steht in der Geschäftsordnung so drinnen, man kann sich nicht immer die Geschäftsordnung so herumdrehen, wie man will. Und daher stellen wir selbstverständlich folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die Stadt Graz lehnt eine umweltpolitisch sinnlose Umweltzone ab und nimmt von entsprechenden Plänen umgehend Abstand. Des weiteren werden die für das Umweltamt und die Abteilung für Verkehrsplanung zuständige Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker sowie sämtliche in die obig geschilderten Belange

involvierten Stadtsenatsmitglieder sowie die zuständigen Abteilungen des Magistrats seitens des Gemeinderates der Stadt Graz aufgefordert, das vorgeschlagene Maßnahmenpaket umgehend zu prüfen. Auf Basis dieses Maßnahmenpaketes sollen Gespräche mit allen im Gemeinderat vertretenen Parteien zur Realisierung der einzelnen Punkte ehestmöglich aufgenommen werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Der Gemeinderat kann Abweichungen machen bei der Berichterstattung, aber ich bitte, die Zeit einzuhalten. Beim Einbringen des Antrages haben wir keine doppelten Redezeiten, aber es gibt ja noch Gelegenheit, das heute zu diskutieren ausgiebigst.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der KPÖ ist aus meiner Sicht dahingehend wirklich sehr sinnvoll und praktikabel, weil er einfach die Schwächen dieses Konzeptes, dieses schwarz/grünen und schwarz/roten Konzeptes aufzeigt der angedachten Umweltzonen und nach Alternativen Ausschau hält und ich glaube, diese Alternativen sind ganz wichtig zu suchen. Und die Alternativen müssten vor allem in einer geordneten Stadtregierung einmal gesucht werden, die in ihrem eigenen Haus einmal ihre Hausaufgaben zu erfüllen hätte. Einer Stadtregierung, die einmal Ausschau halten müsste, das Fernwärmenetz auch um regionale Fernwärmenetze auch zu ergänzen, die gespeist werden von Industrieunternehmen, die nämlich zuviel Energie haben, diese nicht verwerten können und die aber unter Anwendung technologischer Vorkehrungen halt aufbereitet werden müssen, damit sie diesen Standard unseres Grazer Fernwärmenetzes erfüllen. Da habe ich schon lange nichts mehr gehört hier im Gemeinderat von der Frau Vizebürgermeisterin, wie die Arbeiten diesbezüglich vorangehen. Ich habe aber auch schon erwähnt, dass die Frau Vizebürgermeisterin als zuständige Verkehrsstadträtin ihre Hausaufgaben dahingehend nicht erfüllt hat,

nämlich dem Feinstaub auch bei den schienengebundenen Verkehrsmitteln, sprich den Straßenbahnen, endlich in den Griff zu kriegen. Dass hier die alten Straßenbahnen immer noch Quarzsand herausstreuen tonnenweise, die hier zu dieser Feinstaubbelastung in Graz nicht unwesentlich beitragen, wie auch wissenschaftliche Studien untermauern. Und von Adaptierung der alten Straßenbahn hin auf neue technologischen Standards ist mir auch noch nichts berichtet worden. Ich freue mich aber, wenn es hier Fortschritte gibt, weil bei der letzten Fragestellung hat die Frau Vizebürgermeisterin diesbezüglich auch keine Antworten gewusst. Und ich finde es besonders grotesk, dass hier Landes- und Stadtpolitiker immer wieder ausschreiten und sich besorgt zeigen und zur Not sich aufrichten, Protest zu erheben, wenn möglicherweise bei Magna oder anderen Betrieben eine Autoproduktion eingestellt wird oder reduziert wird oder eine Schicht eingestellt wird und dann hier wirklich eine autofahrerfeindliche Politik hier in Graz umgesetzt wird und zehntausende von Grazerinnen und Grazern vor den Kopf gestoßen werden, die einfach ihr Auto, das sie mit bezahltem und versteuertem Geld erworben haben, vor Jahren erworben haben, einfach abschreiben müssen auf null abschreiben müssen, weil sie kein Händler mehr in der Steiermark finden werden, der ihnen auch nur einen Schilling, Heller oder Pfennig oder Groschen oder Cent zahlt. Wir haben das Thema, glaube ich, sehr gut umrissen und ich denke, die Alternativen muss man wirklich Ausschau halten und daher unterstütze ich den Antrag der KPÖ. Danke.

GR. **Hötzl:** Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg, alles ist besser als eine Umweltzone mit Fahrverboten. Selbst Experten von der TU Graz, vom Joanneum Research, von der Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, ARBÖ und ÖAMTC sind davon überzeugt, dass solche Maßnahmen praktisch wirkungslos sind. Wir reden hier von Verbesserungen in Feinstaubtagen gerechnet von 1,3 Tagen. In Deutschland denkt man bereits laut darüber nach, bereits eingeführte Umweltzonen wieder zurückzunehmen. Bei den Grünen geht es um Ideologiemsetzungen, das sind wir von ihnen gewohnt, das erwarten wir von ihnen. Aber die Kollegen der ÖVP agieren

hier wider besseres Wissen. Selbst eure Freunde vom Wirtschaftsbund und Wirtschaftskammer sehen die Sache hier völlig klar, nämlich genau zu 100 % anders als Sie. Einige Fakten dazu: Wir reden von 500 Millionen Euro Einbußen für die Grazer Wirtschaft, wir reden von 1.500 Arbeitsplätzen, die damit auf einen Schlag vernichtet werden, wir reden von Entwertungen der betroffenen Diesel-Pkw in Millionenhöhe, wir reden von massiven Nachteilen der Grazer Innenstadt gegenüber den Einkaufszentren im nicht betroffenen Umland. Die Grazer Innenstadtkaufleute haben eine Studie in Auftrag gegeben, dass zirka 40 % aller Kunden aus dem Umland kommen. Sie verschwenden Steuergelder, die es kosten wird, diese Umweltzone einzuführen, Beschilderung, Pickerl usw. Sie zerstören das Vermögen der durch die aktuelle Krise ohnehin strapazierten Grazer Bürger, indem ihre Fahrzeuge auf einen Schlag nichts mehr wert sind und damit praktisch unverkäuflich werden. Es gibt eine Vielzahl anderer Möglichkeiten, dem Feinstaub wesentlich effizienter Einhalt zu gebieten. Der Bestand der älteren Pkw wird ohnehin laufend erneuert, da Pkw eben nur eine begrenzte Lebensdauer haben. Der Fahrzeugbestand erneuert sich von selber, dafür brauchen wir keine Umweltzone. Alternativen gäbe es genug, weitere Forcierung der Fernwärmeanschlüsse, Erneuerung der Busse der Graz-Linien, Frau Rucker, das geht an Sie, Erneuerung der Taxi-Flotte, Grüne Welle, wieder Frau Rucker an Ihre Adresse, Umstiegsanreize für öffentliche Verkehrsmittel, Stichwort Gratis-Öffis an Feinstaubtagen, wieder Frau Rucker an Sie der Wunsch, Verbesserung der Kehrdienste bei der Holding Graz, auch jetzt wieder unsere Vizebürgermeisterin Rucker hätte es in der Hand. Man könnte sehr viel selber machen, man muss nicht unbedingt eine Umweltzone einbringen. Aber zu den Anträgen, zum KPÖ-Antrag. Das Positive an Ihrem Antrag ist, dass er sich gegen die Umweltzone stellt, deshalb der Dringlichkeit ein eindeutiges Ja, im Inhalt wollen Sie jedoch wieder Fahrverbote verordnen, deshalb im Inhalt von uns ein Nein. Zum BZÖ-Antrag: Gerald, mache dir keine Sorgen, der FPÖ-Landesrat Gerhard Kurzmann wird bereits alles unternehmen, um andere Maßnahmen zu setzen, damit keine Umweltzone kommt. Nicht nur deine wenigen Vorschläge, sondern vielmehr noch, wenn du willst, ich gebe dir seine Nummer, Gerald, du kennst ihn, Gerhard Kurzmann erklärt dir gerne alles Weitere. Auch unser FPÖ-Graz-Chef Stadtrat Mario Eustacchio, auch den kennst du, zu dem

könntest du gleich hingehen, auch er kann dir weitere Sachen erklären, was möglich wäre. FPÖ-Eustacchio und FPÖ-Kurzmann stehen auf der Seite der Grazer Bürger und gegen die Umweltzone. Trotzdem Inhalt und Dringlichkeit ja. Danke (*Applaus FPÖ*).

StR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, hoher Gemeinderat, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Mir kommt das ein bisschen so vor wie, die Geister die ich rief, die Geister wurden im Rahmen der Parteibefragung im Jänner gerufen und jetzt holen sie uns alle, holen sie alle Grazerinnen und Grazer ein. Es wurde eine Frage gestellt, die nur mit Ja und Nein beantwortet werden konnte und es wurde nicht wirklich ausdifferenziert, was heißt eine Umweltzone und das Ergebnis ist, dass jetzt sehr viele Menschen verunsichert sind, dass viele Menschen, und das kann man so sagen, existenzielle Ängste haben. Weil für viele Menschen bedeutet die Anschaffung eines Autos eine große Anschaffung, eine Anschaffung, auf die man lange hinsparen muss und viele Menschen nutzen ihr Auto sehr lange, so wie ich auch. Ich fahre mein Auto wirklich so lange, bis es kaputt ist und bis es einfach keinen Sinn mehr macht, das Auto zu reparieren.

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das ist nicht nur gut.*

StR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Ich habe meine Autos sehr lange. Mein ältestes Auto ist über 20 Jahre alt geworden, also ich passe gut auf meine Autos auf.

---

**Zwischenruf GR. Grosz: Das geht sich vom Alter her ja gar nicht aus.**

StR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Sehr charmant die Kollegen vom BZÖ. Aber wieder zurück zum Thema. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist der vorliegende Entwurf unzureichend. Wir sind der Meinung, wir müssen oder der in den Medien diskutierte Entwurf und es gibt Äußerungen von diversen Parteispitzen und über diese Äußerungen wird ja auch geschrieben. Wir sagen, es ist notwendig, das Mobilitätsverhalten nachhaltig zu ändern, das heißt, wenn wir uns anschauen, ich wohne in der Grabenstraße und fahre, soweit es geht, jeden Tag mit dem Fahrrad in die Arbeit und wenn ich auf die Grabenstraße rausbiege oder das halt versuche, es ist teilweise sehr schwer, weil ein sehr starkes Verkehrsaufkommen ist, dann sehe ich sehr viele Autos mit einem GU-Kennzeichen, die da hereinfahren und wenn ich mir dann anschau, wie viele Menschen in diesen Autos drinnen sitzen, dann sind es meistens eine Person. Und das ist das Problem, da müssen wir ansetzen, wir müssen den Verkehr, der von außen kommt, wirklich draußen halten, das heißt, Graz braucht endlich dringend ein neues Park-and-Ride-System, das auch funktioniert. Nicht so eines wie in Mariatrost (*Applaus SPÖ*), wo wir ein leer stehenden Parkhaus haben, sondern ein Park-and-Ride-Angebot, das schnell zu schaffen wäre im Grazer Norden, wo wir Schienenanbindungen hätten, in Puntigam, dass wir die Menschen dort abfangen und nicht soweit in die Stadt hereinlassen. Und, was wir auch noch anschauen sollten, wir sind mit den Verkehrsplanungen und den Konzepten der 70er-Jahre in der Gegenwart konfrontiert. Und die Verkehrsplanung der Vergangenheit hat halt so ausgeschaut, dass der Individualverkehr überall hereinfahren hat können, schauen wir uns einmal unsere Innenstadt an, es gibt viele Gassen, wo ich mich wirklich frage, ist es notwendig, dass da die Pkw unbedingt hereinfahren müssen? Das sind Gassen, wo nicht viele Parkplätze sind, wo eigentlich nur Durchzugsverkehr stattfindet. Zum Beispiel die Bürgergasse, die Burggasse. Ich frage mich, warum muss ich den Verkehr da durchlassen oder auch die Raubergasse? Da gibt es viele Möglichkeiten, auch einmal die Grazer Innenstadt stärker fußgängerInnenfreundlich

zu machen, andere europäische Städte schaffen das bestens, ja da gibt es große Fußgängerzonen mit Bänken, wo sich Leute aufhalten können. Warum ist der Freiheitsplatz, der wirklich ein wunderschöne Platz ist, immer noch ein Parkplatz? Also ich glaube, das sollten wir auch wirklich andenken, das würde die Innenstadt attraktiveren und das würde auch dazu führen, dass weniger Menschen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) in das Zentrum hereinfahren. Kurz zusammengefasst, wir als Grazer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind gegen einen Schnellschuss, wir wollen eine nachhaltige Lösung, weil wir der Meinung sind, dass die Menschen in der Stadt Graz lange ein Recht auf gesunde Luft haben. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stv.in **Rücker**: Die Umweltzonendebatte, die momentan stattfindet, ist nichts als Panikmache und entbehrt vieler Grundlagen, das merkt man in unterschiedlichen mehr oder weniger qualifizierten Wortmeldungen dazu. Was ich sehr spannend finde ist, dass der Kollege Eichberger gerade noch vor ungefähr einer Stunde gefordert hat, dass wohl genug Geld da sein soll für Straßenbau, die Kollegin was anderes vorschlagt...

**Zwischenruf GR. Eichberger: Ein Parkleitsystem habe ich gefordert.**

Bgm.-Stv.in **Rücker**: Letzte Woche, der Gesundheitsstadtrat leider gar nicht da ist (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*), Gesundheit und Feinstaub hat meiner Meinung nach doch einen Zusammenhang. Gesundheit und Feinstaub haben wir letzte Woche noch besprochen, wie wichtig es wäre, doch endlich Maßnahmen im Verkehr zu setzen, da sind wir uns ja einig. Interessant heute der Meinungswechsel,

dass die SPÖ, obwohl der Herr Landeshauptmann vor ein paar Wochen den Startschuss gegeben hat, die Umweltzonen wieder auf Tablett zu bringen, sich davon distanziert, also wenn man vom Chaos spricht, dann würde ich einmal bei der Sozialdemokratie als Erstes hinschauen (*Applaus Grüne*).

***Zwischenruf GR. Eichberger: Man kehre vor der eigenen Türe.***

Bgm.-Stv.in **Rücker**: Es gibt derzeit und wenn man das, was in den Medien diskutiert wird, als Konzept versteht, dann bitte dann ist das das gute Recht von jedem und jeder Politikerin, Mediendiskussionen als Konzepte aufzufassen, ich bin davon ausgegangen, dass hier ein bisschen mehr Erfahrung herinnen liegt, wir sind doch alle mindestens vier Jahre da herinnen jetzt im Gemeinderat, das heißt, ein Konzept, das vorliegt, ist momentan noch gar nicht zur Diskussion. Also woher die Panik (*Applaus Grüne*)? Die Diskussion über den Feinstaub ist zwischendurch eine, wo man dann ganz betreten da steht, Herr Gerald Grosz, und sagt, ja Feinstaub ist eine Problematik und wir wissen alle, man muss endlich was tun und die ganze Betroffenheit, wenn man dann den Wortmeldungen der Kollegen und Kolleginnen weiter folgt, sieht man, wie sehr das Problem eigentlich nach 20 Jahren immer noch nicht ernst genommen wird. Es ist nämlich nicht nur ein Problem, es handelt sich um eine konkrete Beeinträchtigung, eine konkrete Gefährdung und eine konkrete Verschlechterung der Gesundheit der Grazer und Grazerinnen, insbesondere jener, die sich am wenigsten wehren können, Kinder und Schwache. Und dieses Thema braucht mehr Ernst und mehr Sachlichkeit, wir werden versuchen, in diese Richtung zu kommen und dann sehen, ob die Umweltzonendebatte im Juni hier noch genauso unqualifiziert geführt wird wie jetzt. Ein paar Stellungnahmen zu den angesprochenen Dingen. Tübingen, schönes Beispiel, der Boris Palmer ist ein guter Freund, ein anerkannter mehrfach wiedergewählter grüner Bürgermeister, der hat gute Gründe, über eine Umweltzone

zu wettern, warum? Weil in Tübingen seit Jahren eine sehr konsequente Verkehrs- und Klimaschutzpolitik gemacht wird...

***Zwischenruf GR. Schröck: Ganz anders als bei uns.***

Bgm.-Stv.in **Rücker**: Dort ist inzwischen ein Modal Split erreicht, wo nur noch 25 % der Wege mit dem Auto zurückgelegt werden, teilt sich ziemlich genau auf ein Viertel, das heißt, ein Viertel der Wege werden mit dem Fahrrad zurückgelegt, ein Viertel wird dem öffentlichen Verkehr und ein Viertel der Personen dort gehen zu Fuß. Das ist ein wahnsinnig gutes Ergebnis nach jahrelanger konsequenter grüner Verkehrspolitik und gleichzeitig hat Tübingen eine Umweltzone, das wissen wir, wer nachschaut, kann das nachlesen, die besteht aus sieben kleinen Teilzonen. Die Hauptverkehrsrouten sind ausgenommen, dass das ein Blödsinn ist, das wissen wir, das haben wir in Graz auch immer so argumentiert. Jetzt zum Thema öffentlicher Verkehr und gratis. Auch hier ein paar Informationen zur Aufklärung, weil dank der Diskussion um Tallinn, das war ja der Auslöser der aktuellen Anträge und Wünsche, die wieder herangetragen werden. Tallinn ist eine Stadt wie viele Städte im Osten, wo der starke kapitalistische Entwicklungsgrad natürlich zu einem hohen Grad an Motorisierung führt, das heißt, Tallinn stand vor dem Problem...

***Zwischenruf GR. Mag. Sippel unverständlich.***

Bgm.-Stv.in **Rücker**: Darf ich ausreden, Herr Sippel, Sie können ja dann da herkommen. Tallinn stand vor dem Problem (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) eines ganz massiven Zuwachses der Autofahrten in der Stadt und eines sehr drastischen Aussteigens aus dem öffentlichen Verkehr, das heißt, der Umstieg in solchen Ländern, leider noch eine starke Entwicklung, dass dort die Veränderung ganz massiv zur Belastung der Stadt geführt hat, hat dazu geführt, diese drastische Maßnahme zu setzen, von der in Tallinn niemand weiß, wie viele Jahre sie das finanzieren werden können, weil eine große Stadt und Gratis-Öffis, ohne dass man ganz viel andere Bereiche sich nicht mehr leisten kann, leider nicht umsetzbar ist und jetzt komme ich zu den drei Beispielen, die es gab zum Thema öffentlicher Verkehr gratis in Deutschland. Davon ist eine Stadt übriggeblieben, alle zwei anderen haben das wieder abgesagt. Diese eine kleine Stadt, ungefähr 48.000/50.000 Einwohner, hatte zum damaligen Zeitpunkt zwei Buslinien und ein sehr hohes Verkehrsproblem und hat den Gratis-Öffi-Verkehr eingeführt. Und was dort als Ergebnis unterm Strich übrigbleibt, ist das, dass momentan eine ausschließliche ÖV-Stadt ist, die haben auf einen Schlag 800 Parkplätze gestrichen, haben die Parkgebühr massiv in die Höhe geschneit, haben die Innenstadt vollkommen autofrei gemacht, haben eine 30-km/h-Beschränkung für alle Straßennetze eingeführt, das heißt, sie haben eine ganz massive Zurückdrängungspolitik des Autoverkehrs gemacht und sparen sich damit die Ringstraße, die damals geplant war, die momentan als grüner Boulevard gelebt wird, die haben die Vierspurigen zurückgebaut auf Zweispurige und das Geld, dass sie sich sparen für Straßenbau und Autoverkehr, geht dort in die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Aber das ist leider, und das muss man dazusagen, weil es wird ja in Berlin diskutiert, es wird auch in Tübingen diskutiert, bei großen Städten schaut das ein bisschen anders aus wie bei kleinen Städten, weil wir die Situation haben, dass wir ja in Graz, das kennen die, die mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs sind, in einer Situation sind, dass wir als größten Auftrag haben, mehr und dichter anzubieten, weil wir ja inzwischen nicht das Problem haben, dass keiner fährt, dort ist keiner gefahren mit den bereitgestellten Mitteln, bei uns fahren die Leute, bei uns müssen sie stehenbleiben und können nicht einsteigen an manchen Routen, deswegen ist hier die Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt ganz klar,

ausbauen und alles Geld, was man dafür hat, in ein besseres Angebot zu stecken. Und wir wissen aus allen Untersuchungen zum Thema Fahrpreissteuerung, dass die Qualität, die Takte eines der wesentlichsten Kriterien sind und dazu kommt, dass öffentlicher Verkehr durchaus was kosten soll, es ist eine Leistung, die zur Verfügung gestellt wird, sie soll gerechter zugänglich sein und sie soll kein sozialer Faktor werden, das ist ganz klar, deswegen stehen wir ja voll dahinter, endlich auch zu einer Mobilitätskarte zu kommen, die jetzt einkommensschwachen Gruppen ermöglicht, nicht aussteigen zu müssen. Das heißt, für die Umweltzonen noch einmal zurück, es ist ja mehrfach kommuniziert worden, was die Medien draus machen, wissen wir. Es gab im Jahr 2010 einen Kompromiss, in welche Richtung man geht, das wurde damals aufgekündigt von Seiten des Landes, jetzt gab es wieder den Auftrag der Landeshauptlinge, die übrigens auch zuständig sind für die Verordnung der Umweltzone, wieder an dem Thema zu arbeiten. Das heißt, momentan muss geschaut werden, was ist aktuelle Lage am Kfz-Markt, welche Daten finden wir vor und was ist eine Maßnahme, die einerseits wirkungsvoll ist, wir wollen ja den Feinstaub bekämpfen, was ist eine zumutbare Maßnahme, was ist eine kommunizierbare Maßnahme und wenn das Paket auf dem Tisch liegt, dann wird die Stadt an das Land herantragen, was der Vorschlag ist und dann wird das Land entscheiden müssen. Der Umweltminister hat den Auftrag gegeben, die zwei Landeshauptmänner haben sich vorgewagt, jetzt wird es darauf ankommen, das Paket auf dem Tisch zu haben und dann bin ich gerne bereit, über dieses Paket, das nicht alleine eine Reduktion von bestimmten Fahrzeugen beinhalten wird, sondern viele verschiedene Begleitmaßnahmen haben wird müssen, eben um sozial gerecht zu sein, um einigermaßen abzufedern etc und im Gesamten als Frischluftpaket zu bezeichnen bis hin zu Maßnahmen im öffentlichen Verkehr. Dieses Paket freue ich mich hier herinnen dann zu diskutieren, aber dann bitte auf einer Grundlage, wo wir alle vom Selben reden. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Mayr:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein Satz heute gefallen, der vollkommen zu Recht gefallen ist, nämlich, wir dürfen hier nicht Politik auf dem Rücken der Menschen machen und wenn wir die gesundheitliche Gefährdung und das Thema Feinstaub bis hin zu den Stickoxyden ignorieren, dann ist genau das nämlich die Politik auf Rücken der Menschen, die die Bürgerinnen und Bürger in Graz nicht wollen (*Applaus ÖVP*). Egal, wie ihr jetzt die BürgerInnenbefragung aus dem Frühjahr bewertet, aber es war eine erschauulich hohe Zahl an Menschen, die sich dort ganz klar geäußert haben. Und wenn mir jetzt jemand die OGM-Umfrage entgegenhalten möchte, die vor wenigen Wochen...

Bgm. Mag. **Nagl:** Ich darf ganz kurz unterbrechen und die beiden Damen jetzt noch einmal ganz, ganz herzlich bedanken, die heute über vier Stunden lang hier den Gebärdendolmetsch geschafft haben (*allgemeiner Applaus*). Vielen Dank, es gibt sicher leichtere Aufgaben, als eine Gemeinderatssitzung zu übersetzen. Danke vielmals (*allgemeiner Applaus*).

GR. **Mayr:** Zurück noch einmal. Wenn ich eine OGM-Umfrage von 500 vergleiche, wo dann sozusagen im Großraum Graz wahrscheinlich 100/200 Personen ihre Meinung abgegeben haben und mit einer Umfrage, egal von wem sie gemacht wurde, wo sich 20.000 und 30.000 Leute beteiligt haben, dann ist das schon ein klares Votum, auch bei diesem ganz konkreten Thema. Wir sind uns ja zum Glück hier größtenteils einig, dass sozusagen die Problematik der Feinstaubsituation an sich akzeptiert wird und dass man was dagegen tun muss, das ist größtenteils hier in diesem Raum unbestritten. Wo es dann beginnt, ist die Frage, treffen wir auch Maßnahmen, die dort ansetzen, wo auch die Problematik ihren Grund hat. Wir sind uns alle einig, wir müssen was im Heizungsbereich unternehmen, wir sind uns alle einig, es gibt eine meteorologische Situation, die in Graz anders ist als zum Beispiel in Wien. Aber eines ist klar, in diesen

Bereichen Heizung, Industrie passiert viel, ist auch schon sehr viel passiert, wo jetzt seit Jahren und seit zehn Jahren eigentlich keine einzige Maßnahme oder kaum eine Maßnahme ergriffen wurde, das ist der gesamte Bereich Verkehr; und die ExpertInnen von Stadt und Land sind sich a-%-Aufteilung gibt, das heißt, der Verkehr in Graz macht zirka 40 % des Problems aus. Jetzt wissen wir Aufwirbelung etc., aber der Verkehr ist ein nicht zu ignorierender Faktor entgegen allen anderen Behauptungen und darüber hinaus entwickelt sich zunehmend das Problem der Stickoxyde. Ihr wisst alle genau, wir haben hier ähnliche gesetzliche Vorgaben von der EU und auch nationalgesetzliche Umsetzungen und gerade in diesem Bereich ist der Verkehr der Hauptverursacher. Also steht es natürlich an, jetzt auch im Bereich des Verkehrs zu sinnvollen Maßnahmen zu kommen und eines ist klar, die Kolleginnen und Kollegen hier im Raum wissen das, weil sie selber auch in den Ausschüssen dabei waren, die Stadt Graz verfolgt hier zumindest schon seit der letzten Gemeinderatsperiode eine ganz klare Linie. Zuständig in vielen Bereichen war das Land und da gibt es natürlich ein enormes Auf und Ab, das heißt, wir hatten in der letzten Landesgesetzgebungsperiode eine Fasteinigung und dann kam es nach der Landtagswahl hier zu einem kompletten Bruch in der Verkehrspolitik und es gibt einen Landesrat, der lieber Autobahnvignetten verteilt, als sich um die ökologische Problematik im Bereich des Verkehrs und vor allem um die Stadt Graz kümmert. Das heißt, nicht die Umweltzone ist das Problem, sondern der Feinstaub ist das Problem. Und ich glaube, darauf sollten wir uns endlich einmal einigen. Der nächste Punkt, von Seiten des Landes erging jetzt einmal von den beiden Landeshauptleuten der Auftrag, ein System zu entwickeln und das ist, wie die Frau Vizebürgermeisterin gesagt hat, gerade im Gang. Die Stadt Graz versucht sich hier natürlich weitestgehend einzubinden, sich einbinden zu lassen und auch die entsprechenden Vorschläge zu liefern. Es geht darum, die Datengrundlagen zu erheben, wir wissen bereits, wir haben zirka 20.000 bis 30.000 Kfz-Fahrzeuge, Pkws, kumuliert zusammengerechnet aus den Euroklassen 0-3, wobei in der Euroklasse 3 noch jene Fahrzeuge herauszurechnen wären, die bereits einen Dieselpartikelfilter eingebaut haben bei der letzten Förderaktion vor einigen Jahren. Also es ist jetzt nicht so, dass wir davon reden, es sind hier 100.000, 60.000, 80.000 Fahrzeuge betroffen und natürlich geht es

darum, ein breites Spektrum an Maßnahmen zu entwickeln, die auch die soziale Situation für den Einzelnen entsprechend abfedern und das ist natürlich ein komplexes Programm. Man kann nicht 1 : 1 das Programm von vor einigen Jahren nehmen, weil sich die Situation verändert hat, der Fahrzeugbestand verändert hat, das wird jetzt auf einen aktuellen Stand gebracht und dann wird es im Laufe des Sommers zu Vorschlägen kommen. Eines ist ganz klar, natürlich wird man die Grazerinnen und Grazer rechtzeitig auf die geplanten Maßnahmen vorbereiten, es wird entsprechend die Möglichkeit für jeden und für jede geben, sich darauf einzustellen und auch seine persönliche Mobilitätssituation darauf anzupassen. Ja, natürlich, es wird da und dort wahrscheinlich zu Situationen kommen, die bei den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern jetzt nicht nur helle Freude auslösen können, aber insgesamt glaube ich und das ist schon, glaube ich, das was wir auch aus der Bevölkerung permanent hören, bitte tut endlich etwas bei diesem Thema Feinstaub auch im Bereich Verkehr. Und wir hören das aus der Bevölkerung jetzt mittlerweile seit Jahren, die Stadt Graz bleibt auch genau auf diesem Thema und auf diesen Forderungen und jetzt gibt es endlich wieder einmal eine Situation, dass von der Landesseite und auch von der Bundesseite Bereitschaft herrscht, hier zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Einen Satz noch zur Kollegin StR.<sup>in</sup> Schröck, also wir beobachten das jetzt in den letzten Jahren schon, muss ich ehrlich sagen, wir haben den Eindruck, die SPÖ hat ihre Verkehrsstrategie bei einem ÖAMTC-Schleuderkurs entwickelt, weil das ist einmal so...

***Zwischenruf GR. Eichberger: ARBÖ.***

GR. **Mayr:** ...bei einem ARBÖ-Schleuderkurs genau, weil das ist einmal in die eine Richtung, einmal in die andere Richtung. Natürlich sind wir schon lange nicht mehr sozusagen bei Verkehrskonzepten aus dem 70er-Jahren, es geht um die aktuellen

Mobilitätsbedürfnisse und ich glaube auch von Seiten der SPÖ und auch von der Stadtfraktion solltet ihr euch endlich einmal zu einer klaren Linie in diesem Bereich bekennen (*Applaus ÖVP*). Abschließend noch einmal zum Antrag der KPÖ, die Frau Vizebürgermeisterin hat schon das Thema Gratis-ÖV ausgeführt, zu dem Thema Fahrverbote, an einzelnen Tagen sozusagen ein Montag-Fahrverbot für ungerade Autonummern etc. das ist etwas, was sich so in den gesetzlichen Möglichkeiten aus dem Immissionsschutzgesetz Luft gar nicht ergibt derzeit, das muss man auch klar dazu sagen und zum Antrag des BZÖ, ja, vollkommen richtig, vieles von diesen Dingen ist uns natürlich ein wesentliches Thema, die Sicherung des Grüngürtels, die Forcierung des Radverkehrsangebotes und des öffentlichen Verkehrs, die Baustellensituation hat die Stadt Graz schon lange im Sinne, die Neuerrichtung von Kohleheizungen ist sowieso ausgeschlossen, weil es gibt Bereiche, wo Festbrennstoffe verboten sind etc., der Fernwärmeausbau wird betrieben, also natürlich wird in alle diesen Bereichen enorme Anstrengungen unternommen. In einem Bereich haben wir noch nichts unternommen oder nicht genug unternommen und diesen Bereich müssen wir jetzt angehen, wird sozialverträglich sein. Man wird es auch so gestalten, dass die Leute es verstehen werden und die Bevölkerung wird endlich erkennen können, dass wir im Bereich Feinstaub einen Schritt weiterkommen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eber:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nur ein Satz zunächst zum Kollegen Mayr. Du hast gesagt, die Umfragen, die gemacht wurden, ergeben dieses oder jenes Bild und zwar egal, von wem sie gemacht werden. Ich meine, es ist nicht egal, von wem Umfragen gemacht werden, sondern je nachdem von wem sie gemacht werden, ein entsprechendes Ergebnis kommt halt heraus. Und von daher sind Umfragen natürlich generell einmal mit Vorsicht zu genießen und von daher machen wir auch in unserer Partei aus keine Politik, die auf Umfragen beruht, sondern die anknüpft an den Interessen der Menschen in unserer Stadt.

**Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Die dürfen sich auch äußern diese Menschen, oder?**

GR. **Eber**: Selbstverständlich, sollen sie auch und müssen es auch. Ich möchte nur zu ein oder zwei Punkten vielleicht noch kurz etwas sagen, weil das vielleicht auch nicht allen oder für nicht alle klar genug rübergekommen ist. Der Kollege Hötzl hat das ja auch gesagt, na ja die KPÖ tritt ja auch für Fahrverbote ein. Die KPÖ tritt nicht für ein generelles Fahrverbot ein, sondern sozusagen, wenn Sie so wollen für ein abgemildertes, weil es uns natürlich auch darum geht, so wie du auch argumentiert hast, dass es natürlich auch für die Wirtschaft ein Problem ist in unserer Stadt, also wenn eine Umweltzone kommt, wenn man dann nicht mehr hereinfahren kann, das betrifft ja nicht nur die kleinen Kaufleute und Geschäftsleute, sondern das betrifft ja auch größere Betriebe, wie meinetwegen den City-Park oder wen auch immer. Also das heißt durchaus auch Einkaufszentren. Aber dennoch ist natürlich die Frage, wie kann man das bestmöglichst verknüpfen, also einerseits die gesundheitsschädlichen Maßnahmen möglichst zu reduzieren und gleichzeitig aber das nicht nach sozialen Kriterien zu differenzieren und da geht es meines Erachtens eben darum, mit weniger Autos in die Stadt zu kommen, den öffentlichen Verkehrs auszubauen und den öffentlichen Verkehr an Feinstaubtagen beziehungsweise auch am zweiten oder dritten Tag oder wie auch immer, ich meine, das sind natürlich Sachen, über die wir erst diskutieren müssen, an Feinstaubtagen jedenfalls gratis zur Verfügung zu stellen und da zeigt sich ja auch, dass sich unsere Partei etwa nicht von Umfragen leiten lässt, sondern das ist wirklich eine Forderung, die wir seit Jahren, und ich möchte fast sagen seit Jahrzehnten, eigentlich stellen, also dass wir sagen, es geht darum, dass die Gesundheit der Menschen in unserer Stadt Vorrang auch vor den Profitinteressen haben muss und von daher sind wir der Meinung, dass Gratis-ÖV, noch einmal unterstrichen dick, an Feinstaubtagen ein Gebot der Stunde sind. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grosz:** Also Frau Vizebürgermeisterin, ich finde es immer so schön, dass Sie, aber auch die ÖVP, vom Lehramt der Unfehlbarkeit offenbar sprechen...

*Zwischenruf Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Rücker: Da sind wir in einer Brüder- und Schwesternschaft.*

GR. **Grosz:** Aber wenn man den Joachim Müller-Bremberger, Pressesprecher des Regierungspräsidiums Freiburg des Landes Baden-Württemberg sich anschaut, der sagt, eine Verbesserung der Luftqualität sei kaum nachweisbar, erklärt er, das gilt nicht nur für Freiburg, sondern beispielsweise auch für Stuttgart. Das Freiburger Modell haben Sie ja dargestellt Ihres grünen Bürgermeisters Tübingen, Verzeihung, Freiburg, beispielsweise auch für Stuttgart. Ihr Tübinger Oberbürgermeister Dieter Salomon spricht tatsächlich vom größten Blödsinn aller Zeiten und von einem bürokratischen Ungetüm. Und einmal mehr erklärt Ihr Herr Müller-Bremberger, dass er mittlerweile vermutet, dass es eigentlich nur darum geht, dem Automobilgewerbe zu helfen, dass die Leute neue Autos kaufen. Bezeichnet ein Regierungssprecher eines deutschen Bundeslandes. Sehr geehrte Damen und Herren! Politik bei all ihren Schwierigkeiten und bei all der Entscheidungsvielfalt und bei all der Diskussion bedeutet Verlässlichkeit, Vertrauen und schlussendlich auch in irgendeiner Form das Bilden von einer Rechtssicherheit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Diese Diskussion, die Sie seit fünf Wochen, noch einmal, dieses Hühott-Spiel vorne, zurück, zwei Schritte nach vorne, so dass sich mittlerweile nicht einmal die größten politischen Insider des Landes auskennen, was Sie wollen, das zeugt eben nicht von Vertrauen und zeugt auch nicht von Redlichkeit, sehr geehrte Damen und Herren von Schwarz/Grün. Mit der Umweltzone entwerten Sie de facto Vermögen, schaffen, und das ist ja nicht der BZÖ-Pressedienst oder die Schmauswaberlpost vom Herrn Kurzmann oder was, sondern das ist der NNC-Online, da sind ja Presseberichte und

Äußerungen, die auch unbestritten sind, schaffen Sie oder wollen Sie in Graz ein sogenanntes bürokratisches Ungetüm schaffen, das die Luftqualität kaum nachweisbar ändern wird, aber Sie werden sehr viele Menschen in dieser Stadt belasten und das besonders Schädliche ist, Sie werden das, was Sie eigentlich vorgeben zu bekämpfen, nämlich die Feinstaubproblematik, nicht tun. Sie werden die Hände in den Schoß legen, wenn es darum geht, die wahren Problemverursacher in dieser Stadt namhaft machen und bekämpfen und werden glauben, mit der reinen Placebo-Maßnahme der Umweltzone sei alles in dieser Stadt getan. Und Sie werden sich jetzt unabhängig davon, wie Sie sich politisch einigen die nächsten vier Wochen bis Juni, bis Herbst, bis nächstes Jahr ausschließlich mit der Umweltzone beschäftigen, von der Sie mittlerweile von allen Seiten nachgewiesen bekommen aus der Schweiz, aus Deutschland, dass sie nichts bringt, aber Sie werden eineinhalb Jahre oder ein Jahr einmal mehr verlundern lassen, in dieser Zeit sie eigentlich die wahre Problematik bekämpfen könnten und das finde ich schade und ich finde auch schade, dass diese Problematik heute von Ihren Fraktionen ÖVP und Grünen, obwohl sie aktuell diskutiert wird, als nicht dringlich angesehen wird, das finde ich besonders schade. Weil wenn ich nach Ihrer Lesart, was da alles dringlich ist und da stimmen wir der Dringlichkeit zu oder nicht, was wenn nicht das wäre ein dringliches Argument, wo wir auch in einer umfassenden inhaltlichen Debatte noch uns einige Zeit heute nehmen, um darüber diskutieren zu können.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das waren die Schlussworte, meine geschätzten Damen und Herren! Ich bin immer wieder überrascht, wie wenig Recherche heute bei Medienverantwortlichen, aber auch bei politischen Verantwortlichen an den Tag gelegt werden.

*Zwischenruf GR. Schröck: Das war aber Selbstkritik.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, ich sage es noch einmal, ich beschäftige mich mit diesem Thema sehr intensiv und zwar so intensiv, wie schon lange nicht mehr und zwar auch aus einem ganz einfachen Grund. Es wird in absehbarer Zeit die gesetzliche Grundlage geben, dass wir in Österreich ein solches Thema überhaupt umsetzen können. Wenn der Bundesminister Berlakovich auch in Abstimmung mit der Frau Bundesministerin Bures diese Angelegenheit den Ländern weitergibt, haben die Länder drüber nachzudenken, wie sie diese Problematik jeweils in ihrem Bundesland lösen. Wir wissen, dass es zwei hauptbetroffene Bundesländer gibt, nämlich Wien und die Steiermark mit dem Leibnitzer Feld, mit Graz und mit Graz-Umgebung. Wir haben im Vorfeld gemeinsam mit dem Landesrat Wegscheider den UmweltexpertInnen des Landes und der Stadt zugehört. Bei diesem Thema gibt es mittlerweile so viele selbsternannte Experten und sogenannte Experten, ich glaube auch mittlerweile einige Auftragsexperten, dass die Bevölkerung tatsächlich nur mehr verwirrt ist. Die Technische Universität Graz wird an unserer Seite sitzen demnächst, dann werden wir auch einmal den Irrtum aufklären, dem der Herr Kurzmann unterliegt, wir reden, und zwar möchte ich Sie daran erinnern, immer wieder in diesem Europa von Feinstaubmengen, von Tonnagen, die wahrscheinlich in der Form in einem so belasteten Gebiet wie Graz gar nie weggebracht werden können, aber ich habe, glaube ich, vor sieben Jahren einmal eingeladen einen der größten Pulmologen aus München, einen Experten für Lungenerkrankungen, der einmal ganz klar gesagt hat, die Europäische Union irrt in einem Punkt, sie spricht nur über Gesamttonnagen, aber nie über die Inhalte und an diesem Punkt sind wir jetzt angelangt und da gibt es auch von der Technischen Universität Studien, die ganz klar belegen, dass wir jetzt was zu tun haben. Und ich habe auch mitgebracht, kann jeder gerne zu uns kommen und sich das anschauen, Magna hat diese Tests gemacht, das muss man einmal gesehen haben, einen Euro-Diesel Klasse 4, ein Fahrzeug mit und ohne Partikelfilter, was sich dann da abspielt. Ich rede jetzt noch gar nicht von Fahrzeugen der Klasse Euro null bis drei, was da nachzuholen ist und wie da unsere Kinder belastet werden. Und Sie können gerne mit mir drüber diskutieren über die Mengen, aber Sie müssen auch einmal, wenn wir Salz streuen oder wenn es eine Luftverfrachtung aus dem afrikanischen Raum gibt, dann sind das alles Gewichte. Das sind Tonnen, aber die tun

dem Körper nichts. Das was giftig ist, das was einmal sichtbar gemacht werden müsste bei dem Thema, wir schaffen es nur leider nicht, da gab es ein ganz schnelles Umdenken, da würde sich diesen Pestiziden keiner mehr ausliefern. Und wir haben Feuerheizungen nach wie vor, die wir anzugehen haben, deswegen haben wir das größte Fernwärmeausbauprogramm, das es gibt, wir reden und arbeiten schon an einem Mikronetzsystem und da kannst was tun. Die giftigen Partikel, die in erster Linie die Kinder in Auspuffhöhe in dieser Stadt abbekommen, in erster Linie die Kinder abbekommen, die krebserregend sind, die gilt es, aus dem Verkehr zu ziehen (*Applaus ÖVP*). Bei der KPÖ wundere ich mich, Kollege Eber, wundere ich mich schon, ich würde mich dann von der Ideologie auch einmal verabschieden von der kommunistischen, alle kommunistischen Länder, die ich kenne, zählt das Wort Ökologie überhaupt nicht, es wird auf Lasten der Natur und Lasten der Menschen eine Ausbeutung betrieben, die ihresgleichen sucht. Also ich verstehe das Ganze nicht und wenn man die soziale Keule hernimmt (*Applaus ÖVP*), einen Tag darf ich fahren, weil ich ein gerades Kennzeichen habe und einen Tag nicht, das klingt schon ganz schön, aber dann darf ich jeden zweiten Tag nicht fahren, wenn es mir nicht gut geht und wenn ich sozial schwach bin. Wie gehe ich denn damit um? Das sind ja Betroffenheiten, mit denen die Menschen wirklich nicht weiterkommen wollen. Und was mich so stört ist, dass es nicht möglich ist, sachlich über etwas zu diskutieren. Ich kreide es auch Medienvertretern an, ich habe es ihnen auch persönlich gesagt, über Ziffern zu debattieren, die gar nicht da sind. Wir haben noch gar keine Maßnahmen getroffen. Ich lese Ihnen jetzt nur ganz kurz die Städte vor, und ich glaube nicht, dass unsere Nachbarn in Deutschland alle so kurzsichtig sind und keine Ahnung haben. Ich sage Ihnen nur einmal die Städte und wenn Ihnen dann noch eine einfällt, die keine Umweltzone hat, dann würde es mich freuen. Berlin, Hannover, Köln, Dortmund, Ilsfeld, Leonhardburg, Ludwigsburg, Mannheim, Schwäbisch Gmünd, Stuttgart, Tübingen, Biebelsheim, Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Frankfurt, Gelsenkirchen, Bremen, Augsburg, ich könnte es runter fortziehen. Über 50 große Städte Deutschlands haben eine Umweltzone unterschiedlichster...

---

***Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das sagen sie eben nicht (*Applaus ÖVP*). Du musst auch einmal in deinem politischen Geschäft, während du zwischen Wien und Graz hin- und herpendelst, nicht nur die eine oder andere Aussage lesen, sondern sie alle einladen. Wir werden künftig bis zum Juni hin auch aus Deutschland Profis einladen, Politikerinnen und Politiker einladen, die einmal zeigen, was es gebracht hat und zwar auch gesundheitsmäßig. Weil wir nicht nur über Tonnen reden dürfen, wir müssen den Hauptverursacher, und das sind einmal die Abgase, reduzieren. Und jetzt sage ich Ihnen nur zwei Modelle, um Ihnen anzudeuten, was wir überhaupt zurzeit diskutieren, damit wir es sozial abfedern und damit auch nicht ein paar Menschen aus der Wirtschaft, die nicht sonderlich nachhaltig denken, einmal umdenken werden und das ist mir ein wichtiger Punkt. Zwei kleine Beispiele. Es ist noch nicht gesagt, dass jeder sein Auto gleich verkaufen muss, wo ich es nur dringend empfehlen kann, wenn er noch ein Fahrzeug der Klassen 0 bis drei hat, dass er endlich einen Partikelfilter einbaut, weil dann würde er einen wirklichen Beitrag leisten. Wir haben es gefördert, ich bin mir sicher, wir werden es mit dem Land auch wieder fördern, aber diese 700 Euro sollte jeder aus Rücksicht für unsere Kinder von Haus aus einbauen. Das ist das eine und das Zweite ist und da gibt es schöne Modelle, es kann sein, dass du vielleicht vom April bis Oktober dieses Fahrzeug benutzen darfst, wir brauchen auch nicht herumrennen und sagen, wenn einer heute einen Wagen hat, mit dem er touristisch unterwegs sein will, er hat einen Camping-Wagen, dass er den gleich vernichten muss. Es ist ganz einfach, ihr müsst euch nur einmal erkundigen, was es für Modelle gibt. Es gibt Fahrtenbuchmodelle in Hannover wunderbar, es steht dir zu ,von A nach B in Graz zu fahren vielleicht usw. Also es gibt sehr, sehr viele Modelle...

***Zwischenruf GR. Grosz: Noch mehr Bürokratie.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist keine Bürokratie, du hast ein Fahrtenbuch, das tragt du ein, du hast im Jahr ein paar hundert Kilometer frei, das kann jeder Polizist mitkontrollieren, weil du ein rotes Pickerl hast. Es ist aber auch ganz was anderes noch möglich, aber wie gesagt, das wird jetzt zu weit führen, so viel Zeit habe ich nicht und will ich auch nicht in Anspruch nehmen. Wir haben die nächsten Monate bis Juni gemeinsam Zeit. Mich freut es sehr, dass der Herr Landesrat Kurzmann mir gestern einen Brief geschrieben hat, wo er nach wie vor sagt, dass er auf der einen Seite zwar nicht viel von den Umweltzonen hält, aber dass er nach dem Gespräch mit dem Herrn Landeshauptmann Franz Voves und dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer gewillt ist, die Abteilung wieder loszuschicken, das war bis vor wenigen Stunden, muss ich sagen, nicht so, jetzt wird unter der Leitung des Umweltamtes des Landes Steiermark der Kontakt wieder hergestellt, wir werden jetzt konkrete Maßnahmen auf den Tisch legen, wir werden sie dann präsentieren, man kann sie danach bewerten und wir werden gemeinsam darauf aufpassen, dass es für Menschen, denen es sozial nicht gut geht, Alternativen gibt beziehungsweise auch einen Zeitraum gibt, wo man sich darauf einstellen darf. Aber wir sind wieder einmal in Österreich die erste Stadt, und Sie werden sehen, andere werden folgen und es ist ein dringliches Thema, aber es ist sicherlich nicht dringlich, darüber zu debattieren, wenn man es auf die Art und Weise machen, wie wir es jetzt tun, dass einer dem anderen irgendwas zuruft, gar nicht weiß, worüber er redet, das wollen wir verbessern, da sind wir durchaus sehr gefordert. Da bitte ich auch alle mitzutun und dann werden wir Expertengremien einmal haben, dann werden wir die Medien einladen, dann werden wir Sie einladen auch zu öffentlichen Diskussionen. Das, was wir wollen, und das will ich Ihnen noch abschließend sagen, dass was wir als Volkspartei auch wollen, das will ich Ihnen sagen. Wir wollen, dass jeder das Recht auf Schutz seiner Gesundheit hat, dass jeder das Recht hat, dass seine Kinder, Verwandten und Freunde vor diesen Atemwegserkrankungen geschützt werden, wir wollen keine Strafzahlungen an die EU, der Wirtschaft schreibe ich noch einmal ins Paket, dass es weder touristisch gescheit ist, noch in unserem Bauverfahren gescheit ist, weil das musst du mir auch einmal erklären, Betriebserweiterungen, Betriebsansiedlungen sind ja nach dem europäischen Recht und nach dem steirischen und österreichischen Vorschriften nicht mehr möglich, da haben wir dann ein echtes wirtschaftliches Problem, wenn wir unsere Betriebe ausbauen wollen, so

lange wir Feinstaubhochburg sind und das wollen wir nicht länger sein. Wir wollen eine lebenswerte Stadt und wir glauben, dass wir glauben, wenn der Feinstaub sichtbar wäre, viele einsichtiger wären und die Umweltzone wird in Graz kommen. Der Einführungszeitraum, den werden wir auch noch diskutieren. Ich glaube aber, das was wir tun müssen, ist den Menschen Zeit geben, dass sie sich tatsächlich auf darauf einstellen können und noch einmal, wenn ich allein ein Modell hernehme, wo eben nur in den Feinstaubtagen nicht fahren darf oder in den Feinstaubzeiträumen, dann wird man unter Umständen durch Öffi-Tickets die Gelegenheit haben, einmal umzusteigen. Und eines hat die Diskussion jetzt schon bewirkt, glauben Sie, wo ich hingehe, habe ich fast kein anderes Thema, zum Teil werde ich da attackiert, zum Teil sagen viele toll. Autos können abgewertet werden, das ist möglich, aber zum ersten Mal denken viele Menschen wirklich drüber nach...

***Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: Jetzt schon?***

Bgm. Mag. Nagl: ...mit welchem Auto oder mit welchen Verkehrsmobilitätsmöglichkeiten sie unterwegs sind und damit haben wir schon viel bewegt und da werden wir einen gescheiterten Vorschlag machen und zum Schluss, werden wieder alle dann dafür sein, davon kann man heute schon ausgehen (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit beider Anträge wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 9) Mobile Polizeiinspektionen im Volksgarten

GR. Mag. **Sippel** stellt im Namen von ÖVP und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mein dringlicher Antrag betrifft, wie gesagt, die Einrichtung einer mobilen oder die Einrichtung von mobilen Polizeiinspektionen im Volksgarten und darüber hinaus und möchte dazusagen, es ist ein gemeinsamer Antrag von FPÖ und auch der ÖVP. Wir kennen die Situation im Grazer Volksgarten, es ist das letzte Mal darüber auch in einem anderen Zusammenhang diskutiert worden. Der Volksgarten war in letzter Zeit Mittelpunkt auch medialer Berichterstattung, dass eben dort keine effektiven und nachhaltigen Lösungen bis jetzt im Thema Sicherheit, im Thema Drogenkriminalität realisiert werden konnten und aus diesem Gesichtspunkt heraus ist es höchst an der Zeit, auch sich wieder einmal hier über dieses Thema auseinanderzusetzen und wirklich geballt mit Unterstützung des Grazer Gemeinderates auch an die zuständigen Stellen seitens der Exekutive heranzutreten. Tatsächlich hat sich in unserer Stadt neben den vorhandenen Problemfeldern nun auch eine deutlich wahrnehmbare Jugend- und Bandenkriminalität entwickelt und da sind wirklich alle Parteien aufgefordert, zu einem gemeinsamen Schulterschluss zu finden und auch Lösungen diesbezüglich, um diesem Problem Herr zu werden, anzubieten.

Das Ganze resultiert aus einem Kumulat an gescheiterter Drogen-, Integrations-, Familien-, Sozial- und Bildungspolitik und ist durch jahrelanges auf der einen Seite Wegsehen, aber auch Schönreden erst zur gegenwärtigen Größe angewachsen.

Den kriminell handelnden Personen, ganz egal welcher Herkunft sie sein mögen, das Handwerk zu legen, ist ein Ansatz, der nicht zuletzt d, mit einem verstärkten Exekutiveinsatz zu bewältigen sein wird. Die Lösungsansätze bisher waren unterschiedlich und da ist dem Herrn Gemeinderat Rajakovics durchaus Recht zu geben, der auch gesagt hat, dass es, und das war vor drei Jahren war das der Fall, dass die öffentlichen Räume zurückgewonnen werden müssen, das ist nach wie vor so, nur die Mittel dazu sind mittlerweile sicher jene, dass man das mit Hilfe der

Exekutive zu machen hat, um hier auch diese notwendige abschreckende Wirkung an Brennpunkten in dieser Stadt auch zu installieren. Soviel zum Motivenbericht und ich komme schon zum Antragstext dieses gemeinsamen

### **dringlichen Antrages:**

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, zum wiederholten Mal an die zuständigen Stellen der Sicherheitsbehörden heranzutreten, um im Zuge dessen die Problemfelder rund um den Volksgarten zu erörtern. Aus Sicht des Grazer Gemeinderates stellt die vorübergehende Errichtung einer temporären Polizeistation eine sinnvolle Lösungsmöglichkeit für die aufgezeigten Misstände rund um den Grazer Volksgarten und rund um andere städtische Brennpunkte dar.

Herr Bürgermeister Mag. Nagl wird daher ersucht, im Rahmen dieser Gespräche den Vorschlag zu unterbreiten, in Graz eine mobile Polizeiinspektion einzurichten, die an Brennpunkten wie dem Grazer Volksgarten, aber auch bei Großveranstaltungen zum Einsatz kommen kann. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

*StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 17.10 Uhr den Vorsitz.*

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüscher**: Über die Dringlichkeit muss nicht abgestimmt werden, nachdem das ein gemeinsamer dringlicher Antrag der ÖVP und der FPÖ ist. Das heißt, wir kommen gleich zur inhaltlichen Diskussion.

GR. **Sikora** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Antragsteller! Wenn die Dringlichkeit nicht schon gegeben wäre, wären wir auch für die Dringlichkeit, weil das Thema Sicherheit der Grazer Bürgerinnen und Bürger sehr an erster Stelle steht und sehr, wie richtig auch im Motivenbericht zu erkennen, das sehr brisant ist seit einigen Jahren. Wo wir nicht einverstanden sind, das ist allerdings der Antragstext und dem werden wir auch nicht zustimmen und das möchte ich jetzt ganz kurz erörtern, wieso. Wie du weißt, du zählst diese Brennpunkte teilweise auf, wie du weißt, sind die meisten Brennpunkte im Einzugsgebiet von bestehenden Polizeiinspektionen. Das heißt, wenn es wirklich Not wäre, wären sofort binnen kürzester Zeit eben bei diesen Brennpunkten Jakominiplatz, die Schmiedgasse zum Beispiel, Metahofpark, Hauptbahnhof, Volksgarten, Lendplatz oder das Uni-Viertel, zum Beispiel ist im LKH draußen die Polizeiinspektion, also die wären sofort vor Ort und würden da dementsprechend eingreifen können, falls sie das geeignete Personal hätten und da bin ich eigentlich beim Punkt, wieso wir eigentlich gegen diesen Antragstext sind. Wie du weißt, habt eigentlich ihr mit der ÖVP Anfang der 2000er-Jahre die prekäre Situation in Graz zu verantworten, dass rund 300 Polizeidienstposten ja eingespart wurden und das ist ja der Grund an und für sich, wieso wir so eine prekäre Situation haben, weil wir haben zwar Polizeiinspektionen, aber die sind nicht in der Lage, ständig bei diesen Brennpunkten mehr oder weniger aktiv und präsent zu sein, das ist, glaube ich, der Punkt, der immer wieder erwähnt werden muss. Ich glaube, ich habe es schon öfter erwähnt, aber das muss man immer wieder erwähnen, das trifft den Nagel auf den Kopf. Die Situation ist so, dass auch jetzt die Einsparungspolitik zur Folge hatte, dass der letzte, zum Beispiel, Parkwächter, die ja auch eine gewisse Präsenz darstellten, 2005 ausliefen, still und heimlich ausliefen, das war ja auch eine gewisse Präsenz, die zur Ordnung an und für sich beigetragen hat und da sehen wir, wie gesagt, den Handlungsbedarf eher bei der Aufstockung der Exekutive als wie unrealistische Polizeiinspektionen einzurichten, die irgendwo mobil unterwegs sind, die es einfach nicht geben wird, weil das Personal ganz einfach fehlt bei der Grazer Polizei. Ich möchte vielleicht nur ganz kurz erwähnen, die Kollegin Gerti Schloffer wird heute auch einen Antrag einbringen zur Wiedereinführung von Parkwächtern. Wie gesagt,

ich kann mich gut erinnern in meiner Jugendzeit, das war immer abschreckend, wenn der herumpatrouillierte, da hat man doch Ehrfurcht gehabt und ich glaube, da sollten wir wieder zurückgehen, das ist vielleicht ein Schritt, der als Verbindungsglied dann zur Polizei im weiteren Sinne gesehen werden kann, also da hat man vielleicht eine gewisse Ehrfurcht und darum können wir da nicht für den Antrag sein, also der Dringlichkeit selbstverständlich würden wir sofort zustimmen, aber wie gesagt, die Sicherheit der Grazer Bevölkerung stand an erster Stelle und da gibt es bei uns überhaupt keine Diskussion drüber. Danke vielmals (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper:** Herr Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich dem kundigen Christian Sikora anschließen. Sicherheit ist für uns ein ganz wichtiges Thema für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Wir haben auch schon mehrfach im Gemeinderat eine Verstärkung der Präsenz der Exekutive eingefordert, deswegen werden wir, lieber Armin, auch diesem Antrag die Zustimmung geben. Aber das, was Christian gesagt hat, das hat mir sehr gut gefallen, weil im wahrsten Sinne des Wortes trifft es den Nagl wirklich auf den Kopf und der Herr Bürgermeister ist leider nicht anwesend, er hat ja Zusagen von InnenministerInnen en bloc, ich sage nur Strasser, Prokopp, Fekter und wie sie alle geheißen haben mögen, eingeholt und zugesagt bekommen, ob das Gespräch im Rathaus war, im Hinterzimmer von Autobahnraststätten oder sonst irgendwo, es gibt angekündigte Verstärkungen der Grazer Exekutive, erfolgt ist aber das Gegenteil. Die immer weniger werdenden PolizeibeamtInnen werden durch administrative Aufgaben zugemüllt und auf der Strecke bleibt der Streifendienst und damit die Sicherheit der Grazerinnen und Grazer, um das auf den Punkt zu bringen. Deshalb kann auch diese Initiative, lieber Armin, nur als Notmaßnahme bezeichnet werden, dem wir auch mit einigen Bedenken und Bauchweh zustimmen können, denn woher werden diese BeamtInnen kommen, wenn sie auf Brennpunkten eingesetzt werden, aus ihren Rayons, aus ihren Grazer Stadtbezirken und das heißt, die regulären Wachzimmer werden immer mehr ausgehöhlt und es wird immer weniger Streifendienste geben. Gegen eines möchte

ich mich aber in Abstimmung mit unserem Bezirksvorsteher und der Bezirksvorstehung von Lend entschieden aussprechen. Immer wieder und bei immer wieder neuen Dringlichen und bei Anträgen hier im Gemeinderat wird der Volksgarten als Ort der Unsicherheit herausgestrichen, das ist Populismus in Reinkultur unserer Meinung nach. Machen wir nicht dauernd den Bezirk Lend schlecht und ich glaube, das ist ein Aufruf, dass wir auch gemeinsam, und deswegen finde ich das auch toll, dass der konkrete Gemeinderatsantrag dann differenziert ausgesprochen wurde, nicht nur Volksgarten, sondern auch andere Brennpunkte. Das heißt, uneingeschränktes Ja zur Dringlichkeit, das wir gegeben haben, aber mit Einschränkung ein Ja zum Inhalt, ja Armin, zu dieser Vorgangsweise. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schröck**: Verehrte Damen und Herren! Wir haben bereits in der letzten Sitzung die Problematik im Volksgarten thematisiert. Ich freue mich, dass jetzt auch die FPÖ und die ÖVP dieses Problem doch als dringlich erkannt haben und hier auch Initiativen setzen, die wir auch durchaus unterstützen werden und können. Wir haben heute auch noch einen normalen Antrag eingebracht, in dem angedacht ist, den Volksgarten zu einer Schutzzone zu erklären, a) weil in unmittelbarer Nähe zwei Schulen befindlich sind, ein Kinderspielplatz im Volksgarten sich befindet und um der Polizei auf ihren eigenen Wunsch eine Handhabe zu geben, um hier wirklich die Personen im Volksgarten, die einschlägig bekannt sind, derer auch habhaft zu werden und die anzuhalten. Natürlich werden wir diesem Antrag sowohl die Dringlichkeit als auch dem Antrag die Zustimmung erteilen.

GR. Mag. **Mariacher**: Lieber Kollege Sippel, zu deinem Antrag, mir ist halt aufgefallen, dass das Thema Ordnungswache, Erweiterung der Befugnisse, kein Thema ist und mir ist aufgefallen, dass hier bei der Dauer dieses Piloten sechs Monate angegeben

worden ist. Jetzt weiß ich, wir sind im April 2012, sechs Monate, das heißt, ungefähr bis zur Wahl hin will man den Bürgern sozusagen ein Modell präsentieren, das für eine Verbesserung, eine temporäre Verbesserung darstellen möchte und da frage ich mich, ob das nicht ein Placebo-Effekt sozusagen für die Bevölkerung ist, das ist die eine Frage und die zweite Frage, denke ich mir, wenn man so einen Piloten braucht, ist dann die Basis für das, dass dieser Versuch wirklich aus heutiger Sicht eine hohe Wahrscheinlichkeit hat, wirklich eine erfolgreiche Wirkung zu erzielen, ist der gegeben oder nicht und woraus belegt sich das? Aber die Intention, darüber nicht nur nachzudenken, sondern auch Handlungen zu setzen, um eine Verbesserung dieser absolut brisanten Situation im Volksgartenbereich herzustellen und da braucht man den Bezirk nicht irgendwie schön reden, dort gibt es einen Hot Spot und der ist entsprechend zu bearbeiten und zu behandeln und das ist halt in den vergangenen vier Jahren nicht passiert. Die Situation hat sich sogar noch verschlechtert, verändert, aber auch verschlechtert in Summe, das gehört gemacht und ist auch die Intention dieses Antrages, deswegen dem Grunde nach stimme ich auch persönlich diesem Antrag als unabhängiger Gemeinderat zu, aber die Fragen, die ich gestellt habe, sind aus dem Motivenbericht für mich noch ungeklärt. Danke.

GR. **Rajakovics:** Danke auch von mir an die FPÖ für den Antrag. Ich bin, glaube ich, einer der wenigen, die wirklich sehr viel im Volksgarten sich aufhalten, weil ich Kinder habe, die noch in einem Alter sind, die noch begleitet werden wollen, müssen, keine Ahnung, wie man das ausdrücken soll. Es ist tatsächlich so, dass im Moment eine Aktion scharf läuft und wer das jetzt auch über Ostern usw. verfolgt hat, die Situation ist sofort deutlich besser. Man kennt ja auch, wer sind die Dealer, wenn man mit den Kindern unterwegs ist, am Bankerl sitzt, kann man das alles gut beobachten und fragt sich halt, wo die Polizei ist. Die Polizei ist da und die Dealer sind weg. Also hat es nichts damit zu tun, ich halte auch viel davon, dass man gewisse Vandalismusedelikte usw. auch in Parkanlagen bekämpft, dafür gibt es die Ordnungswache, Gewalt und Drogen etc. haben bitte nichts mit einer Ordnungswache oder mit Parkwächtern zu

tun und die lassen sich auch von Parkwächtern und Ordnungswächtern nicht abhalten, die wissen ganz genau, wer für was zuständig ist und was darf, also man soll die Kriminellen da nicht unterschätzen. Die Frage, die der Karl-Heinz Herper gestellt hat, ob es möglich ist, dass überhaupt bei der wenigen Polizei, die wir haben, so etwas besetzbar ist, es gibt einen aktuellen Rechnungshofbericht, einen Bundesrechnungshofbericht zur Polizeipräsenz auf der Straße. Als Beispiel herangezogen wurde für den Bundesrechnungshofbericht die Stadt Wien und als quasi Pendant dazu wurde verglichen mit der Stadt München. Faktum ist, dass die Stadt Wien trotz der Hälfte des Gebietes, das zu überwachen ist, um 60 Polizeidienststellen mehr aufweist als die Stadt München. Faktum ist, dass der Polizeistand ein Drittel höher ist, als der der Stadt München, Faktum ist aber auch, dass in München ein Drittel mehr Polizisten ständig mehr auf der Straße sind als in Wien. Es ist nämlich so, das Faktum auch in der Steiermark, wir haben seit Stichtag 2010 haben wir eine Erhöhung der Polizeidienststellen um 17 %. Ich frage mich immer, wo sind die, jetzt will ich nicht die Polizei nur angreifen, aber Faktum ist, dass wir eine kriminalpolizeiliche Abteilung haben beim Landespolizeikommando und auch in Graz 50 % der Delikte, die da hineinfallen, Einbruch usw. von Polizeidienststellen, von normalen Polizisten gemacht werden, die sollen die anfordern und selber auf die Straße gehen. Es gibt schon ein bisschen das Gefühl, dass man sich durchaus ganz gerne auch als Polizist hinter der vielen Bürokratie versteckt, weil man sich dadurch die Präsenz auf der Straße erspart und das muss ich jetzt auch einmal kritisch sagen, weil ich bin auch der Meinung, ich weiß, dass der Polizeidienst schwer ist, ich glaube auch, dass es in Wirklich auch angenehm ist zu ermitteln und dann am Computer weiterzuarbeiten, wenn ich ein Delikt habe und ich weiß, dass es nicht lustig ist, im Volksgarten da den Dealern nachzurrennen, aber Faktum ist, dass es nicht daran liegt, dass wir insgesamt zuwenig Exekutivbeamte haben, es ist ganz offensichtlich und wenn man sich den Rechnungshofbericht den aktuellen anschaut, es ist ganz offensichtlich ein Organisationsproblem innerhalb der Exekutive und ich kann mir gut vorstellen, dass man eine mobile Polizeidienststelle hat anstelle einer der vielen Polizeidienststellen, die wir haben und es ist auch so, dass zum Beispiel auf vier Polizisten auf der Straße bei uns ein Chef kommt, der nicht auf der Straße ist. In

München sind es 12 Polizisten auf einen Chef. Also da gibt es schon einiges auch noch an Reformmöglichkeiten innerhalb der Polizei und daher will ich nicht immer gleich mich herstellen und sagen, na ja es ist eh alles super, die Polizei ist nur so arm und hat leider halt kein Personal. Also es ein Organisationsproblem, das die Bundespolizeidirektion hat und auch das Landespolizeikommando und ich würde wirklich bitten (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), dass wir dankenswerterweise, dass wir diesen Antrag wirklich auch ernsthaft weiterverfolgen und auch eventuell sagen, überlegt euch, ob nicht eine Polizeidienststelle zugunsten einer mobilen ausgetauscht werden kann, weil organisatorisch ist da sehr vieles möglich. Jedenfalls danke für den Antrag und wir stimmen natürlich zu (*Applaus ÖVP*).

**GR. Schneider:** Lieber Kollege Thomas Rajakovics! Du hast vollkommen Recht, es gibt da anscheinend Organisationsprobleme bei der Polizei, das ist ganz klar, ich kann jetzt auch gleich den Namen nennen, wer daran schuld ist, also eigentlich sind es mehrere Namen, weil es haben schließlich da zwei Parteien damals bei dieser Reform auch mitgestimmt 2004, wo nicht eben der Personalstand verkleinert wurde, sondern auch die Aufgabenfelder der einzelnen PolizistInnen gerade in den Städten verändert wurden, das war euer glorreicher Parteirepräsentant Ernst Strasser, der das damals gemacht hat. Der hat zwar großartig die Gendarmen zu Polizisten am Land gemacht, aber in Wirklichkeit in der Stadt die Polizisten zu Gendarmen und das ist, was fürs Land gut ist, heißt nicht, dass es in der Stadt gut ist, soviel dazu. Was passiert hier wieder in diesem Fall? Es wird die Polizei wieder belästigt durch gescheite Vorschläge, was sie da genau zu tun hat. Das ist peinlich, finde ich, die Polizei weiß sehr gut selber, wie sie das organisiert, wie sie in Graz umgeht, wir haben es gehört im Sicherheitsnetzwerk, was für Maßnahmen geplant sind, auch was die Parks angeht, es gibt bitte eine eigene Operation Volksgarten, wir haben gerade vorhin davon gehört, die Polizei tut also was, es wird eine Sommeroffensive geben, was die Parks angeht, also die Polizei tut was, die braucht solche Vorschläge wirklich nicht. Wohin soll das

eigentlich führen? Die Polizei soll sich da in irgendeinen Container reinsetzen im Volksgarten oder wie im Sommer, also der einzige positive Zweck, der das Aufstellen so eines Containers haben kann, ist natürlich, dass zusätzliche Flächen, die für die Graffiti sprayende Jugend dann verwendet werden kann geschaffen werden, also das muss man sagen. Außerdem wieder einmal werden unsere Parks runtergemacht, das ist das Zweite, was hier passiert, es wird Angst gemacht. Schwere Delikte 2011 im Stadtpark acht, im Metahofpark sechs, im Volksgarten drei, im Augarten auch drei, im Rösselmühlpark eine. Das sind 21 zu viel, aber deswegen kann man nicht von einer gefährlichen Situation in unserem öffentlichen Raum sprechen, das ist nicht richtig und das macht den Leuten Angst und das schadet diesen Orten. Und gerade deswegen werden diese Orte dann etwas unangenehmer, wenn sich manche Leute nicht mehr dorthin trauen. Liebe Volkspartei und liebe sozialdemokratische Partei, das Nachlaufen der FPÖ bei diesem Sicherheitsthema ist der falsche Weg, das solltet ihr eigentlich wissen, besonders wenn ihr euch eure Umfragen, die ihr momentan macht, auf Bundesebene anschaut auch, da solltet ihr daraus lernen, dass es nicht funktioniert. Die FPÖ ist nicht die Sicherheitspartei, sondern eher das Gegenteil in diesem Land (*Applaus Grüne*). Man braucht nur nach Linz schauen, wo der Sicherheitsstadtrat, interessant, dass er es auch geworden ist, vom Bundesheer als Gefahr für die militärische Sicherheit eingestuft wird, auch unser Stadtrat Eustacchio will dem nicht nachstehen, er...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat, Sie haben schon eine dreiviertel Minute über die Zeit.

GR. **Schneider**: Ich sage einen Satz noch fertig, ...er verbringt gerne Herrenabende inklusive Billard und kühle Getränke mit inzwischen verurteilten Gewalttätern. Ich bin

dafür, dass wir im Netzwerk Sicherheit weiterarbeiten und uns sparen, die Polizei mit solchen sinnlosen Vorschlägen zu belästigen, die arbeiten gut. (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Sippel**: Naja der Herr Gemeinderat Schneider hat es wieder geschafft, polemisch an der Intention dieses Antrages vorbeizureden. Ich möchte vielleicht nur so viel dazu sagen, also Gott sei Dank haben wir in unserem Land die Gewaltentrennung, dass schon noch die Politik auch der Polizei und in Einvernehmlichkeit durchaus auch darauf hinweisen soll, wo Gefahrenpotentiale, Brennpunkte usw. bestehen, damit dort auch die Exekutive, was ja auch ihre Aufgabe ist, dementsprechend aktiv wird. Aber lassen Sie mich danke sagen für diese breite Zustimmung auch zu diesem wichtigen Thema. Es ist mir klar, natürlich sind solche mobilen Polizeiinspektionen nicht das Allheilmittel, aber es ist natürlich eine Maßnahme, es ist auch die Wortwahl Notmaßnahme gefallen, um hier einmal wirklich den Brennpunkten etwas auch entgegenzustellen an Sicherheitseinrichtungen und natürlich, Herr Kollege Sikora, es ist völlig klar, wir haben zu wenig Polizisten in dieser Stadt, es sind genau 100 Planstellen, aber das ändert ja nichts daran, dass man trotzdem sicherheitspolitische Maßnahmen setzen soll, die ganz einfach auch auf die Sicherheitssituation in dieser Stadt reagieren. Ich meine, es wird auch jetzt demnächst eine Fahrradpolizei oder zumindest den Versuch einer Fahrradpolizei in dieser Stadt geben, es wird eben oder heute wird es so beschlossen und eben auch diese Möglichkeit in Aussicht gestellt, diese mobilen Polizeiinspektionen auch zu installieren und deswegen ganz einfach Maßnahmen, die sinnvoll sind und die man dadurch verhindern soll, indem man sich immer nur darauf ausredet, dass es zu wenig Polizisten in dieser Stadt gibt, das ist natürlich richtig, dieses Problem richtig erkannt, aber deswegen soll man da doch flexibel sein und ich glaube, Flexibilität ist da auch das Stichwort dazu. Diese mobilen Polizeiinspektionen, das können eben Container sein, aber es müssen nicht Container sein, es gibt beispielsweise in der Bundesrepublik modern ausgestattete Polizeibusse, die eben wirklich auch kurzfristig an Brennpunkten stationiert werden können. Bei

Großveranstaltungen stationiert werden können, wo eben die Polizisten drinnen Dienst versehen können und wo es sogar auch Arrestzellen gibt, um hier auch Kriminelle kurzfristig aus dem Verkehr zu ziehen. Und das Letzte, auf was ich zu sprechen kommen möchte, und da möchte ich schon auch in gewisser Weise die Polizei auch in Schutz nehmen, ich glaube nicht, dass es ein Organisationsproblem gibt, es ist eher teilweise durchaus ein Motivationsproblem, was wir erleben, weil wenn wir nämlich, was auch immer wieder vorkommt, zum siebenten Mal den selben Drogendealer fasst und genau weiß, was er auch verbrochen hat und so kann man es sagen und man muss ihn wieder laufen lassen, weil eben die Gesetze dementsprechend sind, dann ist das natürlich für einen Polizeibeamten nicht sonderlich motivierend, da ist Verständnis natürlich da und da gilt es natürlich auch seitens des Gesetzgebers hier auch immer wieder nachzujustieren, damit der Polizeidienst auch die nötige Motivation erhält und was noch der Unterschied, weil das auch angesprochen worden ist, zu München und Bayern ist. Ich meine, es ist dort schon wirklich so, dass im Bereich oder wenn man den gesamte Aufgabenbereich der Polizei hernimmt, dann ist halt in Bayern der administrative Part nur 40 %, bei uns ist es tatsächlich 70 % und das ist der Grund...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat, Sie sind eine halbe Minute über der Redezeit.

GR. Mag. **Sippel**: ...das ist der Grund, warum in Bayern die Polizei mehr Zeit hat, auch tatsächlich auf die Straße zu gehen, also da gilt es ebenfalls auch für die Politik anzusetzen und da Erleichterungen für die Exekutive zu schaffen. Danke auf jeden Fall für die breite Zustimmung zu diesem wichtigen Antrag (*Applaus FPÖ*).

---

*Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.*

## **10) Brennpunkt Billa-Eck/Soziothek**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! In der letzten Gemeinderatssitzung wurde ja mit Mehrheit ein Antrag angenommen, der die sogenannte Soziothek zum Inhalt hat, wobei, und das muss ich selbstkritisch anmerken, wir den zuständigen Stadtrat, eben der jetzt gerade den Vorsitz führt, eben ersucht haben, die geeigneten Räumlichkeiten für die Errichtung dieser Soziothek zu finden. Es wurde dann während der Sitzung und auch nachher meines Erachtens die berechtigte Kritik geäußert, dass wir uns vielleicht zu stark auf die Räumlichkeit konzentriert haben und weniger auf den Inhalt.

Deswegen darf ich heute diesen Antrag etwas erweitern. Es geht darum, um einerseits meinen Antrag aus der vergangenen Sitzung zu präzisieren und andererseits auch die Einrichtung einer Soziothek entsprechend zu beschleunigen, stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die für die Einrichtung einer Soziothek inhaltlich zuständigen Stadtsenatsreferenten Dr. Martina Schröck (Soziales), Michael Grossmann (Gesundheit), Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher (Immobilien) und Detlev Eisel-Eiselsberg (Jugend) werden ersucht, in enger Zusammenarbeit ein gemeinsames Anforderungsprofil für die Räumlichkeiten zu erstellen beziehungsweise innerhalb der jeweiligen Ressortzuständigkeit auch die

rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zum Betrieb einer Soziothek zu erarbeiten. Ich ersuche um Annahme (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GR. **Baumann** zum Antrag: Nur ganz kurz. Wir sagen jetzt zum dritten Mal ja von Seiten der grünen Fraktion. Inhaltlich könnte man natürlich noch weiter diskutieren, was da wichtig ist, ist aber vielleicht auch nicht unser beider Aufgabe, diese Soziothek auszustatten. Die Frage, die ein bisschen offen bleibt, was sollte Eisel-Eiselsberg da tun drinnen, die Jugendstreetworker am Jakominiplatz sind eigentlich ganz gut aufgestellt, die haben so etwas wie eine Soziothek für Jugendliche, die sollten wir eigentlich nicht vermischen mit den Alkoholkranken oder anderen Auffälligen in Graz. Ich würde den Eisel-Eiselsberg da herauslassen aus dieser Geschichte. Nicht weil ich der große Verteidiger von Eisel-Eiselsberg bin, weil aber die Jugendschiene und die Betreuung der Jugendlichen im öffentlichen Raum in dem Fall jetzt nicht gekoppelt sein soll mit den Leuten, die jetzt am Billa-Eck sind. Von unserer Seite ein Ja und vielleicht geht sich ja auch eine Eröffnung mitten im Wahlkampf noch aus. Dann treffen wir uns dort. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, werter Gemeinderat, lieber Harry! Eigentlich sollte man einen dringlichen Antrag brauchen, um eine Initiative im Grazer Gemeinderat durchzubringen. Wir haben jetzt den Stand von insgesamt drei dringlichen Anträgen. Du zäumst sozusagen das Pferd von hinten auf, die ganze Sache ist natürlich problematisch, aber ich denke, dass die richtige Vorgangsweise wäre, zuerst einmal den Bedarf zu prüfen, wenn der Bedarf gegeben ist...

---

**Zwischenruf GR. Mag. Korschelt unverständlich.**

GR. **Hohensinner:** Na gut, für diese Lösung, ob da der Bedarf gegeben ist. Wenn diese Lösung zielführend ist, dann braucht man ein Konzept, Punkt eins. Punkt zwei, dann erst würde man zum Anforderungsprofil kommen und wenn man das dann hat, kann man sich auf die Suche nach einem Raum machen. Punkt eins, Punkt zwei haben wir bisher noch immer nicht. Ich weiß, dass in einer Bank hat man Anforderungsprofile, vor allem gerade im sozialen Bereich schaut man, dass man ein geeignetes Konzept hat, dass man dann weiter vorgehen könnte, Punkt eins. Punkt zwei, da hätte die Sozialstadträtin natürlich bereits aktiv werden können. Ich glaube, dass die Stadträtin Schröck das bereits gemacht hat, ich kann mich erinnern, in der letzten Diskussion hat sie erwähnt, dass sie bei ihrem runden Tisch, so wie sie ihn nennt, auch einen Betroffenen eingeladen gehabt hat und ihn gefragt hat (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), ob ein Trinkraum, eine Soziothek angenommen werden würde. Ich kann mich recht erinnern, du hast gesagt fast wortwörtlich, er hat eher so ein bisschen geträumt, dass das Bier günstiger sein soll wie im Supermarkt, also ich glaube, dass diese ganze Sache nicht unbedingt zielführend ist. Aber wir sind nicht grundsätzlich dagegen, es gibt ja Beispiele, wo es in Graz Trinkmöglichkeiten gibt, zum Beispiel das Vinzi-Dorf oder das Resi-Dorf. Ich habe mir auch überlegt, warum die FPÖ immer Soziothek sagt, in der Literatur habe ich nirgends Soziothek gefunden, in Deutschland heißt das Trinkraum, aber das hat den Grund, dass die FPÖ Probleme hat, einen Trinkraum ihrem Klientel zu erklären (*Applaus ÖVP*). Wir glauben, dass ein Trinkraum im Randbezirk durchaus seine Berechtigung hat, wir glauben, dass das in der Innenstadt nicht geht, weil diejenigen Leute, die dort Platz finden, die suchen die Öffentlichkeit, die wollen nicht irgendwo einen Raum im einen Hinterzimmer bei der Ausweitung des Alkoholverbotes haben Rücker und Schröck immer wieder argumentiert (*Der Vorsitzende läutet mit Ordnungsglocke*), am Hauptplatz haben wir kein Alkoholproblem. Warum gehen jetzt die grüne Partei und die SPÖ bei diesem Antrag mit? Wenn sie sagen, das Alkoholproblem ist nicht vordergründig und dass es

nicht funktioniert. Im Grunde hat ja die FPÖ im letzten dringlichen Antrag beschrieben, sie beschreibt, wie das ausschauen soll, Bier und Wein vom Supermarkt um die Ecke dürfen mitgebracht und getrunken werden, Schnaps und andere hochprozentige Getränke sind verboten. Sozialarbeiter werden nicht diesen Raum besuchen, außer sie werden gebeten darum, das Klientel macht...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat, du bist auch eine halbe Minute über deiner Redezeit.

GR. **Hohensinner**: Ich bin gleich fertig. Das Klientel macht diese Hausordnung selbst. Noch einmal zusammenfassend, die ÖVP ist nicht grundsätzlich gegen Möglichkeiten, dass Alkohol getrunken werden kann in einem überdachten Raum. Solche Möglichkeiten gibt es in Graz, wir glauben und sind fest der Überzeugung, dass es in der Innenstadt nicht zielführend ist...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Du bist jetzt über eine Minute über der Redezeit, Kurt.

GR. Mag. **Korschelt**: Lieber Kollege Hohensinner, dich muss der Antrag sehr bewegen, weil du wirst dann immer sehr nervös und schlagst dann unter der Gürtellinie zu, weil das wieder mit der FPÖ-Klientel und mit den Trinkern, das ist kindisch. Gerade eine Partei, wo euer Parteiboss sagt, euer Landeshauptmann in Niederösterreich, zu seiner Dienstbeschreibung gehört das Trinken dazu, also würde ich an deiner Stelle sehr ruhig sein (*Applaus FPÖ*), also ehrlich gesagt, das ist immer kindisch und das ist

so typisch jetzt für dich, ihr versucht das jetzt hinauszudehnen usw., und da formal zu sagen, weil das nicht stimmt. Uns geht es ja nicht darum, das haben wir eh gesagt, dass wir das letzte Mal vielleicht zu wenig auf das Inhaltliche eingegangen sind. Dann hätte man ja jederzeit sofort sagen können, ok, wir meinen damit nicht nur die Räumlichkeiten zumindest im Inhalt, jetzt haben wir gesagt, ok, damit ihr euch nicht wieder aufregt, jetzt machen wir es...jetzt passt es auch wieder nicht. Und du bist ein großer Charmeur, ich sehe dich ja immer in der Stadt mit hübschen Mädchen, du musst ja wissen, ein bisschen schwanger gibt es nicht.

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Neidisch?***

GR. Mag. **Korschelt**: Nein, ich bin nicht neidig, mit 60 Jahren bin ich auf die Mädels vom Hohensinner nicht mehr neidig, da brauchst keine Sorge haben. Also das mag vielleicht bei dir sein, aber bei mir ist das nicht mehr so. Aber das gibt es nicht, weil entweder bin ich dafür oder bin ich dagegen, dass du sagst, wir sind zwar ein bisschen dafür, aber ein bisschen sind wir auch dagegen und wir werden das nicht finden und dann kommt das, was die Frau Doktor gesagt hat, das mag sein, dass sie mit einem geredet hat, ja die Meinungsumfrage von der ÖVP reduziert sich jetzt nur mehr auf eine Person oder wie, weil einer sagt, na ja, vielleicht weil das Bier billiger ist, gehe ich hin, um das geht es ja gar nicht. Weil wenn ich nur einen frage, wenn ich nur immer das mache, was einer sagt, uns geht es darum, und das haben wir schon oft genug erklärt, wir wollen haben, dass die Herrschaften, die da unten stehen, dass die wegkommen. Ich weiß, dass das sehr hart ist dann. Ja natürlich, dass sie von dort, das heißt, wegkommen, jetzt wird wieder, oh das böse Wort, wegkommen. Ich weiß schon, dass das sehr hart ist und ich gönne niemandem, ich bin selber Vater von drei Kindern und danke dem lieben Gott jeden Tag, dass da nicht meine Kinder unten stehen, weil es hätte genauso sein können. Das weiß jeder, der Kinder erzieht, dass

wenn die Kinder in schlechte Gesellschaft kommen, kann dir das genauso passieren. Also uns geht es nicht darum, das nicht böse gemeint, dass sie wegkommen, sondern dass man ihnen auch eine Hilfestellung anbietet, und eine Hilfestellung kann man ihnen sicher dadurch anbieten, indem sie einen Raum haben, wo sie und auch natürlich und deswegen haben wir auch alle vier so eingebunden, auch den Kollegen Eisel-Eiselsberg, weil Jugendliche dabei sind und auch eine Möglichkeit haben, dass dort ihnen jemand hilft, um das geht es eigentlich da. Ich will jetzt niemand böseartig jemanden weghaben, sondern wir wollen haben...

*Zwischenruf StR. Eisel-Eiselsberg: Da sind keine Minderjährigen dabei.*

GR. Mag. **Korschelt**: Na ja da sind schon Minderjährige dabei, bitte gerade heute, wie ich vorbeigegangen bin, sind sicher zwei Minderjährige dort unten gestanden. Jetzt können wir natürlich wieder formal sagen, ja der Eiselsberg ist vielleicht nicht zuständig, da müssen wir beim nächsten Mal wieder den vierten Antrag bringen, den Eisel-Eiselsberg wieder herausnehmen. Uns geht es darum, dass es endlich einmal dieses Konzept räumlich, inhaltlich also endlich einmal durchgeführt wird und dass wir endlich diese Möglichkeit haben, dass es das gibt. Mehr und nicht weniger ist es nicht und ich bitte noch einmal um Zustimmung zum Antrag (*Applaus FPÖ*).

*Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.*

## **11) Handlungsbedarf Freiwillige Feuerwehr**

---

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

**GR. Schröck:** Sehr geehrte Damen und Herren! Die Freiwillige Feuerwehr Graz hat derzeit einen Mitgliederstand von gerade 99 Personen. Von diesen befinden sich 21 in teilweise (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) schon mehrere Jahre dauernder Grundausbildung und sind somit nicht einsatzfähig. Weitere 30 Personen sind laut Definition des Kommandanten, ich zitiere: „Kameradinnen und Kameraden, die selten bis gar nicht freiwilligen Bereitschaftsdienst machen und auch nur sehr selten an Übungen teilnehmen“ und daher für den Dienst ebenso nur bedingt bis gar nicht tauglich sind. Von den 99 überschaubaren Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr sind wieder laut Definition des Kommandanten nur 21 Personen die erste Wahl, welche im Großschadenfall zum Einsatz gerufen werden können, da sie regelmäßig an Übungen teilnehmen.

Diesen 21 Personen steht die Verantwortung für zwei Feuerwachen, für die Wache Süd und Kroisbach gegenüber, die jährlich mit 130.000 Euro Mietkosten zu Buche schlagen. Weiters steht diesen Freiwilligen eine jährliche Subvention der Stadt Graz in der Größenordnung von 66.000 Euro zur Verfügung, obwohl wir zum Beispiel die Infrastruktur und die Kleidung der Freiwilligen Feuerwehr bereits seit Gründung bereit stehen haben. Diese Ziffern ergaben sich nach einer Anfrage an den Stadtrat Rüschi vom 7.7. des vergangenen Jahres. Wir rechnen zusammen, dass mit Zahlungen für das Jahr 2012 also bereits über eine Million Euro für Freiwillige Feuerwehr Graz zu leisten waren und das trotz gegenteiliger Behauptungen von Probefeuwehrmann Kurt Hohensinner, der einst behauptete, dass die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Graz keinen einzigen Cent kosten würde.

Da die Freiwillige Feuerwehr nur nach Ermessen des diensthabenden Offiziers (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) der Berufsfeuerwehr ausrücken darf, wurden naturgemäß andere Betätigungsfelder für die wenig ausgelasteten Ehrenamtlichen gesucht und gefunden. Die Brandsicherheitswachdienste, die bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum, wie zum Beispiel Maturabällen oder Konzerten, vorgeschrieben werden und bislang von der Berufsfeuerwehr durchgeführt wurden, übernahm nun die Freiwillige Feuerwehr. Die Einnahmen aus

dieser Tätigkeit wurden bislang von der Berufsfeuerwehr eingenommen, ein Teil nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben dem Berufsfeuerwehrmann ausbezahlt und der Rest als Dienstleistungsabgabe an die Stadt Graz weitergezahlt. Heute verrechnen die Freiwilligen diesen Betrag, ein Teil davon fließt in die Wehrkasse, ein nicht unerheblicher Teil wird für den diensthabenden Freiwilligen ausgezahlt. Wegen der vielen Veranstaltungen und nur wenigen Freiwilligen, die die Ausbildung zu dieser Sicherheitswache absolviert haben, kommt für den einen oder anderen ein schönes Zubrot für diese „freiwillige“ Tätigkeit zustande. Kommandant Rieger selbst meinte, dass er ohne dieses De-facto-Gehalt nicht genug Leute für die Dienste zusammenbekommt. Der Gedanke der Freiwilligkeit und des Ehrenamts, wie ihn zum Beispiel die Freiwilligen Retter des Roten Kreuzes leben, wird damit ad absurdum geführt, womit dieser Idee insgesamt kein guter Dienst erwiesen wird. Abseits dieser Auslegung des Ehrenamts bleibt aber, dass die Stadt Graz Einbußen aus diesen nicht mehr lukrierbaren Dienstleistungen hinnehmen muss, gleichzeitig aber die Freiwillige Feuerwehr auch großzügig subventioniert.

***Zwischenruf StR. Eisel-Eiselsberg unverständlich.***

GR. **Schröck:** Es ist nicht richtiggestellt worden, Stadtrat Rüscher war noch nicht in der Lage, die genauen Ziffern zu nennen, Stadtrat Eiselsberg. Der ursprüngliche Gedanke der Übergabe dieser Dienste an die Freiwillige Feuerwehr war, dass sich diese aus diesen Diensten selbst erhalten würde und somit der Stadt nicht weitere hunderte Tausend Euro kosten würde. So aber ist die Freiwillige Feuerwehr Stadt Graz für die Stadt ein doppeltes Minusgeschäft geworden. Das Anforderungsprofil, das ein dicht besiedelter Ballungsraum wie Graz an eine Einsatzorganisation wie die Feuerwehr stellt, kann logischerweise von rudimentär ausgebildeten freiwilligen Einsatzkräften kaum erfüllt werden. Das ist kein Vorwurf, aber eine logische Tatsache, die aus dem

Umstand resultiert, dass die Berufsfeuerwehrmänner ständig beübt und ausgebildet werden. Schon der zeitliche Rahmen steht den Ehrenamtlichen nicht zur Verfügung. Es muss also eingestanden werden, dass urbane Katastrophenfälle und Großbrände nur von fachkundigen professionellen Kräften bewältigt werden können. Ehrenamtlichen fehlt für derart komplexe Aufgabenstellungen die Zeit. Zudem muss angeführt werden, dass an Berufsfeuerwehrmänner ein weitaus anspruchsvolleres Profil gestellt wird als an Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr. Die logische Konsequenz ist daher, dass die Freiwilligen nur zu Hilfsdiensten wie der Brandsicherheitswache herangezogen werden können, was zugegeben eine eher unattraktive Aufgabe darstellt, für die, wie bereits erwähnt ein finanzieller Anreiz geschaffen werden musste. Einerseits wurden die Freiwilligen über ihre Aufgabenbereiche getäuscht, andererseits hat sich die Stadt ein Kostenfeld eröffnet und Einnahmequelle versiegen lassen. Es ist an der Zeit, das Scheitern dieser Idee einzugestehen und die Sinnhaftigkeit zu hinterfragen.

Deshalb stellen wir folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Aufgrund der angeführten Problemstellungen und Gefahrenpotentiale, insbesondere was die Sicherheit betrifft, wird der Bürgermeister ersucht, bis spätestens Ende Juni einen Feuerwehrgipfel einzuberufen, an dem unter anderem VertreterInnen der Berufsfeuerwehr, der Freiwilligen Feuerwehr, des Rechnungshofes, der Sicherheitsbeauftragte und VertreterInnen aller politischen Fraktionen im Gemeinderat teilnehmen, um die Effizienz und Sinnhaftigkeit der Freiwilligen Feuerwehr zu überprüfen und gegebenenfalls alternative Lösungsszenarien aufzuzeigen. Ich bitte um Annahme.

GR. **Koroschetz** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einmal Feuerwehrmann, immer Feuerwehrmann. Jetzt sind bei mir fünf Jahre vorbei, aber das Herz schlägt nach wie vor für die Feuerwehr, auch für die Freiwillige und auch für die Berufsfeuerwehr. Wir von der ÖVP werden diesem dringlichen Antrag nicht zustimmen und zwar aus zwei Gründen: Wenn man sich den Motivenbericht ansieht und genau unter die Lupe nimmt, ist klar erkenntlich, dass die angeführten Zahlen nicht stimmen, das war einmal Punkt eins. Und Punkt zwei, mit dem neuen Kommandanten Andreas Rieger und mit dem alten Kommandanten Helmut Nestler sowie mit dem Branddirektor der Stadt Graz, Dr. Meisenberger, wurde ein Strategiepapier entwickelt und mit diesem Papier die richtige Richtung für die Zukunft vorgegeben. Ich bedanke mich bei allen Kollegen der Freiwilligen Feuerwehr und Berufsfeuerwehr und es tut mir irrsinnig leid, wenn ich euch Zwei da oben sehe, dass ihr so einen Antrag anhören müsst. Wir stimmen der Dringlichkeit nicht zu (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Vorredner! Du hast genau den wunden Punkt gebracht und ich kann mich nur wiederholen vom 19.1.2012, wo ich den Bürgermeister ersucht habe, der Bürgermeister wird höflich ersucht, den Gemeinderat dieses Konzept, von dem du heute gesprochen hast, sowie seine Vorstellung von einer weiteren Zusammenarbeit der Feuerwehren der Stadt Graz vorzulegen. Leider ist dies bis heute nicht erfolgt und deswegen, wie gesagt, ich teile sicher nicht, ich kann für den Klub reden, wir teilen sicher viele Sachen, die der Kollege Schröck im sogenannten Motivenbericht vorgelegt hat, teilen wir sicher nicht, aber, wie gesagt, wir sind auch zu dem Schluss gekommen, dass der Antragstext an sich ja nichts Verwerfliches ist. Wir reden, gerade in meiner Person schon seit Jahren versuche ich ja, da immer wieder einmal zu einem Konzept zu kommen, aber es ist leider bis heute noch nicht gelungen. Und um das geht es ja dann, wenn es endlich dieses Konzept geben würde, da täten wir uns auch viel leichter. Wobei, das sage ich auch immer wieder, auch die Politik und beziehungsweise wir im Rathaus sind nicht

von jeder Schuld freizusprechen, weil wie gesagt, wie in jeder Firma ist es so, zuerst muss ich einmal wissen, was ich produziere und dann fange ich zu produzieren an. Leider ist es so, ich muss den Soll-Stand wissen, um den Ist-Stand zu erfassen und das ist eben das Problem, dass wir bis heute, zumindest wir von den vielen Fraktionen her nicht wissen, wie ist eigentlich genau die Beschreibung, was soll eigentlich die Freiwillige Feuerwehr in Graz machen, damit man dann, und so kann man nur eine Soll-Ist-Analyse, indem man sagen kann, sie erfüllen ihre Ziele oder sie erfüllen ihre Ziele nicht. Deshalb, mir tut es auch leid, die zwei Kameraden, die ich gut kenne, die ja mit mir begonnen haben, eigentlich Gründungsmitglieder der Freiwilligen Feuerwehr sind und dass es natürlich viele gibt, auf deren Rücken das ausgetragen wird, aber trotzdem glaube ich, verantwortlicher Kommunalpolitiker muss man auch den Mut haben, um zu sagen, wir wollen endlich einmal, nun soll endlich dieses Konzept einmal auf den Tisch, wo wir schon seit einem halben, dreiviertel Jahr nachrennen. Wenn dieses Konzept da gelegen wäre, dann hätte sich der Antrag vom Kollegen Schröck wahrscheinlich erübrigt. Deswegen werden wir der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen, wobei ich noch einmal betonen möchte, dass wir die Formulierungen, die im Motiventext gewählt wurden, dass wir vielen dieser Formulierungen nicht zustimmen (*Applaus FPÖ*).

**GR. Herper:** Herr Vorsitzender! Ich möchte mich beim Harry Korschelt anschließen, wir waren ja vom Anfang an als sozialdemokratische Fraktion mit einer gewissen Skepsis ausgerüstet, haben aber dem mit Wohlwollen weiterhin den Weg geebnet, damit es nicht heißt, wir würden uns gegen die Freiwillige Feuerwehr stellen, auch gegenüber den Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr, auf deren Rücken ja nicht dieser Streit oder diese Auseinandersetzung geführt werden darf. Nicht mit allem identifizieren wir uns auch im Motivenbericht, aber es gibt einige Unklarheiten und Ungereimtheiten, die aufgeklärt werden müssen und aufgeklärt werden sollen und dies unserer Meinung nach durchaus berechtigt, deswegen werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen in diesem vom Bürgermeister

einzubrufenden Feuerwehrgipfel und der Teilnahme aller, auch aller politischen Fraktionen geklärt werden müssen und sollen. Ich glaube, das ist nur durchaus gerechtfertigt. Mir ist in der Zwischenzeit auch ein Abänderungsantrag des Kollegen Hohensinner Kurt in die Hände geflattert. Es tut mir leid, ich bin ein bisschen enttäuscht, weil wir hatten eine andere Gesprächsebene und auch in der Zeitung heute fand ich die Meldung vor, dass die grüne Fraktion durchaus diesem...

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Es stimmt nicht immer alles.*

GR. **Herper:** Aber Peter, ich laste das nicht der Christina Jahn an, aber ich meine, gewisse kritische Befindlichkeiten kann ich wohl äußern, wenn es eigentlich heißt, wir wollen dies geprüft wissen und dann wird es auf einmal zum Koalitionsproblem, weil der Kurt Hohensinner, dem ja höhere Weihen zugesagt werden in der nächsten Funktionsperiode, dies so gewünscht hat. Wir werden auf jeden Fall, weil wir den Prüfantrag so verstehen nämlich des Kollegen Georg Schröck, werden wir natürlich dem Inhalt und der Dringlichkeit die Zustimmung geben. Es gehören die Ungereimtheiten und Unklarheiten geprüft und geregelt und geklärt. Danke (*Applaus SPÖ*).

*Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 18.00 Uhr den Vorsitz.*

GR. Mag. **Mariacher:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wundere mich schon sehr, monatelang diskutieren wir im Gemeinderat

über die Freiwillige Feuerwehr. Einiges ist schon zur Sprache gekommen, Karl-Heinz Herper formuliert das als Ungereimtheiten. Ich sage es mit anderen Worten, das sind keine Ungereimtheiten, das ist einmal, unter Anführungszeichen ein „Riesensauwall“, der da über Jahre hinweg entstanden ist. Die Kommandantenwechsel haben ja auch ihre Ursachen darin gehabt und wenn ich allein daran denke, dass der Stadtrechnungshof fast ein halbes Jahr bereits diese Akte prüft und einen an sich kleinen Verein, dann denke ich mir, da ist so viel Mist, der zum Himmel hoch stinkt, dass ich mich sehr wundere, dass der ÖVP-Kollege Koroschetz da hergeht und sagt, alle Zahlen, die hier in diesem Antrag drinnen stehen, oder einige Zahlen passen nicht. Einige, ich weiß nicht, woher du das weißt, weil die Prüfung des Stadtrechnungshofes ist noch gar nicht abgeschlossen. Also kannst du auch nicht die richtigen Zahlen wissen, wenn man schon über richtig oder falsch reden. Und wenn ich mir allein die Themen anschau, die wir hier auch im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr thematisiert haben, mangelnde Einsatzstärke, Mitgliederschwund, die Besetzung der Wache in Kroisbach dient in keiner Weise einer Sicherheit, Aussagen der Berufsfeuerwehr sagen, dass sie sich auf die Freiwillige Feuerwehr im Einsatzfall nicht ausreichend verlassen können, dann ist das sehr wohl genauso ein Thema wie Autos, die verkauft werden unterpreisig zu Marktpreis und anderen Dingen, Einkünfte aus Brandsicherheitswachen, die Dumpingpreisen sind zu Firmen, die die gleichen Sicherheitsleistungen anbieten. Und wenn ich alleine noch einen Punkt herausgreife, nämlich der ein Sittenbild ist, dass wir im Mai 2010 auf meinen Antrag hin die Gratisimpfungen für Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr nämlich gesprochen habe, für euch alle da oben, dass ihr dazu kommt, die ihr ja wirklich zu den Einsätzen raufkommt, eine breite Mehrheit hier im Gemeinderat dafür stattfindet und gegeben ist und dann nachher von dem damaligen Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr das intern nicht umgesetzt wurde, dann denke ich mir, welche Charaktere waren zumindest damals am Werk der Freiwilligen Feuerwehr, die dieses Schiff zur Gänze, das vielleicht glücklich geplant oder angedacht war, aber gänzlich aus dem Ruder haben laufen lassen und dass heute eigentlich wir vor einem Desaster stehen, das die Freiwillige Feuerwehr mit mindestens drei Fragezeichen versieht. In diesem Sinne unterstütze ich diesen Antrag.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GR. **Hohensinner** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat, liebe Gäste auf der Galerie, liebe Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr! Dieser dringliche Antrag enttäuscht mich sehr. Ich weiß, dass die Freiwillige Feuerwehr nicht wirklich einen guten Start gehabt hat, es war auch nicht leicht, eine Neuorganisation in eine bestehende Struktur zu integrieren. Darüber hinaus hat es sehr viele persönliche Befindlichkeiten gegeben von Mitgliedern, die meist in der Zeitung ausgetragen wurden und der eigentliche Sinn der Freiwilligen Feuerwehr ging wirklich über weite Strecken oder kam zu kurz, möchte ich sagen. Heute ist die Freiwillige Feuerwehr Graz mit ihrem neuen Kommandanten Andy Rieger gut aufgestellt, ich war erst vor zwei Wochen in der Feuerwache Kroisbach, habe dort einen Funkkurs gemacht, ich habe gemerkt, wie die Freiwillige Feuerwehr wiederbelebt ist. Es waren dort zirka 20 junge engagierte Leute, die einen Funkkurs absolviert haben und diese Leute haben sicher nicht verdient, dass sie zum Spielball der Parteipolitik werden. Das ist so. Die Freiwillige Feuerwehr hat mich gebeten und hat gesagt, sie sind jederzeit bereit, in jeden Gemeinderatsklub zu kommen und offene Fragen beantworten. Dieses Angebot, und jetzt hören bitte alle Klubobleute zu, haben alle Klubs vom Anfang an gehabt und kein Klubobmann hat davon Gebrauch gemacht außer Klubobmann Peter Piffli-Percevic (*Applaus ÖVP*). Der Antrag selbst ist gespickt von Falschheiten, die Brandsicherheitswache wird an den Pranger gestellt, die Berufsfeuerwehr war selbst und hat eben ersucht, dass die Freiwillige Feuerwehr die Brandsicherheitswachen abwickeln. Warum das Veranstalter in Graz günstiger ihre Veranstaltungen abwickeln können, dass es leichter ist, solche Brandsicherheitswachen organisatorisch durchzuführen und es ist günstiger und es sind auch falsche Zahlen heute in der Kleinen Zeitung gestanden, es ist gestanden, dass das Ganze der Stadt Graz 30.000 Euro kostet, das stimmt nicht. Man muss die

Abschreibungen gegenrechnen und Finanzdirektor Kamper hat auch schriftlich bestätigt, dass die Einnahmen zirka gleich sind wie die Ausgaben, das heißt, es ist hier kein Verlust für die Stadt Graz da. Was die 10-Euro-Regelung betrifft, das ist eine landesweite Regelung, die alle Feuerwehren in der Steiermark so handhaben und man müsste da generell hinschauen. Es ist ein Jausengeld und die Freiwillige Feuerwehr hat selbst gesagt, sie werden sich das anschauen, vielleicht können sie das auch anders abwickeln. Zum Jausengeld, das ist auch interessant, dass Gemeinderat Schröck und auch Mariacher im Jahr 2010 bereits einen dringlichen Antrag gestellt haben, man möge eben die Freiwillige Feuerwehr besser versorgen. Genau das ist jetzt der Fall und jetzt bist du dagegen.

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Rücker**: Lieber Kurt, deine Zeit ist sehr überschritten.

GR. **Hohensinner**: Ja, jetzt komme ich zum Abänderungsantrag. Der wird gestellt von den Grünen und von der ÖVP. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses wird ersucht, bis Mitte Mai Herrn Branddirektor Mag. Dr. Otto Meisenberger und den Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Andreas Rieger in eine Sitzung des Ausschusses einzuladen, um den Gemeinderatsmitgliedern die Zukunftsstrategie zu präsentieren und offene Fragen zu diskutieren (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schneider**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt keinen Grund, beleidigt zu sein oder sich zu fürchten, was die Zukunftsdebatte über die Feuerwehr in Graz angeht. Es ist nicht ok, Freiwillige, die sich engagieren, hier in der Weise zu kritisieren, wie du das gemacht hast, auch das neue Leitungsteam der Freiwilligen Feuerwehr hat das nicht verdient. Es ist sehr wohl ok, dass man sich das genau anschaut, warum es

nicht dazu gekommen ist, dass Hoffnungen und Erwartungen, die am Anfang bei der Gründung bestanden haben, nicht erfüllt worden sind und natürlich darf man sich auch eine ‚Bilanz vorlegen lassen, wie viel Geld hier von uns vom Gemeinderat auch aufgewendet worden ist dafür, um zu fragen, wie das weitergehen soll. Deswegen haben wir, glaube ich, eine sehr gute Lösung gefunden, nämlich indem wir jetzt sagen, dass der zuständige Ausschuss zusammentreten soll, ich werde den einberufen und es wird dort die Strategie präsentiert werden, die es da gibt und es werden auch Fragen gestellt werden dürfen und ich hoffe, dass du dann dort auch Fragen stellen wirst, die zur Aufklärung der ganzen Sache beitragen. Ich glaube, das ist der gescheiteste Weg, ein bisschen emotionsloser mit dem Thema umzugehen, damit wir eine gute Lösung für unsere Stadt und für die Feuerwehr in unserer Stadt und auch für Leute, die sich engagieren wollen, auf diese Weise finden werden. Danke (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Was mich etwas stört an der Debatte und das ist heute beim BZÖ zumindest das zweite, wenn nicht das dritte Mal, das ist einfach die Verwendung von falschen Zahlen. Im Antrag steht, dass die Freiwillige Feuerwehr bisher eine Million Euro bekommen hat von der Stadt Graz. Ich kann das jetzt auch nicht auf den einzelnen Euro nachrechnen, aber das ist mindestens um doppelt zu viel. Das waren höchstens 500.000 Euro, ich habe mir das kurz zusammengerechnet, es waren ungefähr vier Mal knapp 70.000 Euro, das sind die 280.000 Euro, es war einmal 90.000 Euro für die Ausstattung dann nochmals für die Autos, wenn man das zusammenrechnet, kommt man nach meiner kurzen Überschlägenberechnung kommen wir auf 500.000 Euro. Aber trotzdem, wieso nimmt das BZÖ solche Zahlen und schreibt nicht hinein, von wo diese Zahl kommt, das finde ich wirklich ärgerlich. Ich weiß auch nicht, ob es sehr gescheit ist. Dass das BZÖ und einige andere Parteien gegen die Freiwillige Feuerwehr sind, ist offensichtlich. Wieso hängt man das an der Brandsicherheitswache auf? Ich habe euch das erläutert, das ist ganz klar, dass die 30.000 Euro, die heute in der Zeitung stehen, nicht stimmen und zwar stimmen sie

deshalb nicht, weil das, was als Einnahmen gerechnet werden, sind Soll-Einnahmen, das verbucht die Feuerwehr, wenn sie einen Einsatz hat. Ob sie damit das Geld bekommt, heißt es noch lange nicht und wir wissen das von den Abschreibungen. Insofern sind die Abschreibungen wichtig, dass die Feuerwehr nur einen Teil dieser Kosten bekommt, darum ist aus unserer Sicht sehr wahrscheinlich, dass das für die Feuerwehr immer ein Minusgeschäft war. Die Zahlen werden kommen. Zum Zweiten habe ich schon gesagt, dass, wenn auch die Feuerwehr die Einnahmen bekommt, die Stadt solche Kosten üblicherweise refundiert. So, jetzt macht die Freiwillige Feuerwehr diesen Dienst wie alle Freiwilligen Feuerwehren in der Steiermark, wie alle und wie alle Freiwilligen Feuerwehren kostet das 20 Euro und wie alle Freiwilligen Feuerwehren in der Steiermark werden 10 Euro in die Wehrkasse bezahlt und 10 Euro werden behalten. Warum aus diesem Grund ein Argument gegen die Freiwillige Feuerwehr gemacht wird, das verstehe ich wirklich nicht (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. **Eustacchio**: Na ja, jetzt hier zu unterstellen, dass alle Parteien, die das kritisch betrachten die Vorgehensweise, die Umstände, die also zu dieser Aufregung geführt haben, also ist lächerlich. Ich glaube, dass alle Parteien sagen, das ist eine sinnvolle Organisation, sinnvolle Einheit. Zum Politikum und damit zum Spielball letztlich habt ihr es gemacht, die ÖVP, weil ihr euch auch dementsprechend seltsam verhalten habt und halt auch nicht für Klarheit gesorgt habt. Ich hoffe ja, oder ich bin überzeugt, dass diese Klarheit hervortreten wird, wenn der Rechnungshof das genau geprüft hat, also ein klares Bekenntnis zur Freiwilligen Feuerwehr, das muss man auch ganz bewusst sagen. Was mich aber noch mehr interessiert, es wird immer über Gelder gesprochen und die moralische Instanz ÖVP ist ja auch mit dem erhobenen Zeigefinger immer da, jetzt spricht der Herr Gemeinderat Hohensinner vom Jausengeld, nachdem sich der Herr Gemeinderat sicher so aktiv engagiert bei der Freiwilligen Feuerwehr, frage ich mich, hast du auch ein bisschen Jausengeld bekommen davon (*Applaus FPÖ*)?

StR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabner:** Als zuständige Stadtsenatsreferentin auch für die Berufsfeuerwehr möchte ich hier nur festhalten, dass die Berufsfeuerwehr mit all ihren nun 205 Männern auch hinter der Freiwilligen Feuerwehr stehen, denn sie haben letztlich, erinnern Sie sich, werte Damen und Herren, ich glaube wir sind alle Grazerinnen und Grazer, wir haben im Jahr nicht nur 2008, 2009, 2010, 2011 sehr viele Einsätze gehabt, wo wir ohne die Freiwillige Feuerwehr diese Maßnahme nicht bewältigen hätten können. Das auf der einen Seite, auf der anderen Seite, lieber Kollege Mario Eustacchio, so wie es gelesen wurde, das ist wirklich nicht korrekt, denn die Einnahmen und Ausgaben stimmen nicht. Ich musste als Stadtsenatsreferentin, und ich stehe dafür ein, denn es war eine gemeinsame Lösung zwischen der Freiwilligen Feuerwehr und der Berufsfeuerwehr, dass wir auch den Wirtschaftsstandort nicht nur retten, sondern auch erlösen von hohen Beiträgen an Brandsicherheitswachen, dass wir für diesen Standort neue Tarife wählen können, die aber nur in diesem Sinne lösbar waren, sprich die Zahlen, die in der Zeitung stehen, die waren nicht korrekt. Und das andere, meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt viele Vereine, die von der Stadt Graz gefördert werden. Gehen wir nun jeden Verein an, schauen wir nun, wie jeder Verein in welcher Höhe subventioniert wird...

***Zwischenruf GR. Grosz: Ja, es gibt Förderrichtlinien.***

StR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabner:** ...wie jeder Verein auch kulturell, Kulturveranstaltungen und was sie...

Bgm.-Stv.in **Rücker**: Die Frau Stadträtin ist am Wort, es können sich danach die, die daran eine Kritik haben, auch zu Wort melden. Man kann die Diskussion ganz zivilisiert abführen, auch wenn es noch so emotional ist.

**Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Das ist ein Schuss ins Knie.**

StR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabner**: Nein, das ist kein Schuss ins Knie, jedoch auch, wenn, lieber Herr Gemeinderat Korschelt, wenn auch ein Kollege wie Herr Gemeinderat Grosz, wenn Sie oder Sie mich als unfähig bezeichnen, danke ich, das bedarf eventuell auch einer Entschuldigung, vielen Dank auch dafür schon jetzt, dann freue ich mich sehr, wenn Sie alle Vereine in Zukunft auflisten, was mit diesen Geldern nicht nur gemacht wird und dann diskutieren wir über jeden Verein, der auch Einnahmen hat und diese Einnahmen auch verwendet und auch die Frau Kollegin Schröck kann gerne, ob ISOP, ob SALE, alle Vereine, wo wir subventionieren und wir haben die Abrechnungen auch. Und noch einmal, diese Förderungen, und das kann ich sagen, aber ich spreche jetzt noch einmal für die Berufsfeuerwehr. Die Freiwillige Feuerwehr ist eine große Hilfestellung auch für die Berufsfeuerwehr und die Kosten, die in der Zeitung gestanden sind (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), wie sie kommuniziert wurden, sind nicht korrekt.

GR. **Grosz**: Die Kollegin Grabner, nicht nur unfähig, sondern das ist eine kollektive Rücktrittserklärung von Ihnen und eigentlich vom Herrn Stadtrat Rüschi gewesen. Sie, die den Katastrophennotstand dieser Stadt ausrufen, der erst dadurch beseitigt wurde, dass 21 Freiwillige Feuerwehrleute diese Stadt vor dem endgültigen Versinken

vor jeder Katastrophe retten und das noch im Zusammenhang mit Berufsfeuerwehrlenten von mehr als 200 hier in Verbindung bringen.

Bgm.-Stv.in **Rücker**: Herr Gemeinderat...

GR. **Grosz**: Frau Stadträtin, diese Stadt hat einen Stadtschuldenstand von mehr als einer Milliarde Euro, in dieser Stadt muss jeder Cent umgedreht werden, wichtige Sozialprojekte werden gestrichen, der Sozialpass, da wird um Groschen gestritten und dann geht der Herr Stadtrat her und sagt, na eigentlich weiß er nicht, ob es jetzt 500.000 Euro waren oder eine Million, wie kommt ein einfacher Gemeinderat Schröck auf eine Million, er hat da vor sich zusammengezählt, das sind 500.000 Euro. Das ist der Finanzstadtrat dieser Stadt? Der zwischen 500.000 Euro und einer Million nicht unterscheiden kann, sehr geehrte Damen und Herren von der Wirtschaftspartei ÖVP und dann kommt der Gemeinderat Hohensinner heraus mit betretener Miene, blassem Gesicht und drückt seine Enttäuschung aus. Jetzt sage ich Ihnen eines, Kollege Hohensinner, eine Freiwillige Feuerwehr in einer Stadt zu planen, die seit Jahren und Jahrzehnten eine Tradition der Berufsfeuerwehr hat, nur deswegen zu planen, weil man meint, man kriegt drei/vier Seiten in den heute so viel gescholtenen Zeitungen, nur damit man aus Selbstgeilheit einmal mehr sein Foto sieht und sagen kann gegenüber seiner eigenen Fraktion, seht her, was ich schon für eine gute Idee gehabt habe. Aber dann selbst als politisch verantwortlicher Gemeinderat nicht dafür Sorge zu tragen, dass dieses Modell einer Freiwilligen Feuerwehr so ausgearbeitet wird, dass wir uns nicht monatlich in den Gemeinderat darüber unterhalten müssen und genieren müssen, das ist die parteipolitische Agitation, die die Österreichische Volkspartei wegen einer billigen PR hier inszeniert hat und die ganze Hetz kostet den Steuerzahler eine Million Euro. Mitgliederzahlen der Freiwilligen Feuerwehr 99 Mitglieder, davon sind 21 aktiv, und die Feuerwehrstadträtin dieser Stadt spricht vom

großen Notstand, wenn es die Freiwillige Feuerwehr nicht gäbe. Ich meine, lasst doch bitteschön die Kirche im Dorf, so viel Unwahrheit habe ich selten in diesem Gemeinderat erlebt und gehört, wie heute, wo sie windschief herumargumentieren, anstatt dass sie das einzig Richtige zulassen, was das BZÖ heute gemeinsam mit der Sozialdemokratie, mit den Freiheitlichen, mit der Kommunistischen Partei hier gemeinsam plant, eine transparente Überprüfung der Freiwilligen Feuerwehr nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, der Transparenz, aber vor allem der Effizienz, sehr geehrte Damen und Herren. Hier geht es immerhin um die zweitgrößte Stadt Österreichs, hier geht es um den Katastrophenschutz, hier geht es um die Sicherheit und nicht die pubertierenden Spieleitelkeiten eines Gemeinderates, der seit gefühlten 20 Jahren gerne Stadtrat wäre (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Rücker**: Darf ich eine kurze Anmerkung machen, wenn jemals jemand von den Herren und Damen, die involviert sind in solche heftige Debatten, nachlesen will in einem Protokoll, seine eigene Sternstunde oder was er dafür hält, dann wird es schwer gehen, wenn so miteinander geredet wird, wenn am Podium einer ist und sieben dazwischen schreien. Bitte, entweder meldet euch hintereinander, es ist für das Protokoll nicht machbar, das nachzuvollziehen.

GR. **Schröck**: Verehrte Damen und Herren! Stadtrat Rüschi, ich habe hier von der Sitzung des Gemeinderates 7. Juli 2011 auf meine Frage, welche Kosten in der Stadt Graz für die Freiwillige Feuerwehr seit ihrer Gründung im Jahr 2008 insgesamt entstanden, mit der Antwort, insgesamt sind diese Ausgaben für die Freiwillige Feuerwehr über die Jahre 2009 bis zum Jahr 2011 in Höhe von 788.810 Euro geflossen. Davon kommen dann jährlich die Mietkosten von 130.000 Euro und die jährliche Subvention von 66.000 Euro. Es ist eine knappe Million, du kannst es hier nachlesen.

Bgm.-Stv.in **Rücker**: Herr Gemeinderat Grosz bitte, bestimmte Wortmeldungen sind entbehrlich, es wird Meinung da herinnen verbraten, das soll sein, aber bestimmte Wortmeldungen sind entbehrlich. Es gibt hier unterschiedliche Meinungen, von Lügen zu sprechen, ist eine andere Kategorie, die ist da herinnen nicht notwendig (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Schröck**: Und zum Antrag und zur Wortmeldung vom Kurt. Das war schon ein starker Drang zur Verfälschung der Realitäten. Weil wie ernst du die Freiwillige Feuerwehr, deine Idee, wirklich nimmst, was du für ein Experte tatsächlich für die Freiwillige Feuerwehr darstellst, das zeigt allein die Tatsache, dass du dich seit Gründung 2008, seit fast vier Jahren, in der Grundausbildung befindest, du hast für deine Idee nicht einmal das Minimum...

*Zwischenruf GR. Eichberger: Da sind andere schon mit dem Studium fertig.*

GR. **Schröck**: Du hast für deine Idee nicht einmal das Minimum der Grundausbildung geschafft. Laut Steirischem Feuerwehrgesetz bist du seit einem Jahr, der du dich in der Grundausbildung befindest und somit Probefeuwehrmann bist, nicht mehr Mitglied dieser Organisation, aber das weißt du nicht und so sehr liegt dir diese Organisation und diese Ehrenamtlichkeit am Herzen und so sehr kümmerst du dich um die Mitarbeiter, die da oben stehen, die in Wirklichkeit nicht ich anpatze und vernadere, sondern um die deine Partei sich nicht genug gekümmert hat. Erzähle mir nicht von Ehrenamtlichkeit und Verantwortung, das richtet sich von selbst.

---

*Zwischenruf GR. Hohensinner: Warst du jemals dort. Wann?*

GR. **Schröck**: Ja, soll ich dir jetzt die Daten heraussuchen?

*Zwischenruf GR.in Binder: Nein.*

GR. **Schröck**: Und, lieber Kurt, weil du auch meinst, die Zahlen würden nicht stimmen. Ich habe gerade vorgelesen die Beantwortung des Stadtrates Rüschi, die Zahlen stimmen und die Zahlen der einsatzfähigen Personen der Mitglieder. Wir haben ein Schreiben der Freiwilligen Feuerwehr Grazer, unterschrieben vom Kommandanten selbst, wo alle Mitglieder aufgelistet sind, 99 an der Zahl und da befinden sich genauso weiße Elefanten, die es seit vier Jahren nicht geschafft haben, die Grundausbildung zu machen, wie du und ebenso viele Leute, mehr als die Hälfte nämlich, die nicht einsatzfähig sind im Notfall. 21 Personen an der Zahl sind einsatzfähig für den Notfall. Dass du jetzt da aufgescheucht bist, ist in Wirklichkeit absolut verständlich, weil du und deine Partei ihr seid verantwortlich, dass es vielleicht nicht ganz eine Million, aber immerhin und jeder Cent ist zuviel, der hier ausgezahlt wurde, auch wenn es eine halbe Million ist, ich habe nur dich im Ohr, wie du gesagt hast, die Freiwillige Feuerwehr wird sich selbst erhalten, es wird der Stadt Graz kein Geld kosten.

Bgm.-Stv.in **Rücker**: Herr Gemeinderat, auch Sie sind schon über der Zeit.

GR. **Schröck**: Aber Sie haben mich unterbrochen mit einer Minute, ich möchte schon, dass man das bitte anrechnet am Schluss. Und du und deine Partei ihr seid auch dafür verantwortlich, dass hier längst keine Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit mehr gegeben ist, sondern bei vielen schon ein Dienstverhältnis vorliegt. Zu deinem Antrag, mit dem Antrag kannst den Feuerwehrhelm basteln, den du nicht bekommen hast aufgrund deiner fehlenden Grundausbildung, weil der ist nichts wert. Letztes Jahr im Herbst bis Weihnachten 2011 fand eine bezahlte Mediation vom Bürgermeister statt, wo die Berufsfeuerwehr und die Freiwillige Feuerwehr sich auf die psychotherapeutische Couch vom Herrn Bürgermeister gelegt haben mit keinem Resultat. Über die Misere reden wir ja jetzt, das kannst du dir aufselchen dieses Papierl. Wer für Transparenz...

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Rückner**: Herr Gemeinderat, Sie sind jetzt eineinhalb Minuten drüber, da ist meine Unterbrechung nicht drinnen.

GR. **Schröck**: Wenn Sie mich ständig unterbrechen, ist klar, dass ich über die Zeit komme. Wer für Ehrlichkeit steht, muss diesem Antrag zustimmen. Bin sehr enttäuscht, dass die grüne Fraktion, die gestern noch zustimmen wollte, hier aus Koalitionsräson eingeknickt ist, das ist wirklich enttäuschend (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

***Der Abänderungsantrag von GR. Hohensinner wurde mit Mehrheit angenommen.***

**12) Silvester-Feuerwehr am Grazer Schloßberg: Verantwortungsübernahme seitens der Stadt Graz für die Emission sehr massiver Mengen an Schwermetallen und Perchloraten bzw. deren Abbrandstoffe**

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf auch vielleicht die Sitzungsleitung um ein bisschen Ruhe ersuchen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Wir haben heute sehr breit über die Umweltzone gesprochen und ich glaube, es war eine sehr interessante Diskussion auch für die Besucher auf der Galerie. Es gibt aber einen Bereich, wo die Stadt Graz in ihrem Eigenen, ohne dass sie sozusagen unmittelbar auf die Bürger einwirken muss, noch dazu in ihre persönlichen Rechte und ihr persönliches Vermögen, und zwar ist das das Silvesterfeuerwerk am Grazer Schloßberg, wo wirklich hier die Stadt Graz selber in die Verantwortung zu nehmen ist, hier entsprechende Maßnahmen zu setzen, um die Emissionen stark einzuschränken, und zwar hier geht es nicht nur um Feinstaub, sondern hier geht es auch um die Schwermetalle der verschiedensten Art und der Perchlorate oder Abbrandstoffe, die beim Entzünden von Feuerwerksraketen und ähnlichen Produkten entstehen.

Nach gründlicher Recherche und Einbeziehung einschlägiger wissenschaftlicher Expertisen von Instituten der Medizinischen Universität Graz, der Technischen Universität Graz und der Medizinischen Universität Wien (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) sowie der TU-Wien und unter Bedachtnahme auf unsere politische Verantwortung ist Folgendes festzustellen:

1. Es ist wohl unbestritten, dass der Grazer Gemeinderat ebenso wie natürlich auch die Grazer Stadtregierung in ihrer jeweiligen Verantwortung alles - unter voller Ausschöpfung eigener und verbundener Möglichkeiten – zu veranlassen haben, was hinsichtlich Feinstaub zu Einsparungen von Emissionen führt.
2. Von besonderer Verantwortung und wohl geradewegs von Haftung und damit Handlungsbedarf ist sodann zu sprechen, wenn es gar aus der Hand der Grazer Stadtregierung beziehungsweise via Gehilfen und Beauftragter und städtischer

Beteiligungen zu Emissionen kommt, die massiv reduziert beziehungsweise sogar abgestellt werden können. Und ganz besonders dann, wenn es sich hierbei sogar um besonders massive Mengen an besonders schädlichen Schwermetallen beziehungsweise Chemikalien handelt, wie zum Beispiel speziell den gefährlichen freien Radikalen, die bekanntlich auch zu Krebs führen können. Dazu habe ich Ihnen einige Quellen auch genannt, wichtig ist, glaube ich, die Aussage von Herrn Andreas Schopper von der Luftgüteüberwachung hier im Land Steiermark, der sagt, in der letzten Silvesternacht in Graz haben wir Spitzen gemessen von 650 Mikrogramm pro Kubikmeter, wir reden hier also nicht über 30, 40, 50 Mikrogramm Feinstaub wie sonst in der Diskussion über die Umweltzonen, sondern über 650 Mikrogramm, das heißt, um das 20-Fache.

Die massiven Grenzwert-Überschreitungen durch Feuerwerkskörper bergen für Kleinkinder und geschwächte Personen, besonders Asthmatiker und Herz-Kreislaufkranke, besondere Gesundheitsrisiken. Diese Stäube, die da um Mitternacht freigesetzt werden, sind ja nicht normale Stäube, wird zitiert, wie Kalksplitt, sondern das sind Stäube, die von den chemischen Bestandteilen her sehr reaktiv sind, weil sie das auch sein müssen, um diese Effekte zu erzeugen, das heißt auch von der gesundheitlichen Wirkung her deutlich kritischer zu betrachten sind. Interessant ist, dass es auch Möglichkeiten gibt, diese Effekte, diese Lichteffekte, auch mit anderen Mitteln zu erzielen. Ich habe mich erkundigt, in Las Vegas zum Beispiel werden Raketen von Feuerwerken nicht mehr mit Schwarzpulver entzündet, sondern mit Druckluft in die Luft geschossen, sodass allein die ganzen Feinstaubentwicklungen und Perchlorate, die beim Entzünden der Raketen entstehen, vermieden werden können. Das heißt, es gibt genug zu tun, wir können etwas tun, wir müssen auch als Politik Vorbildwirkung haben für die Bürger, um ihnen ein Zeichen zu setzen, dass die Stadt Graz überhaupt das, was wir sonst immer sagen unter anderem auch in den Sonntagsreden, wirklich ernst nehmen. Ich habe diesen Antrag ausgeschickt mit der Beschränkung auf 20 % der Emissionen des Vorjahres. Ich bedanke mich bei den Grünen und der KPÖ, die mich angerufen haben und gesagt haben, ja, diesem Antrag stimmen sie zu. Es hat dann Gespräche gegeben mit ÖVP und SPÖ, die gesagt haben, na ja, die 20 % liegen uns nicht so, wir möchten mit der

Definition, das auf ein möglichst geringes Niveau zu reduzieren, beschränken. Ich bin durchaus einverstanden damit mit dieser Lösung und konsensbereit. Ich denke, das ist der richtige Weg, wir sollten aber sozusagen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) Messlagen nie aus dem Auge verlieren, deswegen bin ich immer für operationalisierbare Ziele, weil da nachher kann man überprüfen, ob das, was angestrebt war, wirklich erreicht worden ist. Ich sehe aber, dass zumindest ein Teil der Regierungskoalition auf diese 20 % eingegangen wäre. Hoffe also, dass die richtigen Entscheidungen in die Richtung laufen und bedanke mich vorab für die breite Unterstützung zu diesem Antrag, der zwar im April gestellt wird, aber wie jeder weiß, Weihnachten und Silvester kommen früher als man denkt, weil die Zeit sehr schnell vergeht. Ich danke.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***